

Holzzeitung

ZEITSCHRIFT FÜR RECKLINGHAUSEN

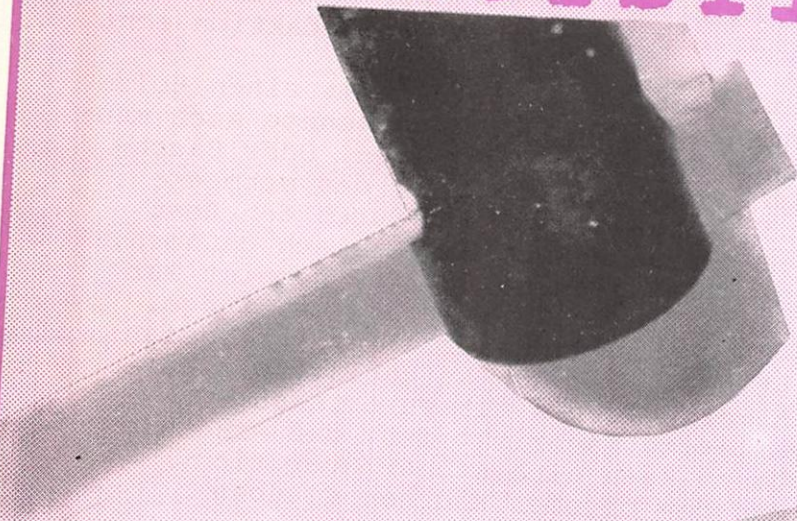
Heft 68

7. Jahrgang

18. August 1982

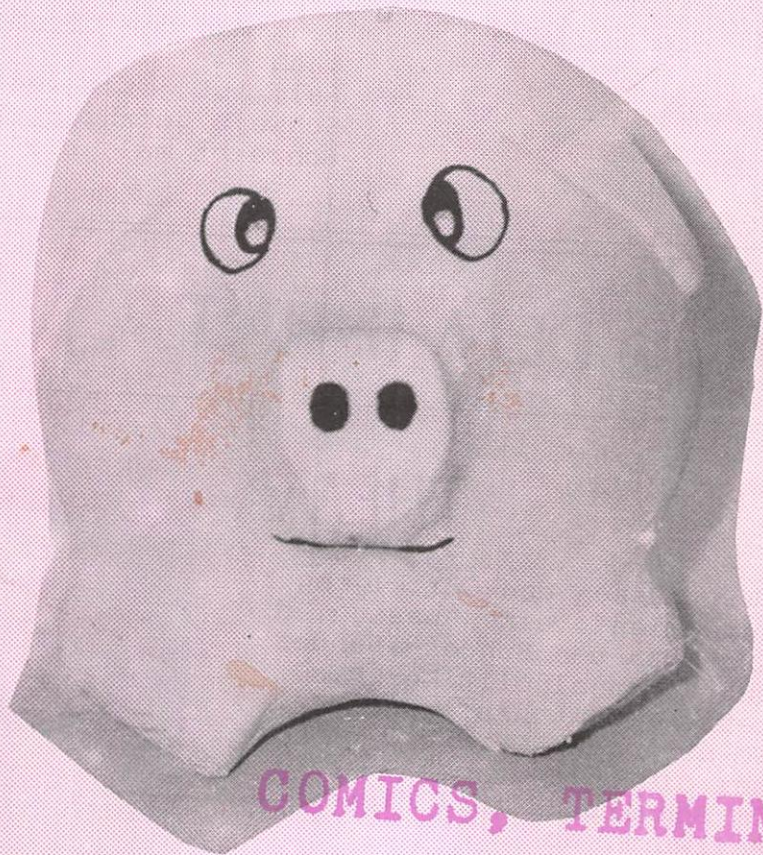
DM 1,50

DER ROTSTIFT WÜTET



POLIZEISTAAT
IN
GELSENKIRCHEN

AKKO -
PARTNERSTADT
IN
ISRAEL



COMICS, TERMINE
und vieles mehr
auf 44 SEITEN

AUS DER



REDAKTION

Das Schild "Sommerschlußverkauf" haben wir uns diesmal gespart, angesichts unserer angespannten Haushaltslage und des engen Finanzrahmens.

Nicht, daß wir den Hozwurm nicht mehr verkaufen, aber "Sommer"?

Daß ich nicht lache. Es sollte ja ein Jahrhundertssommer werden und ist doch nur ein Sommer in diesem Jahrhundert geworden. Aber sonst war die Sommerfete der Redaktion echt Spitze.

Tom hat in stundenlanger Arbeit einen Holzkohlenmeißel hingesezt, da konnte sich mancher sein Rippchen drauflegen. Oder Bauchfleisch, wenn er hat. Eñch, das schmacke Handtuch, ließ sein Stück durch den Rost gleiten. Er verzehrte das Fleisch dennoch, was zur Melanoglossie führte, gemeint ist die krankhafte Schwarzfärbung der Zunge.

Warum Jürgen zwischendurch ins Acht gefahren ist soll nun auch aufgeklärt werden: Um ein vernünftiges Alt zu trinken.

Die vorletzte Nachricht ist, daß Arno wieder küssen kann nach seiner Operation, wenn man dem blonden Mädchen glauben kann.

Ralf ist jetzt weg und Antje ist in die Schweiz gefahren, Heidi zu besuchen. Schreibt mal, bis die Tage

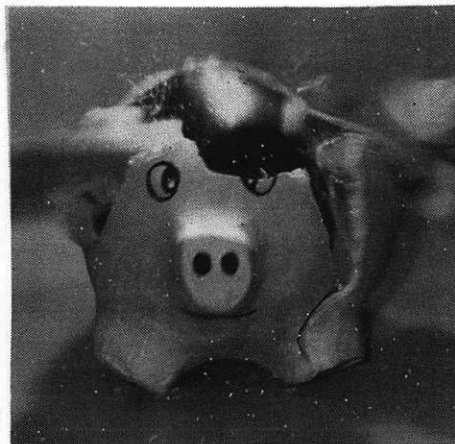
Hebbert

AUS DEM INHALT

THEMA

"Wir müssen den Gürtel enger schnallen": eine Aussage, die frau/man von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitikern in letzter Zeit häufig hört. Wo das getan wird und wem dabei die Luft ausgeht, steht im Schwerpunktteil dieses Hozwurm, ab

Seite 16



Die Partnerschaft über Landesgrenzen, von "unseren" Kommunalpolitikern oft beschworen, wie wird sie praktisch umgesetzt? Eine kritische Einschätzung

ab Seite 38

Wer sucht, der findet. Das angeblich gesuchte RAF-Papier fand die politische Plizei (K14) in zwei politischen Buchläden allerdings nicht. Eine Dokumentation der Durchsuchung im "Trotzalledem"-Buchladen, Gelsenkirchen,

ab Seite 10



"Ich schieße nur auf Ausländer", rief Helmut Oxner beim Verlassen des "twenty five". Mehr über den Nürnberger Mörder, sein Umfeld und das Verhalten der Behörden ab

Seite 14

**AGH,
GOTT**

Als "Opfer" gewalttätiger Anti-Reagan-Demonstranten stellt CDU-Aktivist (Stadtrat, Landtag) Lothar Hegemann dem staunenden Recklinghäuser Publikum vor. Wir greifen diese Idee dankbar auf und stellen die Ausgewogenheit her:

Seite 12

INHALT

MAGAZIN	4
LESERBRIEF	6
COMIC	9
DURCHSUCHUNG	10
HEGEMANN'S B.	12
AMOKLAUF	14
SCHWERPUNKT	16
IMPRESSUM	21
STÄDTEPART- NERSCHAFTEN	38
S' BLÄTTLE	40
KURZES	42
KABUL	43
FESTE TERMINE	45
TERMINE	46
COMIC	48

Richtigstellung:

Der Artikel "Schlagende Welle" im letzten HJ war eine Selbstdarstellung



Wieder da

NIGGEMEIER

Sowas kommt nur aus Datteln, habe ich gedacht und gelacht. Gemeint sind nicht die etwas klebrigen Südfrüchte, die es zu Weihnachten gibt und die ich nicht mag, sondern Horst, der Bürgermeister. Der ließ sich doch letztens in der Zeitung ablichten und genau 2824 Unterschriften zu seinem tollen Friedensaufruf überreichen. Wie jeder weiß, setzt sich Horst für die 'gleichgewichtige Aufrüstung in West und Ost' ein. Oder war es 'Abrüstung'? Nein, unser Haudegen läßt keine Zweifeln aufkommen, das zeigt seine wehrhafte Sprache: 'Daß dennoch ... Unterschriften zusammengekommen sind, wehrte ich als ein Zeichen...' Der kann schon nicht mehr anders. Alles klar, Herr Major? Oder war's wieder mal ein Druckfehler?

VOM GRÜN-SEIN UND DEM HALDENPROBLEM IN HOCHLARMARK

Ein Wettbewerb ist in Recklinghausen wieder neu entbrannt. Die Preisfrage lautet: 'Wer sind die eigentlichen Grünen in unserem Land?'

Hatte schon die SPD vor einigen Jahren für sich den Umweltschutz als erste reklamiert und wurde dies noch vor kurzem von OB Wolfram bekräftigt ('Wir Roten in Recklinghausen brauchen keine Grünen'), so wird ihr dies von der heimischen FDP nunmehr streitig gemacht. Stadtverbandsvorsitzender Dr. rer. nat. Uwe Gunter Schröder: 'Die FDP hat 1971 als erste Partei ein Umweltprogramm erarbeitet, das Grundlage für die Umweltpolitik der sozialliberalen Bundesregierung geworden ist.'

Wobei natürlich offen bleibt, warum jener Dr. rer. nat. auch noch stolz auf diese Umweltpolitik der Bundesregierung ist, es sei denn, er verwechselt Kernenergie mit sauberer Energie oder Autobahnen mit Radfahrwegen. Und dabei war doch schon Tage vorher klar gewesen, wer die eigentlichen Grünen in unserem Land sind: 'Die GRÜNEN natürlich'.

So durchbrach Heinz Joachim Isbahner (im Auftrag des Kreisverbandes der GRÜNEN) die Mauschelei örtlicher SPD-Genossen und Vertreter der BAG Lippe und forderte konsequent den Bergversatz unter Tage, d.h. das Zeug soll da bleiben, wo es schließlich auch herkommt, was man von Seiten des Bergbaus immer wieder aus Kostengründen abgelehnt hatte.

Um den ganzen Haldenräger langsam aus der Welt zu schaffen, experimentiert man bei der BAG zur Zeit mit einem neuen Verfahren, den Schutt per Pipeline von Hochlarmark nach Wanne-Eickel zu pumpen. Der Abfall wird zerkleinert, mit Wasser vermischt und durch die Rohre befördert. Staub, Lärm, Abgase der Bergetransporte wären dann zwar beseitigt, das Problem der Bergsenkungen bliebe aber bestehen.

Daß dennoch ... inzwischen über 300.000 Unterschriften zusammengekommen sind, wehrte ich als ein Zeichen des persönlichen Engagements einige tausend Bundesbürger, die in zahllosen Einzelgesprächen unverzichtbare Überzeugungsarbeit in der schweigenden Mehrheit unseres Volkes geleistet haben."



BULLS

A 137

© King Features Syndicate, Inc.

DICK BROWN

TANZ AUF DEM VULKAN

Vom 3. - 5. September soll in Gorleben, am geplanten Zwischenlager ein "Tanz auf dem VULKAN", Aktionen, Demo und Belagerung von 1003 stattfinden. Geplant sind

- am 28.8. : Fünf Jahre Gorleben - Beispiele politischer Gewalt gegen Bürger (Veranstaltung in Lüchow)
- vom 3.-5.: Musikfestival "Drei Tage Tanz auf dem Vulkan"
- am 4.9. : Demo, anschließend 24-stündige Belagerung des Baugeländes

Republik freies Wendland



Kohlrabi

Die Blätter mitbenutzen

Über den Ursprung des Kohlrabi ist wenig bekannt. Vermutlich gab es einen Vorläufer bereits bei den alten Römern, in seiner heutigen Form soll er schon im Mittelalter bekannt gewesen sein.

Zwei Kohlrabisorten unterscheiden wir im wesentlichen: Von etwa Februar bis Mai wird die plattrunde Treibkohlrabiknolle angeboten, meist von weißlich-grüner Farbe, vorwiegend im Juni/Juli gibt es den Freilandkohlrabi, zumeist blau-violett. Geschmacklich sind weiße und blaue Sorten nicht zu unterscheiden, wohl aber liegt in der Kulturart ein Geschmacksunterschied.

So ist der Treib-Kohlrabi von zartem Fleisch und mildem Geschmack, während Kohlrabi vom Freiland herzhafter schmeckt und etwas leichter holzig wird. Jedoch ist auch dieser zart, wenn er nicht zu spät geerntet und zu lange gelagert wird. Auch im Haushalt darf Kohlrabi nicht lange aufbewahrt werden, denn die Knollen können auch nach der Ernte noch holzig werden.

Kohlrabis schmecken sowohl als Rohkost als auch als gedünstetes Gemüse. In jedem Fall sollten ihre zarten Herzblättchen nicht verworfen werden; denn ihr Gehalt an lebenswichtigen Vitaminen und Mineralstoffen ist durchweg mehr als doppelt so hoch wie in der Knolle. So findet sich die Vitamin-A-Vorstufe Karotin (lebenswichtig für Haut und Augen) kaum in der Knolle, wohl aber in den Blättchen und auch der für den gesamten Stoffwechsel nötige Phosphor ist in den Blättchen 2 1/2 mal so viel vertreten wie in der Knolle. Dem Kohlrabigemüse sollten die zarten Blättchen daher möglichst erst kurz vor dem Servieren roh untergemischt werden. (AID)

● Pollen-Flug

In Nordrhein-Westfalen ist heute und morgen mit schwachem bis mäßigem Flug von Gräser-, Wegerich- und Beifußpollen zu rechnen.



KRIMINALISIERUNG

Gegen die Herausgeber der Kreiszeitschrift FLASCHENÖFFNER hat die Staatsanwaltschaft Bochum mittlerweile das zweite Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Grund: Verstoß gegen den § 353d Nr. 3 des StGB (Verbot der Veröffentlichung von Schriftstücken im laufenden Verfahren).

Die Zeitschrift FLASCHENÖFFNER hatte in ihrer Sonderausgabe Mai 82 ein Schreiben der Staatsanwaltschaft Bochum veröffentlicht, in dem es um die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den FLASCHENÖFFNER wegen Verstoß gegen das Kunsturhebergesetz und um Beleidigung ging.

IHR RADFAHRER, IHR!

Alle Räder stehen still, wenn der böse Autofahrer es will.

Wer hat es nicht schon erfahren, daß er auf die Straße runtermuß, nur weil der Radweg von dicken Schlitten oder R 4 mit dem Aufkleber 'Ich nehme Leute mit' zugeparkt war. Geradezu anziehend müssen neue Teilstücke des dünnen Radwegenetzes für Autofahrer sein. Das kann man aber auch verstehen, sind doch gerade diese Wege eben und nicht huckelig, sauber und nicht mit Glassplittern übersät.

Selbst wenn Radwege nahe der Innenstadt zugeparkt sind, kümmert sich keine der reizenden Politessen darum. Sicher soll das als Aufforderung verstanden werden, selbst initiativ zu werden und etwa die Viehtorkreuzung mit ordnungsgemäß abgestellten und abgeschlossenen Rädern zuzustellen. Ob die liebe Lilo (liberale Lilo Koke) mit ihren gelben Zetteln Erfolg hat, kann bezweifelt werden. Sie will dem freien Bürger das freie Parken auf Radwegen argumentativ etwas erschweren, will ihn auffordern, auf schwächere Verkehrsteilnehmer Rücksicht zu nehmen. Dabei übersieht sie den Ärger, den sie hervorruft. Der gelbe Zettel soll nämlich hinter den Scheibenwischer gesteckt werden. Nicht am Auto packen!

Liebe Radlerinis, die ihr still oder 'Jo, mir san mim Radl do' vor euch hinsummend durch die Stadt fährt, ist denn schon genug getan auf diesem Gebiet? Wer hält uns die Radwege autofrei und wer übernimmt die Reinigung? Und seit dem letzten Platten möchte ich auch, daß überall die Randsteine total abgeflacht werden.

Bis dahin gute Fahrt.

LESERBRIEF

Zum Leserbrief von Fritz Scheller:

4,5 Schreibmaschinenseiten als Leserbrief waren für die Redaktion ein ernsthafter Diskussionsgrund. Diesmal machte die knappe Zeit bis zum Composem eine Rücksprache mit dem Autor unmöglich.

Der Holzwurm veröffentlicht grundsätzlich alle Leserbriefe unzensuriert und unkommentiert. Unsere lieben Leserbriefschreiber/innen bitten wir aber, eine gewisse Länge nicht zu überschreiten, sich im Rahmen des Themas möglichst kurz zu fassen.

Auf die inhaltlichen Probleme, die in diesem Leserbrief auftauchen, werden wir in der nächsten Ausgabe noch eingehen.

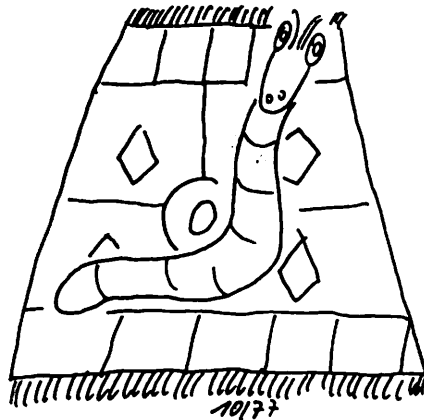
Liebe Eva,

ich habe Deinen Beitrag 'Betr.: Friedensbewegung' im letzten 'Holzwurm' gelesen. Er hat mich ziemlich betroffen gemacht, weil ich fand, daß aus ihm eine Einstellung zur Friedensbewegung spricht, die die Sache des Friedens selbst in Gefahr bringt. Weil ich weiß, daß Du Dich sehr in der Friedensbewegung engagiert hast und daß Du zutiefst humane Absichten mit Deinem Engagement verfolgst, möchte ich Dich mit diesem Brief auf einige Probleme aufmerksam machen, die Dein Beitrag aufwirft.

Zum ersten: In der Tendenz Deines Beitrags bist Du dabei, Dich selbst aus der Friedensbewegung auszuschließen. Denn Du erklärst die Forderung 'Gegen die neuen Mittelstreckenraketen' sowie die allgemeine Forderung nach Abrüstung für letztlich illusionär, weil damit eine 'Verbreitung (?) eines Krieges in Europa' hinausgezögert, aber nicht letztlich verhindert werden könne (1).

Soll denn die Aufrüstung, die Steigerung der Kriegsgefahr durch die neuen Mittelstreckenraketen der Nato einfach weitergehen? Ist es wirklich illusionär, mit der Verhinderung der Stationierung den allerersten praktischen Schritt zum weiteren Überleben Europas anzugehen und davon auszugehen, daß dies die beste Voraussetzung dafür ist, über eine spätere (unbedingt notwendige) Verminderung des Niveaus des militärischen Gleichgewichts und allgemeine Abrüstung die Kriegsgefahr weiter zu senken? Oder ist es nicht vielmehr illusionär, die allgemeine totale Abrüstung sowie den Stopp des Waffenexports in die 3. Welt und die Veränderung des gegenwärtigen Gesellschaftssystems zu fordern, was alles gegenwärtig von heute auf morgen nicht durchgesetzt werden kann, dies aber dann letztlich alternativ dem Kampf gegen die Stationierung der für 1983 vorgesehenen Atomraketen zu stellen?

Das qualitativ Neue an der gegenwärtigen Aufrüstungspolitik ist doch, daß mittels der Nato Raketen Pershing II und Cruise missiles nicht mehr das alte atomare Patt fortgesetzt wird, sondern Erstschlagswaffen stationiert werden sollen, die zur eigenen Verteidigung oder zum Ausgleich für die SS 20 gar nicht notwendig sind (vergl. dazu Mechttersheimer, Bastian oder Nino Pasti), mit denen aber der Atomkrieg wieder kalkulierbar und damit führbar gemacht werden kann.



*Immer schön auf dem
Jepoch bleiben*

Darum stehen doch die drei Millionen Unterschriften unter dem Krefelder Appell!

Deine veränderte Position gegenüber den Forderungen der Friedensbewegung begründest Du mit dem 'Streben der beiden Supermächte nach Weltherrschaft'. (2)

Klar, läßt man die Position der Friedensbewegung so wie sie ist, kommt die Sowjetunion ziemlich gut dabei weg und die USA sind der Buhmann - geht man von der Supermächte-These aus, bekommen beide ihr Fett.

Leider geht dabei ein Stück historischer Wahrheit verloren: Pershing II und Cruise missile sind nicht mit der SS 20 gleichzusetzen (wie Schmidt, Reagan, etc. uns immer weismachen wollen), und nicht die UdSSR, sondern die USA wollen die neuen Erstschlagswaffen in Mitteleuropa stationieren. Supermacht ist also nicht einfach gleich Supermacht.

Die Supermächte-These (und die entsprechende Theorie) ist eine alte Kiste, die von Mao auf dem IX. Parteitag der KPCh 1970 aus der Taufe gehoben wurde, als er nach der 'Großen Kulturrevolution' erklären mußte, warum diese die erhofften Erfolge nicht gebracht hatte. Die praktische politische Folge dieses Propagandatricks war dann die Annäherung und politische Verständigung der VR China mit den USA in den 70er Jahren.

Welchen Sinn hat diese These? Erklärt sie die weltpolitische Situation? Scheinbar ja - denn was erleben wir heute anderes? In Wirklichkeit erklärt sie überhaupt nichts, weil sie ganz schlicht darauf hinausläuft, die beiden größten Staaten der Welt gleichzusetzen, ohne sich die Mühe zu machen, ihrer politischen Haltung aus ihrer jeweiligen Geschichte, ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einzuschätzen. Im Prinzip erklärt man so Sozialismus mit Kapitalismus, den alle, die drin leben, ja gut kennen. Es ist halt alles eins...

Die politischen Vorteile liegen auf der Hand: So kann man behaupten, die Russen sind schuld (mit schuld), obwohl es die US-Führung ist, die diese erneute Aufrüstung (und alle übrigen Aufrüstungsrunden der letzten 30 Jahre) in Gang gesetzt hat. Ebenso spielt es dann keine Rolle mehr, daß der eine Staat sich soeben vor der UNO verpflichtet hat, niemals als erster Atomwaffen einzusetzen und der andere im Gegenzug behauptet, auf sein 'Erstschlagsrecht' niemals verzichten zu können. Und den fundierten Beweis für die Gleichsetzung der Verhältnisse in der Türkei und der in Polen braucht man natürlich auch nicht anzutreten. (Türkei: 30.000 Todesurteile, Polen: vorsichtige Versuche der Normalisierung)

Natürlich ist es schwierig, sich in unserem Land eine vernünftige Vorstellung von der UdSSR, Polen oder auch der DDR zu machen. Dafür sorgen schon Springer und Co. Und natürlich bestehen zum Beispiel auch gerade in Polen eine Menge ungelöster Probleme. Aber ist deshalb wirklich alles eins?

Was mir immer auffällt: Vertreter aus Ländern wie El Salvador machen diese Gleichsetzung von USA und UdSSR nie mit. Sie stellen, wie z.B. Julia Ecquivel, die Vorsitzende der Menschenrechtskommission Guatemalas, am 10.6.82 in Bonn,

klar, daß es unsere gemeinsame Aufgabe sei, (...) die Aufrüstung der Regierung der Vereinigten Staaten zurückzuweisen, die damit ihre Machtprobleme lösen und ihren Durst nach Herrschaft stillen wollen.'(3) Aber sie verlieren kein Wort über die UdSSR. Wofür sie natürlich prompt von der US-Regierung als Handlanger Moskaus verteufelt werden.(4)



Überprüf doch einmal, ob beide Staaten wirklich gleich aggressiv sein müssen! Wer braucht eine schnelle Eingreiftruppe für 'seine' Ölfelder am persischen Golf? Wer kann seine Energiereserven mit dem Bau einer Pipeline nach Sibirien erschließen? In welches Land ist denn in diesem Jahrhundert schon zweimal ein Raubzug von deutschem Boden aus unternommen worden? Wie hoch wären denn Deine Sicherheitsinteressen nach solchen Erfahrungen, wie sie die Russen mit uns haben?

Ebenso muß doch in alle Überlegungen zu Rüstungsfragen einbezogen werden, daß in den USA ebenso wie bei uns Rüstung ein Bombengeschäft ist. So ist also im Sinne der Supermächte-These zu überlegen, wieviel Rüstungsaktien der Breschnew besitzt. Die Frankfurter Rundschau berichtete dazu am 13.8.1979: 'Eines freilich sollte mit großem Ernst und endlich auch mit Ehrlichkeit bedacht werden: Im Osten gibt es niemanden, der an der Rüstung verdient, keine Aktionäre, keine Manager, keine pensionierten Offiziere oder Politiker als Berater. Es gibt dort nicht diese Art von Rüstungslobby wie im Westen.'

Weiterhin ist, so meine ich, zu überlegen, wer Grund hat, verrückt zu spielen und auf den Weltfrieden zu pfeifen.

Die UdSSR ist nie Weltmacht Nr. 1 gewesen und hat solche Führungsansprüche auch nie verkündet. Die USA hingegen und damit die entsprechenden Multinationalen Konzerne haben im letzten Jahrzehnt nacheinander Vietnam, Angola, Mozambique, Äthiopien, Guinea-Bissao, Iran, Nicaragua als Interessengebiete verloren. Gleichzeitig sank der Anteil der USA und der EG an der Weltindustrieproduktion von 1960 bis 1977 von 44 auf 27 bzw. von 29 auf 20 %.

Gleichzeitig stieg der Anteil der RGW-Länder von 19 auf 29 %.(5) Gottseidank hinderte das atomare Patt die USA, diese Entwicklung mit Waffengewalt zurückzudrehen (konventionell haben sie es in all diesen Fällen je bekanntlich versucht, aber nicht geschafft.) Den Atomkrieg wieder führbar zu machen und die Drohung mit einem solchen Krieg zu politischem Druck zu nutzen, entspricht also eher den Interessen der USA, ihre verlorene Position zurückzugewinnen.

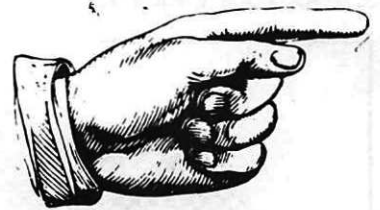
Ich meine, wir stehen heute in einer Situation, in der die Stationierung der für diese Politik notwendigen Raketen jeden Tag näher rückt. Weil damit die Kriegsgefahr steigt, ist sodann auch zu fragen, welchen Beitrag es zur Verhinderung der Raketenstationierung leistet,

- a) diese Frage als sekundär und relativ unbedeutend hinzustellen, wie aus Deinem Beitrag letztlich als Konsequenz zu folgern wäre, und
- b) die entscheidende Rolle der USA in dieser Frage zu Gunsten der darüber hinweg verallgemeinernden Supermächte these zu vernachlässigen?

Trägt das jetzt, wo es endlich gelungen ist, relevante Kräfte für den Frieden zu mobilisieren und Hunderttausende zu Friedensdemonstrationen aufzurufen, dazu bei, die Gemeinsamkeiten in der Friedensbewegung zu verstärken - oder dient es dazu, die bestehenden Unterschiede anzuzünden, den einen Punkt, an dem wir uns einig sind, nämlich die Raketenstationierung, beiseite zu schieben und überhaupt die Unklarheiten

darüber zu fördern, was denn nun das Ziel der Friedensbewegung ist? Eine Stärkung der Friedensbewegung in der entscheidenden Stationierungsfrage, eine Verbreiterung des bestehenden Bündnisses kann ich in den in Deinem Beitrag angesprochenen Tendenzen nicht erkennen - denn alle Punkte zu Waffenexporten, 3. Welt-Problematik usw. sind ja nichts Neues in Deinem Artikel, sondern schon im Aufruf zum 10.6. und in den Foren während der Demo angesprochen worden.

Leider haben wir heute keine Situation mehr, in der man sich noch aussuchen kann, ob man sich so oder so zur Stationierungsfrage und damit zur Bedrohung des Weltfriedens verhält. Leider ist es so, daß alles, was die Friedensbewegung nicht erkennbar zusammenhält und der Gegenseite nützt und der Friedensbewegung schadet, unabhängig von den möglichen guten Absichten, die er damit vielleicht verfolgt. Und damit beginnt meiner Meinung nach die Gefahr der Selbstausgrenzung aus der Friedensbewegung.



Ebenso gefährlich finde ich, daß Du, ohne auf die Rolle der DKP in der Friedensbewegung einzugehen und zu ihr Stellung zu nehmen, diese Partei - so verstehe ich jedenfalls Deine Ausführungen - aus der Friedensbewegung auszugrenzen versuchst. Ich meine, die Friedensbewegung eint nicht nur ein gemeinsames Ziel, sondern sie gewinnt ihre entscheidende Kraft aus der wechselseitigen Toleranz von Christen, Umweltschützern, Alternativen, Leuten aus der Hausbesetzerzene und stinknormalen Familienvätern usw. - und eben auch Kommunisten.

Die DKP akzeptiert diese Toleranz - Du etwa nicht? Es ist doch sonnenklar - wer diese wechselseitige Toleranz in Frage stellt, schwächt die Friedensbewegung, weil ihm andere Dinge wichtiger sind als das Überleben der Menschheit und die Verhinderung eines Atomkrieges. Das nützt der Friedensbewegung nichts, den Befürwortern der Raketenstationierung aber sehr viel.

Ich bin nicht dagegen, daß in der Friedensbewegung über unterschiedliche Positionen diskutiert wird, ich wende mich aber gegen den Führungsanspruch, mit dem Du die Ausschließung der DKP propagierst bzw. sie als selbstverständlich unterstellst. Da die DKP wohl ein fester Bestandteil der Friedensbewegung sein dürfte, den man, wie die Diskussion um den Aufruf zum 10.6. zeigte, nicht mehr aus der Friedensbewegung ausschließen kann, läuft Deine Absicht wohl eher darauf hinaus, Dich selbst auf eine Position jenseits der Friedensbewegung zu begeben. Thomas Mann hat den Antikommunismus einmal die Grundtorheit unseres Jahrhunderts genannt. Ich finde, er hat recht. Denn Antikommunismus macht offensichtlich blind, selbst gegenüber ureigensten Interessen, wie z.B. der Verhinderung des Atomkrieges.

Benenn doch statt dessen einmal die besonderen 'DKP-Inhalte', die Du beim Osternarsch entdeckt hast. Zeig doch einmal auf, warum sie der Sache des

Friedens schaden. deck doch einmal die besonderen 'Motive der DKP' innerhalb der Friedensbewegung auf und stell sie zur Diskussion. Ich bin sicher. Du wirst Gesprächspartner finden.

Der Sache des Friedens wäre damit mehr gedient.

Venceremos

Fritz Scheller

- 1) Holzwurm Nr. 67; S. 32
- 2) ebenda
- 3) zitiert nach AIB, 7/8 1982, S.4
- 4) vergl. Weißbuch der US-Regierung zu El Salvador, Feb. '81, zu beziehen über die US-Botschaft Bonn
- 5) Statistical Yearbook 1978, United Nations, New York, S. 10 ff, S. 26ff

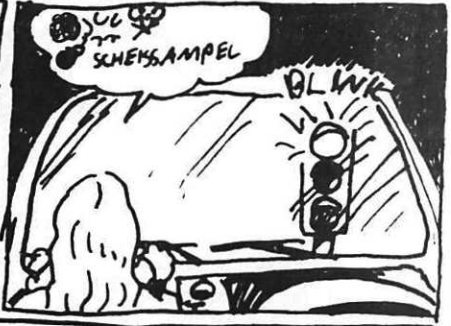
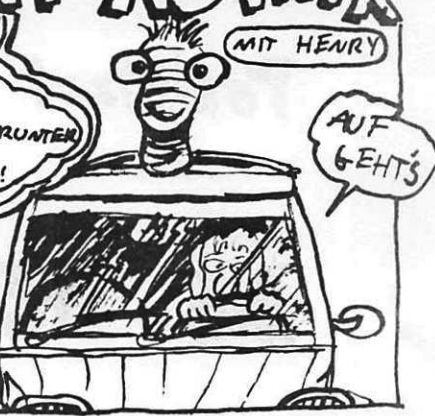


MOJO TREBRON (USA)
 KARIBO (Lateinamerika)
 TAUGENICHTS (Deutschland)
 TOTAL ART OF PERCUSSION (Deutschland)
 SÜMERYRA ÇAKIR (Türkei)
 WASTEBAND (Schottland)
 RUM (Belgien)
 MODERATION: Rick Abao

AM SONNTAG DEN 29.AUGUST, AB 11UHR BIS ZUM EINBRUCH DER DUNKELHEIT,
 IM SCHLOSSPARK HERTEN, EINTRITT FREI, AUF DER NEBENBÜHNE AMATEUERMUSIKER!

VERANSTALTER: Altstadt Schmiede RE, Jugendamt Herten

Puplik-Kriläitschon-Komik



Polizei durchsucht linke Buchläden

DE HERREN DES

MORGENGRAUEN

Was macht die politische Polizei (K 14), wenn sie in einem politischen Buchladen nach einem RAF-Papier fahndet, das dort angeblich öffentlich ausliegen soll? - Sie sieht u.a. die ausgelegten Schallplatten durch, wühlt in den Papierkörben, durchsucht die Küche incl. Kühlschrank und Elektroherd. Von den Schreibmaschinen werden Schriftproben angefertigt, von den anwesenden Kunden und Mitarbeitern werden die Personalien festgehalten. Man erkundigt sich nach dem Kundenkreis und den Umsatzzahlen. Das angeblich gesuchte Papier wird natürlich nicht gefunden, es war im übrigen von der TAZ schon längst veröffentlicht worden, ein Verfahren gegen sie war eingestellt worden. Bleibt die Durchsuchung als Dokument polizeistaatlicher Willkür.

Exakt um 13.30 Uhr betraten vier zivile K.-Beamte die Geschäftsräume der politischen Buchhandlung 'trotz alledem' in Gelsenkirchen. Ebenfalls um exakt 13.30 Uhr begann die gleiche Aktion am 16. Juli im politischen Buchladen Bundschuh in Essen. Laut Durchsuchungsprotokoll waren diese Kriminalbeamten, von denen sich nur einer flüchtig auswies, die Herren KHK Heinz Subellok, KHM Erich Löchters (beide 14. Kommissariat Gelsenkirchen), KKzA Hengst und KHK Spinti (beide BKS Wiesbaden TE). Aufgrund eines Hinweises suchten die Herren das in unseren Räumen angeblich öffentlich ausliegende RAF-Papier 'Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front'.

Unsere Mitarbeiter Wilhelm Lemmert und Andreas Volmar wiesen die Kriminalbeamten darauf hin, daß ein solches Papier von unserer Firma auf keinen Fall vertrieben werde. Die Beamten verlangten von unseren Mitarbeitern die Herausgabe des nicht vorhandenen Papiere, anderenfalls sie unsere Geschäftsräume durchsuchen müßten. Für diesen Fall wurde von unserer Seite ein Durchsuchungsbefehl verlangt. Mit Hinweis auf den Gumpiparagraphen 105 StPO wurde uns gesagt, daß ein richterlicher und schriftlicher Durchsuchungsbefehl nicht benötigt würde, weil angeblich Gefahr im Vollzuge war. Gegen den ausdrücklichen Protest unserer Mitarbeiter wurde mit der Durchsuchung begonnen, die sich ebenfalls auf die Räume der Redaktion des Emscherboten, der Gelsenkirchener Stadtzeitung, ausdehnte.

Unsere Mitarbeiter sowie sämtlichen Kunden wurde die Aufforderung zuteil, ihre Personalien anzugeben.

Weiterhin wurden unsere Mitarbeiter wiederrechtlich daran gehindert, ihre Anwälte und den Firmenanwalt anzurufen.

Telefonate durften nicht angenommen werden.

Papierkörbe, Schallplatten, Polstergarnituren, Kühlschränke und Küchenherde, Akten, Firmenunterlagen, Korrespondenz, Karteien, Schreibtische und Regale wurden systematisch und eingehend untersucht.

Fragen nach Kundenkreis und Jahresumsatz wurden gestellt, worauf unsere Mitarbeiter empört die Aussage verweigerten. Der Verkauf wurde durch Inbeschlagnahme der Verkaufstheke durch den KKzA Hengst und seine Aktenordner und Formulare erheblich behindert.

Eine Schreibtischtür, die unsere Mitarbeiter nicht öffnen konnten, weil der betreffende Schlüssel noch nie im Besitz der Firma war, wurde durch den herbeigerufenen Schlüsseldienst A. Nikolaus geöffnet. Die Fächer blieben erwartungsgemäß leer. Die entstandene Rechnung wurde mit dem Aktenzeichen 11-110014/82 an das BKA Wiesbaden geschickt.

Von den beiden Firmenschreibmaschinen wurden Schriftproben gemacht.



Nach Durchsuchung sämtlicher Räume ohne Ergebnis verließen die Beamten die Geschäftsräume gegen 14.40 Uhr.

Der Buchladen 'trotz alledem' hat diese Schrift niemals vertrieben, weder öffentlich noch auf Anfrage, so daß es schwerfällt, an einen Hinweis zu glauben.

Daß es dem BKA und dem K14 lediglich darum ging, die Druckschrift der Öffentlichkeit zu entziehen, ist aus zwei den mehr als zweifelhaft:

1. Die Broschüre wurde in der vergangenen Woche von der taz und in zwei Nummern des Pflasterstrandes veröffentlicht, so daß die Aktionen der Polizei keinesfalls mehr eine Verbreitung der inkriminierten Schrift verhindern konnten.
2. Nur die beiden Gelsenkirchener und Essener Buchläden sind durchsucht worden. Sämtliche Buchhandlungen, die diese Ausgabe vertreiben könnten, wurden durch diese vereinzelt Aktion vorgewarnt und werden sich andere Vertriebsmöglichkeiten überlegen.





Pardon

Weiterhin sprechen die Schriftproben, die von unseren Schreibmaschinen genommen worden sind, sowie die detaillierte Photographie der Essener Räumlichkeiten eine deutliche Sprache: ein richterlicher Durchsuchungsbefehl wurde umgangen, der ohne Verdachtsmomente nicht gewährt werden darf, um scheinbar Einblick in die autonome Linke gewinnen zu

können. indem man sich des Deckmantels der Terroristenfahndung bedient. So wurde sich Einblick in Kundenkarteien und Verteilersysteme, sowie Abonnentenkarteien durch die Hintertür des juristischen Dschungels verschafft. Es liegt nahe, daß man Firmen, die sich um Gegenöffentlichkeit bemühen, versucht zu kriminali-

sieren und einzuschüchtern. Die Feststellung von Kundenpersonalien grenzt an Geschäftsschädigung und die rechtliche Legitimierung dürfte sehr umstritten sein. Daß weitere demokratische Rechte wie die Benachrichtigung von Anwälten unterbunden worden sind, stimmt mehr als bedenklich.



Buchladen 'trotz alledem', Weberstraße 79, 4650 Gelsenkirchen

Kleinanzeigen

Suche gebrauchtes Schlagzeug
Rudi Turinsky
4352 Herten, Ewaldstr. 274 b
Tel. 02366 / 8 44 49

Achtung Hobbyzeichner!!!
Ausstellungsmöglichkeiten im türkischen Restaurant "Dede" frei!
Rahmen können eventuell gestellt werden. Meldet euch bei Sinan Durulan abends ab 18 Uhr im "Dede", Schützenstr. 23, 4600 Dortmund 1 Mitte, 5min. zu Fuß vom Hauptbahnhof D0, Nordausgang

Das autonome Ausländerreferat Bochum sucht auch weiterhin noch alte Schreibtische, Bücherregale, Spülen und Kühlschränke. Angebote an Tel 0234 / 700 6901, mo - fr von 10 - 17 Uhr.

Kleinanzeigen im HOLZWURM kosten:
Die ersten fünf Zeilen kosten: ... Bt.
zu 10 weitere Zeilen jede Zeile ... P.

**HOLZWURM
AUF DEM GRABEN 2
4350 REHRSSEN**

1 _____
2 _____
3 _____
4 _____
5 _____
6 _____
7 _____
8 _____
9 _____
10 _____

Den Betrag von DM
O liegt in Briefmarken bei: _____

Name _____
Straße _____
Ort _____
Telefon _____
Datum _____
Unterschrift: _____

HEGEMANN'S BULLIZISTEN

Wie Lothar Hegemann auf die Idee kam, zwei Berliner Polizisten, die bei der Anti-Reagan-Demo verletzt wurden, nach Recklinghausen einzuladen, wissen wir nicht. Ob der Anlaß persönlicher Profilierung dienen sollte oder ob eine Weisung von höherer Stelle erfolgte, ist auch ziemlich egal. Die Holzwurm-Redaktion hat sich jedenfalls nach kurzer Diskussion entschlossen, zwei Berliner Hausbesetzer/innen nach Recklinghausen einzuladen, erstens, um den Aussagen der B. Worte und Taten gemeinsam entgegenzusetzen, zweitens, um eine Aktionswoche zum Thema durchzuführen.

Nachstehend der Abdruck des Artikels aus der Recklinghäuser Zeitung sowie unsere Einladung an die Berliner.

Positive Antwort bekommen

Hegemann hat zwei Berliner Polizeibeamte eingeladen

Beim Besuch des US-Präsidenten Reagan verletzt

RECKLINGHAUSEN. Der Recklinghäuser CDU-Landtagsabgeordnete Lothar Hegemann hat im Namen des CDU-Stadtverbandes zwei Berliner Polizeibeamte, die beim Reagan-Besuch verletzt worden sind, ins Ruhrgebiet eingeladen. Hegemann schrieb an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, folgenden Brief:

Laut Pressebericht sind bei tätlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei anlässlich des Besuches des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in Berlin 18 Polizeibeamte teilweise schwer verletzt worden. Immer wieder zeigt es sich, daß Demonstranten rücksichtslos vorgehen und dabei das Leben und die Gesundheit von Personen nicht achten, die lediglich in Ausübung ihrer dienstlichen Pflichten eingesetzt sind.

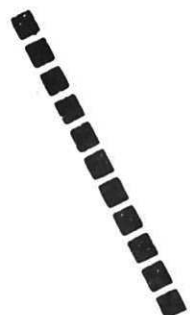
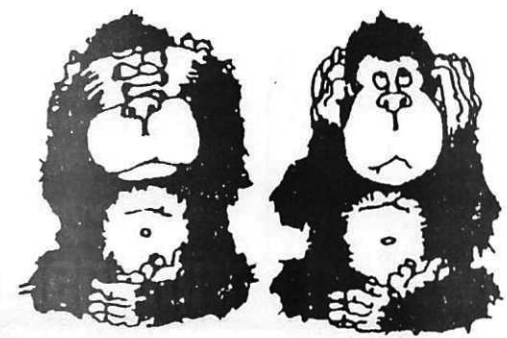
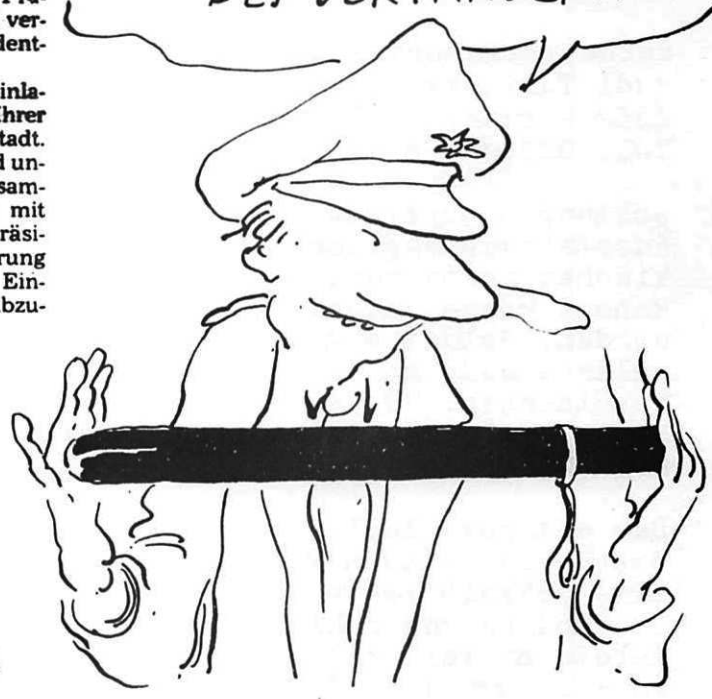
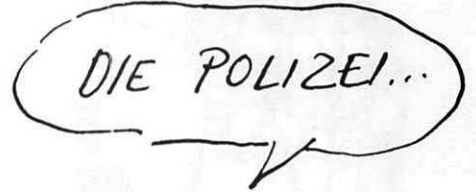
Aus diesem Grunde möchten wir zwei der verletzten Beamten nach ihrer Genesung zu einem mehrtägigen Aufenthalt in Recklinghausen einladen, damit sie auf Veranstaltungen, aus ihren persönlichen Erfahrungen berichten können. Die Kosten gehen selbstverständlich zu unseren Lasten.

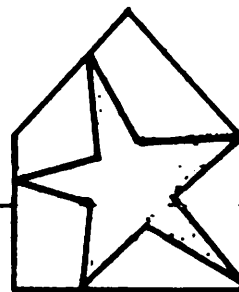
Den Zeitpunkt und die Auswahl der Beamten würden wir Ihnen

überlassen; möglicherweise kann dieses auch auf freiwilliger Basis geschehen.

Jetzt bekam Hegemann vom Berliner Innenminister Ernst Lummer Antwort: „Für Ihr Schreiben an den Regierenden Bürgermeister, das mir zur weiteren Veranlassung übergeben wurde, danke ich Ihnen und Ihren Freunden sehr herzlich. Ihre Einladung für zwei Berliner Polizeibeamte, die bei den Ausschreitungen aus Anlaß des Besuchs von Präsident Reagan in unserer Stadt verletzt wurden, hat mich außerordentlich erfreut.

Ich werte diese großzügige Einladung als sichtbaren Ausdruck Ihrer Verbundenheit mit unserer Stadt. Durch solche Begegnungen wird unser gegenseitiges Gefühl von Zusammengehörigkeit entscheidend mit geprägt. Ich habe den Polizeipräsidenten gebeten, die zur Realisierung Ihrer Einladung notwendigen Einzelheiten direkt mit Ihnen abzustimmen.





HolzWurm Auf dem Graben 2, 4350 Recklinghausen

An den
Kreuzberger Besetzerrat

AUF DEM GRABEN 2
4350 RECKLINGHAUSEN
TEL. (0 23 61) 1 56 98

Heute ist der 11. 8. '82

Liebe Leute,
wie ihr den beiliegenden Zeitungsausschnitten entnehmen könnt, will die CDU- Fraktion im Recklinghäuser Stadtrat und der Abgeordnete Hegemann zwei der 18 Berliner B. einladen, die während der "tätlichen Auseinandersetzungen" anlässlich zweier Anti - Reagan - Demos verletzt wurden. Die beiden sollen dann hier einen mehrtägigen Genesungsurlaub verbringen und von ihren Erfahrungen berichten. Lummer (in der RZ zum "Innenminister" avanciert) hat die Einladung schon angenommen.

Wir, d. h. die HolzWurm - Redaktion, waren über die Meldungen, über die Meinungsmache der CDU ziemlich empört und haben beschlossen, zwei verletzte Demonstranten /innen, die ebenfalls verletzt worden sind, nach RE einzuladen, für eine Woche. Es soll dann im Herbst eine Aktionswoche stattfinden, in der mit Filmen, Diskussionen usw. die Situation in Berlin und anderswo dargestellt werden soll.

Konkret heißt das: gibt es bei Euch zwei Leute, die Zeit und Lust haben, dafür im Herbst nach Recklinghausen zu kommen? Die Kosten für Zugfahrt, Wohnung, Essen etc. werden von uns übernommen. Über Aktionsformen können wir uns ja noch schriftlich abstimmen.

mit den besten Grüßen:
i.A. Thomas Klonek

WIEDER NUR EIN EINZELGÄNGER

VOM WORT ZUR TAT

Ein Spätnachmittag im letzten Herbst. Vor einer Kneipe am Süder Neumarkt stehen einige Männer, frieren und halten sich Schilder vor dem Bauch. Darauf steht: 'Türken werden niemals Deutsche' und 'Integration ist Volker mord'. Im Saal der Gaststätte diskutieren Bürger und Politiker. Das Thema: Gastarbeiter und die steigende Ausländerfeindlichkeit.

Wieder nur ein Einzeltäter

Am 25. Juni diesen Jahres geht Helmut Oxner schwerbewaffnet in die Nürnberger Diskothek 'Twenty Five'. Schon als er vom Pförtner aufgefordert wird, Eintritt zu zahlen, ballert er los, erschießt

einen amerikanischen Soldaten. Er feuert in die Menschen in der Disco, dort werden Ausländer schwer verletzt. Er stürzt auf die Straße und feuert dann in eine Gruppe Araber, tötet wieder zwei Menschen.

'Ich schieße nur auf Ausländer', schreit er den Polizisten zu. Als er von einem Schuß der Polizei später verletzt wird, erschießt er sich selbst.

Der Mordschütze Oxner - ein bekannter Neonazi

'Polizei und Staatsanwaltschaft betrachten Oxner einstweilen als Einzeltäter', konnte man am 26. Juni in den Zeitungen lesen. Ja - geschossen hatte Oxner allein. Also wieder ein fanatischer Einzelgänger?

Bei Oxner fand man am Tatort Aufkleber mit dem Hakenkreuz und Sprüchen wie: 'Jetzt NSDAP' Diese stammen von der Naziorganisation des in der USA lebenden Gary Rex Laux. Ihr Motto: 'Wir haben ein politisches Vernichtungswerk begonnen.' Die Verbindungen dieser Gang mit NPD-Leuten und anderen radikalen Kreisen ist längst bekannt.

Der 'isolierte Einzeltäter' war außerdem als NPD-Aktivist bekannt. Bei den Stammtischen der Jungen Nationaldemokraten wurde die Idee geboren, ausländische und jüdische Mitmenschen per Telefon zu terrorisieren. Dabei geriet Oxner auch in den Mordfall Levin, der der Hoffmann-Wehrsportgruppe zugeschrieben wird. Wegen dieser Sache saß

Oxner sogar in Untersuchungshaft. Die Rücknahme eines vorher abgelegten Geständnisses reichte aus, diesen Mann, der mit offiziellen Papieren drei Waffen besaß, wieder auf freien Fuß zu setzen. Und dann behauptet man, dieser rechtsradikale Aktivist sei ein Einzelgänger.

'Türken raus! Bürgerinitiative Ausländerstop'

Jeder hat diese 'Bürger' schon im Löhnhof gesehen. Geleitet wird diese Aktion von der NPD sowohl in NRW als auch in Hamburg. Dort ließ der Landeswahlleiter sogar eine Liste 'Ausländerstop' zu. Und dort fanden auch zwei Vietnamesen den Tod. Sie verbrannten durch Brandsätze der 'Deutschen Aktionsgruppen'. Auch anderswo wurden Bomen in Asylanten- und Ausländerheime geworfen.

Manfred Röder, Rechtsanwalt und selbsternannter Reichsverweser, war und ist einer der Drahtzieher dieser Terrorkommandos. Gerade wurde er in Stammheim zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt. Der 'Einzeltäter' Oxner und sein Umfeld. Können wir Bayerns Innenminister Tandler glauben, der sagte:



ELTÄTER

'Staatsanwaltschaft und Sicherheitsbehörden werden alles tun, um die Tat von Nürnberg und ihre Hintergründe umfassend aufzuklären'. Wird er sie im Barischen Rundfunk 'Schlag auf Schlag' aufklären? So heißt nämlich eine Fernseh-Live-Sendung aus München. Am 8. Juli gab es darin tatsächlich Schläge. Eine Frau ohrfeigte den rassistischen Professor Schmidt-Kahler, Mitverfasser des berüchtigten 'Heidelberger Manifestes', in dem es heißt: 'Mit Sorge sehen wir die Unterwanderung des deutschen Volkes... die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums'.

Dieser Professor ist Aktivist bei der Bürgerinitiative 'Ausländerstop' und gibt dieser mit anderen Professoren ein 'wissenschaftliches Fundament'. Helmut Oxner, ein Einzeltäter und sein Umfeld.

Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit

Vielorts sieht man der Ausländerhetze nun nicht mehr tatenlos zu. Es bilden sich, wie in Oberhausen Initiativen 'Gemeinsam gegen die Ausländerfeindlichkeit.' Dort in Oberhausen hatten Herren der Industrie eben jenen Prof. Schmidt-Kahler eingeladen zum Thema: 'Ist die Bundesrepublik ein Einwanderungsland?'

Die Initiative beschloß den Auftritt bekannt zu machen und zu verhindern. Dem Protest schlossen sich Menschen und

Gruppen bishin zu den Jusos und dem örtliche SPD-MdB an. Das Ergebnis: Das Ruhrinstitut für gesellschaftspolitische Forschung und Bildung, welches offiziell als Einladener fungierte, sagte den Vortrag öffentlich in der Zeitung ab.

Ein Schritt von vielen, die noch zu tun sind. Erinnern wir uns an die rassistischen Leserbriefe in der 'Recklinghäuser Zeitung', nachdem über eine türkische Hochzeit im Hochlarmarker Husemann; Haus berichtet wurde. 'Polizei und Staatsanwaltschaft betrachten Oxner einstweilen als Einzeltäter.' Der Mörder und sein Nährboden. Doch gerade dieser Tage hat der Generalbundesanwalt Rehmann endgültig die Ermittlungen gegen Mittäter, Hinternänner und Hintergründe des Bombenanschlages auf dem Münchener Oktoberfest einstellen lassen.



Dokumentation, „Heidelberger Manifest“

„Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums. Allein im Jahre 1980 hat die Zahl der gemeldeten Ausländer trotz Anwerbestopp um 309 000 zugenommen, davon 194 000 Türken. Gegenüber der zur Erhaltung unseres Volkes notwendigen Zahl von Kindern werden jetzt jährlich kaum mehr als die Hälfte geboren. Bereits jetzt sind viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten Fremdlinge in der eigenen Heimat.

Der Zuzug der Ausländer wurde von der Bundesregierung aus Gründen des heute als fragwürdig erkannten hemmungslosen Wirtschaftswachstums gefördert. Die deutsche Bevölkerung wurde bisher über Bedeutung und Folgen nicht aufgeklärt. Sie wurde auch nicht darüber befragt. Deshalb rufen wir zur Gründung eines parteipolitisch und ideologisch unabhängigen Bundes auf, dessen Aufgabe die Erhaltung des deutschen Volkes und seiner geistigen Identität auf der Grundlage unseres christlich-abendländischen Erbes ist. Auf dem Boden des Grundgesetzes stehend wenden wir uns gegen ideologischen Nationalismus, gegen Rassismus und gegen jeden Rechts- und Linksextremismus.

Völker sind (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Tradition weitergegeben werden. Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften.

Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein Naturrecht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet. Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihr Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung („Germanisierung“). Europa verstehen wir als einen Organismus aus erhaltenswerten Völkern und Nationen auf der Grundlage der ihnen gemeinsamen Geschichte. „Jede Nation ist die einmalige Facette eines göttlichen Plans“ (Solschenizyn). (...)

Die Präambel des Grundgesetzes verpflichtet auf das Ziel der Wiedervereinigung. Wie soll diese möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden? Die jetzt praktizierte Ausländerpolitik, welche die Entwicklung zu einer multirassischen Gesellschaft fördert, widerspricht dem Grundgesetz, das alle Deutschen der Bundesrepublik zur Bewahrung und Verteidigung der Lebensrechte unseres Volkes verpflichtet. (...)

Allein lebensvolle und intakte deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten. Nur eigene Kinder sind die alleinige Grundlage der deutschen und europäischen Zukunft. (...)

Um weiteren Widerhall in der Öffentlichkeit zu erreichen, fordern wir alle Verbände, Vereinigungen, Bürgerinitiativen usw. auf, die sich der Erhaltung unseres Volkes, seiner Sprache, Kultur und Lebensweise widmen, einen Dachverband zu gründen, der kooperativ wie individuelle Mitgliedschaften ermöglicht. Jeder Verband soll dabei seine volle Selbständigkeit und Eigenständigkeit behalten. Über die Aufgaben dieses Bundes soll auch zur Wahrung seiner parteipolitischen und ideologischen Unabhängigkeit ein wissenschaftlicher Rat wachsen. (...)

Für den Heidelberger Kreis:

Prof. Dr. phil. habil. Bambeck, Prof. Dr. Fr. Ke, Prof. Karl Götz, Prof. Dr. phil. Haberbeck, Prof. Dr. rer. nat. Illies, Prof. Dr. theol. Manns, Prof. Dr. Dr. Oberländer/Bundesminister a.D., Prof. Dr. jur. Rasch, Prof. Dr. Riedl, Prof. Dr. med. Schade, Prof. Dr. rer. pol. Schmidt-Kahler, Prof. Dr. rer. nat. Schröcke, Prof. Dr. med. Schurmann, Prof. Dr. phil. Siebert, Prof. Dr. phil. Staudtmüller.“

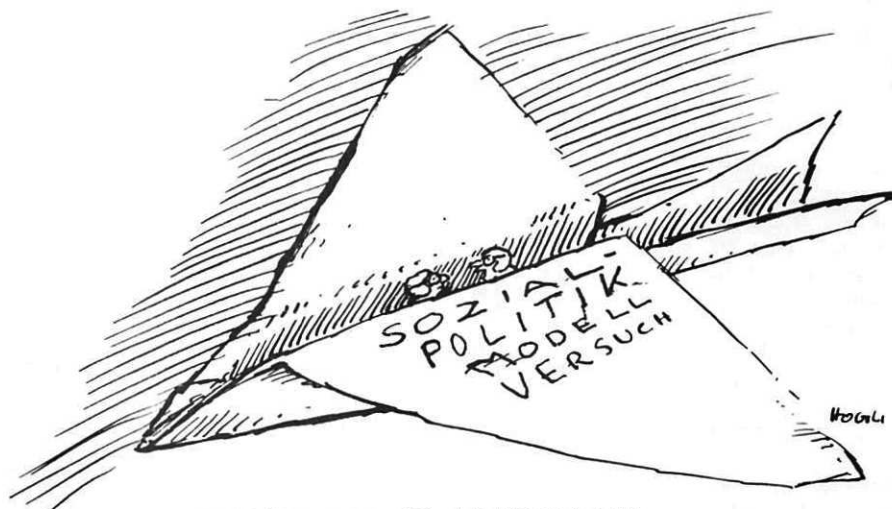
DAS SPAR-SCHWEIN SCH

heißt diesmal unser Schwerpunktthema - ein Thema, das wir unseren Lesern gewiß gerne erspart hätten, aber es lag ja nicht an uns: Das Sparen liegt seit einiger Zeit wirklich geradezu in der Luft. Freilich, man muß vorsichtig sein - schon das Wort 'Sparen' ist irreführend, weil es die wirklichen Verhältnisse verharmlost. Sparen heißt ja im normalen Sprachgebrauch bekanntlich, daß man sich von seinen Einkünften einen Teil zurücklegt - sei es für schlechtere Zeiten, sei es, um sich irgendwann mal etwas Größeres zu leisten. Das ist die Art von Sparen, die wir von unseren Eltern gelernt haben, und die unter den bürgerlichen Tugenden sogar ganz vorne steht.

Doch wer etwa meinen sollte, bei der gegenwärtigen Diskussion über die richtige Sparpolitik gehe es darum, welchen Teil seines Einkommens der Staat nun zurücklegen sollte und was später mit dem so erübrigten Betrag geschehen soll, befindet sich wohl reichlich auf dem Holzweg und vergißt, wo er lebt: In einer durch und durch kapitalistisch organisierten Wirtschaft, die jegliches Planen für ein Erzübel hält und folglich mit schöner Regelmäßigkeit von ihren Krisen heimgesucht wird - der alte Marx hätte seine helle Freude daran.

Denn weshalb sonst ist plötzlich das große Sparfieber bei uns ausgebrochen, das heißt - das Wort 'Sparen' diesmal richtig interpretiert - warum sehen wir plötzlich so viele soziale Errungenschaften, die mühsam genug erarbeitet wurden, wieder ersatzlos dahinschwinden? Weder Krieg noch Mißernten, keine Seuchen, keine Naturkatastrophen, nichts dergleichen beutelt dieses Land - und doch haben wir mal wieder eine Krise. Da muß ja doch irgendwie - wenn man eine zur Zeit vielleicht gerade ungünstige Sternenkongstellatation über der BRD mal ausschließen will - der Fehler im System stecken, oder?

Aber wir werden dem HOLZWURM-Leser hier keine Theorien über Wirtschaftssysteme vorsetzen, unsere Artikel in diesem und im folgenden Heft beschreiben vielmehr die bis jetzt erkennbaren praktischen Auswirkungen der gegenwärtigen Krise, wie sie aus der Sicht des vielzitierten - jedoch auch tatsächlich existierenden - kleinen Mannes erscheinen. Dieser kleine Mann steht - beispielsweise in der Gestalt eines Arbeitslosen, eines Rentners, eines Behinderten, eines Jugendlichen, aber auch als 'ganz normaler' Bezieher eines niedrigen Einkommens - am Ende der Sparkette, die von der Bundesregierung ausgeht und ihr ihr Ziel teils auf direktem Wege, teils über die Länder und Gemeinden erreicht.



„HOFFENTLICH LANDEN WIR NICHT WIEDER IM SENATSPAPIERKORB!“

WACHTET



INHALT

Operation '83.....	S.18
Ein allgemeiner Überblick.....	S.20
Recklinghäuser Haushalt.....	S.22
Initiative Soziale Sicherheit.....	S.25
Situation eines Jugendzentrums.....	S.26
Ein Verein vor der Auflösung.....	S.28
Bekommen Behinderte wieder Stubenarrest.....	S.29
Sozialhilfe - gespart wird an den Ärmsten der Armen..	S.30
Die Kommerzialisierung der Weiterbildung.....	S.36

Wir fangen, dieser Kette folgend, mit der Sparpolitik der Bundesregierung an, wie sie in der 'Operation 83' Gestalt angenommen hat ('Operation gelungen - Patient tot?'), und gehen dann auf den Haushalt der Stadt Recklinghausen ein. Hier liegt ja eine wahre Fundgrube für den kritischen Lokaljournalisten (die sich allerdings, wie man gleichfalls lesen wird, nicht jedem auf Anhieb öffnet).

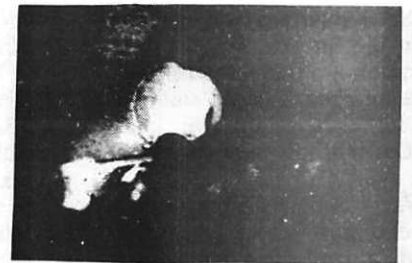
Folgenden Themen haben wir einen eigenen Artikel gewidmet:

- Sozialhilfe
- Jugendzentren (aus der Sicht der Mitarbeiter)
- Jugendwohngruppen
- Behinderte
- Weiterbildung

Zum Schluß dann noch eine Darstellung der eigens zur Bekämpfung der gegenwärtigen Sparpolitik gegründeten 'Initiative Soziale Sicherheit'.

Da wir bei Redaktionsschluß überdies mit einigem Recht vermuten dürfen, daß die Krise auch in einem Monat - beim Erscheinen des nächsten HOLZWURM - noch nicht vorbei sein wird, haben wir uns vorgenommen, in unserem September-Heft noch ein bißchen auf diesem leidlichen Sparthema herumzuhacken und dabei weder mit dem Platz noch mit Ideen zu sparen. Da folgen also voraussichtlich

- noch mal die Jugendzentren (diesmal äußern sich die Jugendlichen)
- Änderungen im Arbeitsförderungsgesetz (wichtig für Arbeitslose)
- die Situation der Recklinghäuser Schulen
- die Auswirkungen der Sparpolitik im Gesundheitsbereich (in diesem Heft nur angerissen)
- unsere kritische Stellungnahme zur oben erwähnten 'Initiative Soziale Sicherheit'



OPERATION '83

Die gegenwärtige Sparpolitik nimmt als Schwerpunktthema in diesem Heft einen breiten Raum ein. Um einige allgemeine Informationen zu geben, drucken wir einen Artikel gekürzt ab, der in der August-Nummer der Zeitschrift REVIER erschienen ist. Neben einer verständlichen und übersichtlichen Aufzählung der als 'Operation 83' bekannten Änderungen wirft der Autor des REVIER-Artikels zugleich einen Blick in die Spar-Zukunft der BRD und spart auch nicht mit Kritik an der Untätigkeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Abbau des Sozialstaates hat in der Operation '83 eine weitere Fortsetzung gefunden. Sinkende Steuereinnahmen und eine starke Beanspruchung des sozialen Netzes in der Krise belasten die Staatsfinanzen. Daß deshalb gespart werden muß, steht im bürgerlichen Lager außerhalb jeder Diskussion. Und daß nicht am Verteidigungsetat gekürzt wird, ebenso. Nur wen es trifft und in welchem Ausmaß, darüber gehen die Ansichten zwischen linken und rechten Sparer noch auseinander.

Der Abbau des SPD-Staates ist mit der Sparoperation 83 noch einmal verhindert worden. Bis auf weiteres. Denn es ist ja nicht nur die FDP, der gerade noch die Chance zum Absprung durch weitestgehendes Entgegenkommen vermasselt worden ist. Die Sozialpolitik muß auch den treuesten SPD-Wähler erschauern lassen. Die Demontage jenes Anspruches, mit dem die SPD einstmals angetreten ist, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, schreitet unaufhaltsam voran. Und mit ihr auch die Demontage der Sozialdemokratie.

Abbau des Sozialstaats - 2. Folge: Operation '83

Die Kürzungen im Sozialbereich, die im Rahmen der Sparoperation am Bundeshaushalt 83 vorgenommen worden sind, fallen für sich genommen kaum ins Gewicht. Es sind im einzelnen:

- Wer 1.000 DM Rente erhält, bekommt am 1.1.83 nicht wie ursprünglich einmal vorgesehen 56 DM mehr, sondern nur 45 DM. 10 Mark (entspricht 1% der Rente) machen den neuen Krankenversicherungsbeitrag der Rentner aus. Dieser Beitrag wird jedes weitere Jahr um 1% aufgestockt. 1984 beträgt der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner mithin 2% und wird bis auf 4% gesteigert.
- Wer ein Jahr arbeitslos ist, bekommt im Alter 9 DM Rente monatlich weniger (auf Basis heutiger Zahlen). Denn die Bemessung der Beiträge für die Arbeitslosen an die Rentenversicherung und Krankenversicherung machen ab 1983 70% des Bruttoarbeitsentgelts aus.
- Ein durchschnittlich verdie-

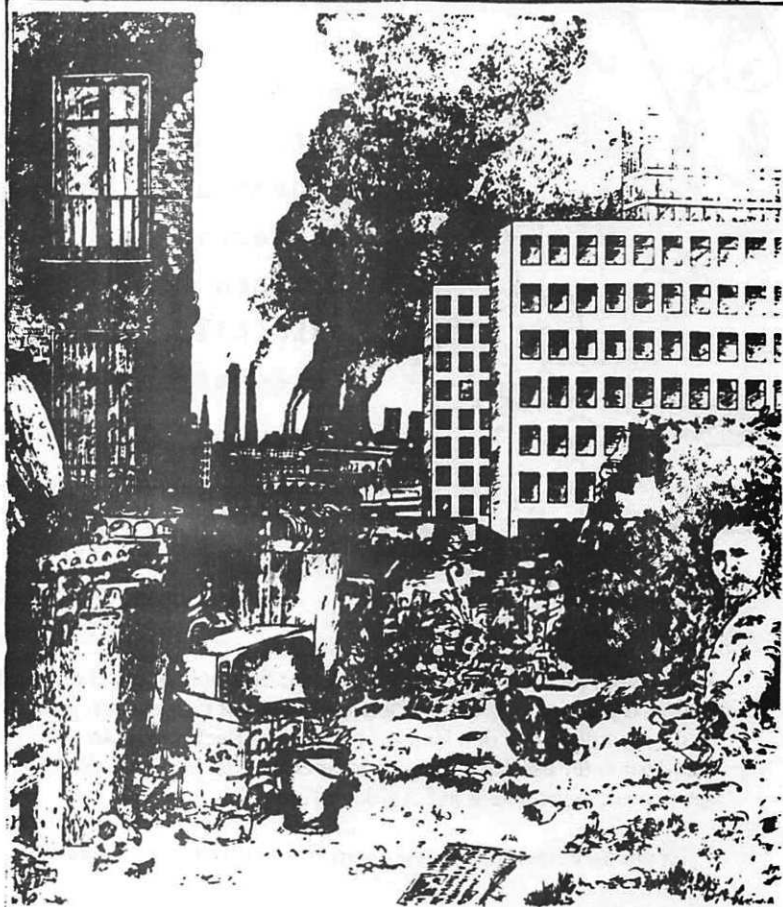
nender Facharbeiter hat aufgrund der Anhebung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages von 4 auf 4,5% 6,65 DM monatlich mehr zu zahlen.

- Ein Rezept kostet in Zukunft 2 DM statt wie bisher 1,50 DM.
- "Bagatellarzneimittel" wie Abführmittel, Mittel für Reisekrankheiten, Husten und Schnupfen, sowie Mund- und Naseninfizienten werden von den Krankenkassen künftig nicht mehr zurückerstattet.
- Schließlich ist jeder mit 5 DM pro Tag an Selbstbeteiligung dabei, wenn er ins Krankenhaus muß. Bei Kuren, die voll von den Sozialversicherungsträgern finanziert wurden, wird eine Selbstbeteiligung von 10 DM vorgesehen.

Jede einzelne Maßnahme für sich genommen ist kaum spürbar. Es handelt sich immer nur um einige Mark. Diese Zersplitterung des Sozialkürzungen auf verstreute Auswirkungen macht die Sparoperation '83 zu einer scheinbar erträglichen Kürzung. Aber zusammengenommen machen diese Sparmaßnahmen schon die stattliche Summe von 8 Milliarden DM an Kürzungen

im Sozialbereich aus. Wenn man diese 8 Milliarden DM auf die 60 Millionen Bundesbürger umlegt, dann muß jeder Einzelne auf über 130 DM im Jahr verzichten. Um diesen Beitrag wird seiner jährlicher "Soziallohn" ge-

samt 900 Millionen DM von Bund und Land weniger zugewiesen. Und das werden nicht ihre einzigen Fehlbeträge sein. Wer sich noch an die letztjährige Duisburger Sparoperation erinnert, hat einen Vorge-



BRUTALSOZIAL PRODUKT

kürzt.

Selbst diese 130 DM markieren nur die Spitze eines Eisberges, wenn es um den Abbau des Sozialstaates geht. Schon 1982 wurde ja kräftig zugelangt. Länder und Gemeinden ziehen nun nach. 2 Milliarden DM werden laut WAZ allein in NRW gekürzt. U.a. sollen 100.000 Wohnungen nicht gebaut werden; viele Planstellen im sozialen und Bildungsbereich werden wegfallen. "Die Gemeinden in NRW werden streichen, streichen und nochmals streichen müssen", so der nordrheinwestfälische Innenminister. Sie bekommen insge-

schmack von dem, was da noch kommt.

Man muß kein Prophet sein, um vorhersagen zu können, daß

der Soziallohn jedes Einzelnen um mehrere hundert Mark gekürzt sein wird, wenn das Jahr rum ist. Und da wir - trotz genteiliger Behauptungen - noch immer in einer Klassengesellschaft leben, werden die Rentner, die Kranken, die Jugendlichen, die Frauen und vor

allem die Arbeitnehmer doppelt und dreifach betroffen sein.

Operation 84 folgt bestimmt

Die nächsten Sparoperationen für den Bundeshaushalt sind bereits vorprogrammiert. Voraussetzung für den Haushalt '83 ist nämlich ein Wirtschaftswachstum von 3%. Auf dieser Grundlage sind die Steuereinnahmen kalkuliert. Bereits heute pfeift es der bürgerliche Sachverständigenrat von den Dächern: diese 3% werden bei weitem nicht erreicht. Ein Einnahmeausfall bei den Steuern in Milliardenhöhe ist die Folge. Der Bundeshaushalt 1983 wird Makulatur sein, bevor er im Bundestag überhaupt verabschiedet ist. Und dann heißt die Alternative wieder: entweder neuerliche Staatsverschuldung oder weitere Sozialeinsparung.

Die Sparspirale wird sich also im kommenden Jahr weiterdrehen. Das Wirtschaftswachstum, auf das die Finanzakrobaten in Bund, Ländern und Gemeinden ihre Hoffnung setzen, bleibt aus. Damit wird auch in Zukunft auf der Einnahmeseite keine Entlastung der Haushalte zu erwarten sein. Die Zahl der Arbeitslosen wird weiter nach oben klettern und mit ihr wird auch die soziale Bedürftigkeit steigen. Unter den Voraussetzungen, daß die Steuerquote konstant gehalten werden soll, daß die Neuverschuldung des Bundes tendenziell sinken soll, daß am Verteidigungshaushalt nicht und an den Vergünstigungen für die Wirtschaft kaum gerüttelt werden soll – und all dies sind die Richtlinien der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes – ist die Richtung klar: Abbau des Sozialstaates Stück um Stück. Die diesjährige Runde ist nur die zweite offizielle Fortsetzung einer Serie von Sparmaßnahmen, auf die wir uns alle einstellen müssen.

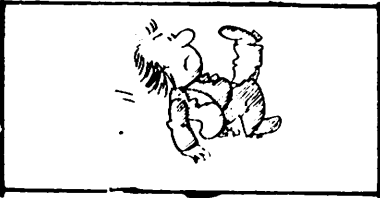
Abbau des Sozialstaates – Abbau des SPD-Staates

Der Sozialstaat war wohl das wichtigste Bindemittel, das die verschiedenen Klassen und Schichten, die die SPD/FDF-Koalition in die Regierung getragen haben, zusammengehalten hat. In der Ära der "sozialen Gerechtigkeit" fühlten sich sowohl die traditionellen Anhänger der SPD wohl, die Facharbeiter, als auch die hinzugewonnenen Schichten des neuen Mittelstandes.

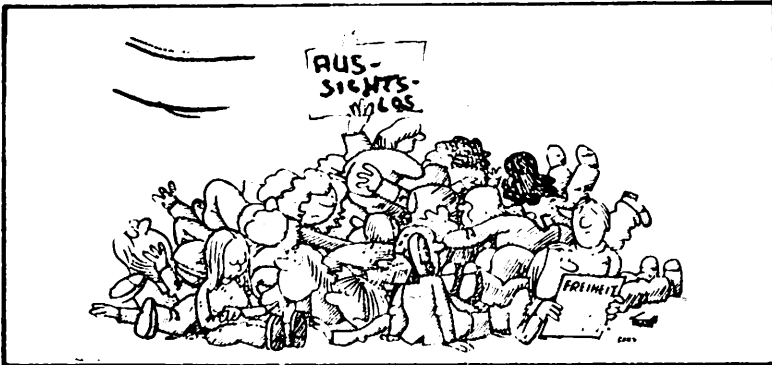
Nur war von Anfang an im

Aufbau des Sozialstaates der Pferdefuß mitbegriffen. Das sozialliberale Konzept funktionierte nur auf der Basis von Wirtschaftswachstum. Der Besitzstand der Besserverdienenden wurde nicht angetastet, schon gar nicht die Eigentumsverhältnisse und Entscheidungsbefugnisse der Unternehmer. Man war in der SPD auf Gedeih und Verderb auf die Früchte des kapitalistischen Wirtschaftswachstums angewiesen. Nur diese konnten den sozial Benachteiligten zugeteilt werden. Bei ausbleibendem Wachstum existiert kein Spielraum mehr für diese Umverteilungspolitik. "Der Sozialstaat gibt nicht mehr her, als die Wirtschaft leistet" bemerkte Finanzminister Lahnstein dazu. Also zur Zeit nichts. Und das hat Folgen für die SPD.

Die Stammwähler, die Kolleginnen und Kollegen, sind enttäuscht. Denn sie sollen nicht nur durch ständigen Reallohnverlust sondern auch durch staatliche Umverteilung zugunsten der Reichen die sagenumwobene Investitionsbereitschaft der Unternehmer wecken. Außer Rationalisierungsinvestitionen hat sich im Investitionsbereich aber



nichts abgespielt; und deshalb liegt die Quittung der Kolleginnen und Kollegen auch schon auf dem Tisch des Parteivorstandes der SPD: In Ermangelung einer besseren Alternative zur SPD üben sich die Kollegen zur Zeit in Wahlenthaltung.



Andere soziale Gruppen, die sozial benachteiligt sind, werden wieder an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Allen voran Frauen, dann Jugendliche, Alte, Ausländer, ungelernete Arbeiter etc. – allen diesen Menschen hat die SPD nichts mehr zu bieten

als ständig neue Verschlechterungen ihrer sozialen Lage. Bei den letzten Wahlen hat die SPD auch von diesen Wählern die Rechnung präsentiert bekommen.

Schließlich ist die Konzeptionslosigkeit der SPD offensichtlich. Nun wird schon Jahr um Jahr auf jenen Wirtschaftsaufschwung gewartet, der den Sozialstaat wieder ins sozialdemokratische Lot bringt, daß auch der Dümme merken muß, mit der SPD kommt der nie. Das ist die offene Flanke, in die die Rechte immer wieder hineinstößt. Sie hat sich das Zerschlagen des Sozialstaates zum wirtschaftspolitischen Programm erhoben; in den Sparleistungen können die Sozialliberalen deshalb immer nur 2. Sieger sein. Kein Wunder also, wenn die Sontagsfrage: "Wenn heute Bundestagswahlen wären, wen würden Sie...?" in den letzten Wochen und Monaten immer mit satten CDU/CSU-Mehrheiten von über 50% beantwortet wurde.

Solange die Sozialliberalen keinen Bruch mit der Sparlogik vollziehen – die sozialen Kürzungen sind die Investitionen von morgen und die sind wiederum die sozialen Leistungen von übermorgen –, solange wird sich an diesen Mehrheitsverhältnisse kaum etwas ändern.

Wie lange noch?

Leider sind es wohl nicht die Gewerkschaften, die die Bonner linksliberale Sparkoalition zu Fall bringen. Seitdem der ehemalige ÖTV-Vorsitzende Kluncker

in dem Geruch steht, den Kanzler Brandt gestürzt zu haben, möchte keiner der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Königsmörder für den sozialdemokratischen Kanzler Schmidt abgeben.

Auf den ersten Blick sah das

anders aus. "Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist entschlossen, den Haushaltskompromiß 1983 der Bundesregierung zu kippen". Diesem Bericht zufolge soll Kollege Breit gesagt haben "... der DGB werde es nicht bei verbalen Protesten bewenden lassen, sondern seiner Ablehnung durch geeignete Aktionen Nachdruck verleihen". Dann kommt allerdings jene berühmte Formel, von der alle Kenner von DGB-Verlautbarungen wissen, was sie bedeutet: "Wann wo welche Aktionen stattfinden sollen, wollte Breit nicht mitteilen." (Alle Zitate FR vom 8.6.) Mit anderen Worten: Aktionen wird es, wenn es nach der DGB-Spitze geht, nicht geben.

Arbeitsminister Kollege Westphal kannte seine Pappenheimer, als er zu diesen Sprüchen bemerkte: "Ich habe nicht gerade mit großer Freude die harten Sätze in den ersten Stellungnahmen der Gewerkschaften gelesen. Aber ich habe inzwischen an Gesprächen mit führenden Kollegen aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung teilgenommen. Ernst Breit hat erst kürzlich deutlich gemacht, was geschehen würde, wenn Sozialdemokraten nicht mehr an der Regierungspolitik mitwirkten." (Vorwärts, 8.7.82)

Der Vertrauensschaden, der der Gewerkschaftsbewegung durch die proklamierte Vertrauensseligkeit in die gescheiterte Politik der Bundesregierung zugefügt wird, läßt sich kaum ermessen. Wie sollen denn die Kollegen gegen den Sozialabbau mobilisiert werden, wenn die Träger des Sozialabbaus in der Bundesregierung ausgetauscht sind? Welche Kritik will man denn dann gegenüber der CDU/CSU führen? Und wie sollen die Kollegen gegen den Sozialabbau mobilisiert werden, wenn die Gewerkschaften auch nichts anderes als die "ausgewogene Sparlogik" anzubieten haben? Solange die Gewerkschaften nicht den Mut finden, die Frage nach wirklicher Umverteilung und die Frage nach Investitionslenkung wieder auf die Tagesordnung zu setzen, werden die Kollegen auch keine Perspektive haben. Und schließlich, wie sollen die Kollegen mobilisiert werden, wenn die Gewerkschaften den Kampf gegen den Sozialabbau den Parlamentsvertretern überlassen und sich selbst für unzuständig erklären? Wo doch jedem klar ist, daß alle Bonner Parteien Sparteien sind.

Stefan Zundel

EIN ÜBERBLICK

EINSPARUNGEN

Die sogenannte 'Operation 82' brachte zahlreiche Einsparungen im Sozialbereich mit sich. Mit der 'Operation 83' sind nunmehr die Beschlüsse der Bundesregierung vom 1.7.83 gemeint, die weitere Einsparungen des Bundeshaushaltes im Sozialbereich und damit Mehrbelastungen für die Bürger bedeuten.

OPERATION 83

Im folgenden ein kurzer Überblick über die wichtigsten Beschlüsse:

1. Kürzung der Beiträge der Bundesanstalt für Arbeit zur Renten- und Krankenversicherung von 100 auf 70 %. D.h. die Renten- und Krankenversicherungsträger erhalten für Arbeitslose nicht mehr die vollen Beiträge. Einnahmeausfall: ca. 1,5 Milliarden DM, die der Bund nun einspart, den Versicherungen aber jetzt fehlen.

Um diese 1,5 Milliarden auszugleichen, wurden folgende Maßnahmen beschlossen:

- Anhebung der Rezeptgebühr von 1,50 DM auf 2 DM (Einsparung 300 Millionen)
 - Kosten für sogenannte 'Bagatell'arzneimittel werden nicht mehr erstattet (Husten, Schnupfen, Verdauungstee). (Einsparung 580 Millionen)
 - Beitragspflicht für sonstige Bezüge von Rentnern (Einsparung 600 Millionen)
 - Kostenbeteiligung der Versicherten bei Krankenhausaufenthalten: 1 - 7 Tage fünf DM pro Tag. Bei Kuren 10 DM pro Tag. (Einsparung 210 Millionen)
2. Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 % auf 4,5 %. (Mehreinnahme 3 Milliarden)
3. Einführung von Krankenversicherungsbeiträgen für Rentner: 1 % für 1983, 2 % für 1984, 3 % für 1985 und 4 % für 1986.

ARME RENTNER

Damit gehören die Rentner zu der Bevölkerungsgruppe, die am stärksten von den Einsparungen im Sozialbereich betroffen sind. Sie sind relativ häufiger im Krankenhaus, brauchen öfters Medikamente, für ihre sonstigen Einkünfte müssen nunmehr Versicherungsbeiträge bezahlt werden, für ihre Rente wird schrittweise ebenfalls die Versicherungspflicht eingeführt, und die Rentner sind meist Personen mit einem niedrigen Einkommen, das oft nur für den notwendigen Lebensunterhalt reicht.

Die 'Operation 83' knüpft damit nahtlos da an, wo die Operation 82 im Herbst

letzten Jahres stehengeblieben war. Schon damals im Bereich der Arbeitsförderung (mehr dazu im nächsten Heft), bei den Krankenkosten beim Kindergeld und Mutterschutz waren starke Einschnitte in das soziale Netz vorgenommen worden. Hinzu kamen die Einsparmaßnahmen im Bereich der Sozialhilfe (vergl. Artikel in diesem Heft)



„Was gehen uns die Leute an!“

DER ROTSTIFT IN DÜSSELDORF

„Was die in Bonn können, können wir in Düsseldorf und Recklinghausen schon lange.“ Das scheint das Motto der Landes- und Kommunalpolitiker zu sein, die ebenfalls den Rotstift kreisen lassen. So wird der Etat des Landes NRW 1983 um 3,3 % steigen, d.h. eine reale Kürzung von ca. 3 % (bei einer Inflationsrate von ca. 6,5 %).

Gekürzt bzw. unter dieser Steigerungsrate liegen folgende Ressorts:

- Landwirtschaft (- 14,9 %)
- Bauen (- 9,2 %)
- Ministerpräsident (- 2,8 %)
- Wissenschaft (+ 2,7 %)
- Arbeit und Soziales (+ 2,7 %)
- Wirtschaft und Soziales (+ 1,7 %)

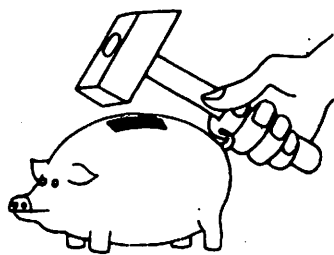
Und wer hat wohl die größte Steigerungsrate? Der Landtag selber mit 14,5 %. Die höheren Diäten machen es erforderlich!

Aber das ist noch lange nicht alles. Wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigten, sind Kürzungen im laufenden Haushalt auch die Regel. So zum Beispiel bei den 'Häusern der offenen Tür' (HOTs), die in diesem Jahr eine Etat Kürzung von 20 % mitmachen mußten. Und das völlig überraschend! Dieselben 'Zustände' herrschen

auch bei den Kindergärten, deren Träger bereits im letzten Jahr aufgefordert worden waren, darüber nachzudenken, wie die Arbeit in den Kindergärten kostengünstiger gestaltet werden könnte. So erfuhr der Caritasverband erst im Mai dieses Jahres, daß die Landesmittel für die Kindertagesstätte in RE um 50 % gestrichen werden sollen.

RECKLINGHAUSEN

Natürlich wird ebenfalls in Recklinghausen und im Kreis gespart. Darunter zu leiden hat so gut wie alles, was sich im Sozial- und Bildungsbereich tummelt. Ob es die Drogenberatungsstelle in Hochlarmark ist, die Jugendzentren, Kindergärten, Bauspielplätze, Behinderte, Alte, Volkshochschule, Schulen usw. Aber es wird nicht überall gleich gespart. Je nachdem, wie stark die unterschiedlichen Lobbies sind, schlägt der Rotstift zu.



1.

SPIELSTUBE

Schlecht bestellt war es da um die Spielstube an der Hermer Straße. Bereits bei den letzten Etatberatungen waren die Sachmittel schon von 1000 auf 500 DM bei der städtischen Einrichtung gekürzt worden (ein absolut lächerlich geringer Betrag), nunmehr ist die Einrichtung geschlossen worden. Wäre sie offen geblieben, hätte eventuell der Spielbusbetrieb ganz eingestellt werden müssen, so jedenfalls die Alternativen, die Jugendpolitiker(!) formulieren. In den alten Räumen der Spielstube ist nun Platz für einen dritten Schulpsychologen geworden, der über die Westfälische Berggewerkschaftskasse nach Recklinghausen kommt. Nichts gegen Psychologen, aber es ist schon merkwürdig, wenn der leitende

Angestellte der Westfälischen Berggewerkschaftskasse Jochen Welt im Jugendwohlfahrtsausschuß für die Schließung der Spielstube stimmt und damit Räume für seinen Psychologen frei werden.

VOLKSHOCHSCHULE

Nicht gut bestellt ist es auch um die Volkshochschule. Der Gesamtetat betrug 1982 1,8 Millionen; nachdem erst eine 20 % Sperre vorgesehen war, wurden nun tatsächlich 10 % gekürzt. Die Konsequenz war die Streichung des Sportangebots, eine verstärkte Angebotsminderung im zweiten Halbjahr 1982, sowie eine Reduzierung der Auflage für den Arbeitsplan, der erstmals nicht an alle Haushalte verteilt werden konnte. Desweiteren wurden die Kursgebühren stark erhöht und eine Gebühr für die politische Bildung eingeführt. Dies und anderes führte zu einem Rückgang der Teilnehmerzahlen um ca. 18 % von 5235 auf 4351. Die ursprünglich geplante Renovierung in Millionenhöhe des alten Kreishauses, wo nunmehr die Volkshochschule untergebracht ist, mußte auch fallengelassen werden. Mit relativ bescheidenen Mitteln wurden einige Räume hergerichtet, eine weitere Verbesserung wird nicht möglich sein, da noch die Stadtbücherei und das



2.

Kulturamt im Hause untergebracht werden sollen. Ein Verwaltungsangestellter und eine halbe Schreibkraft mußten eingespart werden.

ALTE VERSPRECHEN

Bereits im letzten Jahr war klar, daß die Stelle des Jugendbildungsreferenten eventuell nicht wieder neu besetzt werden würde. In Stellungnahmen und Gesprächen trugen die Kursleiter der Jugendvolkshochschule mit dazu bei, daß die Stadt zusicherte, die Stelle neu zu besetzen. Dies scheint aber wieder in Vergessenheit zu geraten. Kulturdezernent Holtmann gegenüber dem HOLZWURM: *'Es ist noch offen, ob diese Stelle in den neuen Stellenplan aufgenommen wird. Rein rechtlich gesehen handelt es sich um eine neue Stelle, und da wird besonders genau hingeschaut.'*

Ja, da heißt es wohl, immer am Ball bleiben, und traue nicht den Worten bürgerlicher Politiker.



An dieser Ausgabe haben redaktionell und/oder als Artikelschreiber/innen oder sonst irgendwie mitgewirkt:

Arno Appelhoff, Erich Behrendt, Paul Ciupke, Jürgen Gosejacob, Frisbee, Andreas Jelinski, Josef, Thomas Klonek, Ralf Kropla, Ina Lautsch, Christel Lippkau, Tom Lutz, Olaf O. Manke, Eva Prausner, Dietrich Stahlbaum, Jürgen Wagner, last but not least 'the great and unforgettable composer' sowie alle, die wir vergessen haben.

Dem Gesetze genüge getan sei mit folgenden Angaben:

Herausgeber ist der Politische und Kulturelle Arbeitskreis RE; verantwortlich für diese Ausgabe ist Thomas Klonek.

Unsere Adresse lautet:

HOLZWURM
Zeitschrift für Recklinghausen
Auf dem Graben 2
4350 Recklinghausen

Schriftlich sind wir immer erreichbar, telefonisch unter der Nummer 1 56 98, meistens dienstags von 17 bis 19 Uhr und im Notfall auch während der Redaktionssitzungen.

Impressum

Der HOLZWURM ist eine unabhängige Lokalzeitschrift in Recklinghausen. Alle Einkünfte und eventuellen Gewinne werden ausschließlich für die Zeitschrift verwendet. Alle genannten und ungenannten Personen arbeiten ehrenamtlich und unentgeltlich.

Unabhängig von Anzeigenkunden, politischen Parteien/Verbänden, Geldgebern oder sonstigen Interessengruppen versteht sich der HOLZWURM als Teil einer demokratischen Gegenöffentlichkeit, die u.a.

Themen aufgreift, die in anderen lokalen Medien nicht oder nur unzureichend behandelt werden, im Gegensatz zur Tagespresse Zusammenhänge darstellen und Themen ausführlich diskutieren will.

Entscheidungen treffen ausschließlich, und gleichberechtigt die Mitarbeiter des HOLZWURM.

Der Herausgeber und der verantwortliche Redakteur bzw. verantwortliche Redakteurin werden lediglich angegeben, um dem Pressegesetz, genüge zu tun.

Beim HOLZWURM kann jeder mitarbeiten, der an den Sitzungen regelmäßig teilnimmt, mitdiskutiert und nach Interesse Artikel schreibt.

Alle Artikel werden vor Abdruck während der Redaktionssitzungen dis-

kutiert. Beiträge, die mit Namen gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wieder.

Der HOLZWURM erscheint in der Regel monatlich. Wenn die Redaktion die Meinung vertritt, daß nicht genügend und nicht genügend gute Artikel vorliegen, kann sich das Erscheinen verzögern.

Wir drucken selbst, in einer Auflage von 2.000 Exemplaren. Der Preis dieses Heftes steht oben auf der ersten Seite, ein Abo kostet (12 Hefte) 17 DM. Dieser Betrag ist mit genauer Absenderangabe auf das Konto 1891 der Stadtparkasse Recklinghausen zu überweisen/einzuzahlen.

Private Kleinanzeigen bis zu fünf Zeilen drucken wir kostenlos ab. Preise für Anzeigen sind mit einer kurzen Erläuterung des Inhalts der Anzeige anzufordern.

Die nächsten Redaktionssitzungen finden voraussichtlich statt am

20.8., Freitag, 17.00 Uhr und
27.8., Freitag, 17.00 Uhr

Der HOLZWURM ist Mitglied im Verband demokratischer Zeitungen und Zeitschriften NRW.

Bürger & Büro

IRRFABRT DURCH DEN HAUSHALT

Im Rahmen unseres Artikels über die Rotstiftpolitik wollten wir das Recht eines jeden Bürgers mal in Anspruch nehmen und uns über die Verteilung der einzelnen Ausgabeposten des Haushaltsplanes der Stadt informieren. Gelegenheit dazu hat man in den Büros der Stadtkämmerei, die sich in der obersten Etage, am Ende eines langen Flures, im hintersten Zimmer des Rathauses befindet.

Holzmann-
Redakteurin
in der Stadt-
kämmerei



Auf Fragen wie: An welcher Stelle wurde um wieviel gekürzt?
Wo waren einsparungen der Stadt ganz deutlich zu erkennen?
Gibt es auch auf kommunaler Ebene eine Umverteilung der Gelder?
Ist eventuell eine über mehrere Jahre sich abzeichnende Entwicklung der Rotstiftpolitik zu sehen?
hofften wir eine Antwort zu bekommen.

Den ersten Schock erhielten wir, als uns das insgesamt 6,5cm dicke Verwaltungswerk nur eines Jahres - das aus dem Haushaltsansatz, dem Nachtragshaushalt und gesonderten Erklärungen zu einzelnen Posten aus dem Haushaltsplan besteht - vorgelegt wurde. Bei der Einsicht in den Plan bemerkten wir zunächst nur grüne, graue und gelbe Seiten, Zahlen über Zahlen, Nummern und eine Ummenge von Zeichnungen.



okraten

SPLAN



Nachdem wir mal von oben nach unten durchgeblättert und auch einzelne Seiten - jedoch ohne Informationserfolg - aufgeschlagen hatten, wandten wir uns hilfesuchend an die zuständigen Beamten, die dann sehr freundlich und mit ziemlicher Geduld versuchten, uns mit möglichst einfachen und wenigen Worten das grobe Raster und den Aufbau des Planes zu erklären, um wenigstens einzelne Posten richtig lesen zu können.

Zunächst erfuhren wir, daß der Plan eigentlich eine verwaltungsinterne Schrift ist und das wirklich Wichtige für den Bürger in der Satzung enthalten ist. Die Satzung ist auf den ersten zwei Doppelseiten des Planes abgedruckt und gibt in absoluten Zahlen und Prozenten

ten Auskunft über Einnahmen/Ausgaben des Verwaltungs- bzw. Vermögenshaushaltes, Kredite, Verpflichtungsermächtigungen, Kas-

tungsstellen zur Verfügung gestellt - korrigiert werden müssen. Es ist nicht möglich, nur den Nachtragshaushalt zur Hand zu nehmen, da er nicht mehr alle Posten, sondern nur die geänderten enthält.

Fotokopien auch nur einzelner Seiten sind nicht erlaubt, da der Plan nicht ausgeliehen werden kann und die Geräte der Verwaltung nur für interne Zwecke benutzt werden dürfen.

(Die Abschrift des Planes ist allerdings erlaubt.



senkredite, Steuersätze für die Gemeindesteuern, den Stellenplan der Stadt und den formaljuristischen Weg der Bekanntmachung der Haushaltssatzung.

Große Schwierigkeiten beim Auffinden genauer Zahlen innerhalb des Planes hatten wir deshalb, weil die meisten Daten nur Planzahlen sind.

Hierzu ein Beispiel: Der Haushaltsplan 1982 enthält die tatsächlichen Zahlen aus dem Jahr 1980 (Jahresrechnung), dann aber nur die geplanten Ansätze von 1981 und 1982, die dann durch Einsicht in die entsprechenden Nachtragshaushalte - diese werden jeweils Mitte des Jahres verabschiedet und der Öffentlichkeit eine Woche lang in den entsprechenden Verwal-



Daß es trotz richtigen Nachschlagens manchmal dennoch nicht zur Ermittlung der richtigen Daten kommt, soll folgendes Beispiel verdeutlichen:



SCHÜLERBEFÖRDERUNGSKOSTEN

	<u>HAUSHALT 1982</u>	
Planung 1982	Planung 1981	Jahresrechnung 1980
1.806.938	2.348.500	2.073.669
	<u>NACHTRAG 1982</u>	
(nach Bewilligung von rd. 370.000)		
2.450.600		

Bei genauer Rechnung stellte sich zwischen Planung 82 und Nachtrag 82 eine Diskrepanz von etwa 300.000 DM heraus.

Die Lösung:

Durch die irrtümliche Zusammenfassung zweier Gruppierungsnummern ist ein bestimmter Posten von Sozialleistungen wie z.B. Zuschüsse an Altenheime unter die Rubrik "Schülerbeförderungskosten" gerutscht.

Die Schülerbeförderungskosten im Nachtrag 82 betragen deshalb 2.176.200 DM.

Daß außerdem nicht klar wird, ob und in welcher Höhe gekürzt wird oder auch nicht, wenn man den Plan nur eines Jahres betrachtet, soll das nächste Beispiel zeigen.



PERSONALKOSTEN FÜR ARBEITSBESCHAFFUNGSMASSNAHMEN (ABM) DER DROB

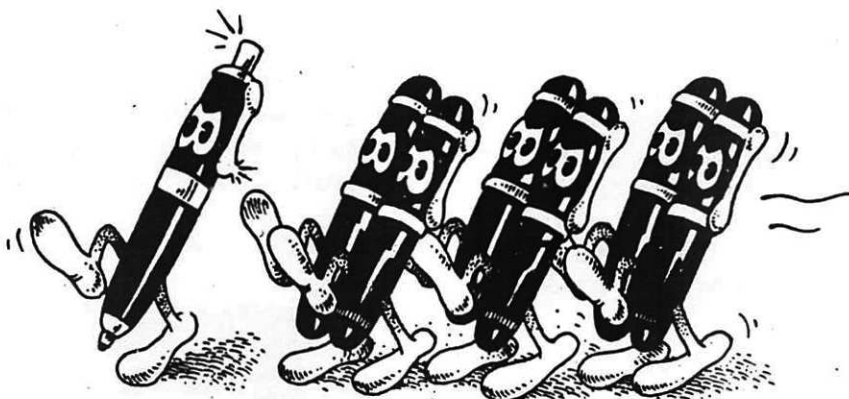
	<u>HAUSHALT 1982</u>	
Planung 1982	Planung 1981	Jahresrechnung 1980
23.500	48.863	20.293
	<u>NACHTRAG 1982</u>	
Neu	Alt	Mehr/Weniger
49.500	23.500	26.000 +



Alles in allem haben wir zwar keine Antworten auf unsere Fragen gefunden, wohl aber am Ende verstanden, weshalb der Haushaltsplan als verwaltungsinterne Schrift bezeichnet wird.

Prinzipiell wird hier von Seiten der Behörden sehr richtig argumentiert. Der einfache Bürger sieht die städtischen Kürzungen sowieso in seinem Portemonnaie und am tatsächlichen Angebot an und in kulturellen Einrichtungen und bei den Sozialleistungen.

— Und da versteht er es ja auch viel besser.



INITIATIVE

Soziale Sicherheit

Das Sparen ist eines der am häufigsten gebrauchten Worte in der gegenwärtigen politischen Szene: Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, sagen unsere Politiker, damit ist es aber nun vorbei, wir müssen also den Gürtel wieder enger schnallen, wenn es nicht zum Staatsbankrott kommen soll. Den Worten sind inzwischen bekanntlich auch Taten gefolgt; Bund, Länder und Gemeinden müssen versuchen, mit weniger Geld als bisher auszukommen. Allerdings treffen die Auswirkungen der Sparpolitik nicht jeden Bürger gleich hart: Wer ohnehin schon wenig hatte, empfindet die Senkung seines materiellen Lebensstandards besonders schmerzlich.

Diese Überlegungen führten Falken, engagierte Gewerkschaftsmitglieder und Redakteure der Zeitschrift 'Revier' dazu, die 'Initiative Soziale Sicherheit' zu gründen; Unterstützung bekamen sie dabei unter anderem von Falken, Jusos, Grünen, Buntten, Kommunisten, Studenten, Rentnern und Arbeitslosen. Bis jetzt hat die Initiative zwei Kongresse abgehalten (im April und im Juni 1982), der dritte ist für den 24. Oktober in Gelsenkirchen geplant.

Gespart wird aber nur an uns, den Arbeitern, Angestellten, Schülern, Studenten, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Rentnern. Gespart wird aber nicht an den Unternehmern und den Reichen. Im Gegenteil. Ihnen werden weiter Subventionen, Investitionsprämien und Steuererleichterungen gewährt. (...) Heute zerstören Schmidt und Genscher, wofür Brandt und Scheel gewählt wurden. Dem muß Einhalt geboten werden - von uns.



Die hier abgedruckten Informationen über die 'Initiative Soziale Sicherheit' stammen aus einem Aufruf zu ihrem zweiten Kongreß und aus einem Gespräch mit dem Duisburger Gewerkschafter und Initiativemitarbeiter Wolfgang Braun von der 'Revier'-Redaktion, der interessierten Lesern für Anfragen zur Verfügung steht. (Siehe Kasten)

Unter der Überschrift 'Maßnahmen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung' heißt es in dem Aufruf:

- Die Gegenvorschläge der Initiative sind:
- o große Einkommen höher als bisher besteuern
 - o AKW-Programm kürzen, stattdessen Fernwärmenetz ausbauen
 - o Rüstungsausgaben kürzen, die dabei freiwerdenden Arbeitskräfte im sozialen Bereich beschäftigen
 - o wöchentliche Arbeitszeit auf 35 Stunden herabsetzen

In diesem Sinne wurde bereits ein 'Sozialappell an die Bundesregierung' abgefaßt, dessen Kernthese besagt, daß die Krise nicht den Abbau, sondern gerade den Ausbau des Sozialstaates erfordert, damit in dieser schwierigen Situation den betroffenen Arbeitnehmern, Rentnern, Arbeitslosen, Jugendlichen, Sozialhilfeempfängern etc. helfend unter die Arme gegriffen wird, statt sie gesellschaftlich in den Schatten zu stellen - und damit möglicherweise abermals rechtsradikalen Rattenfängern in die Arme zu treiben. Früher, so der Sozialappell, versprach man: 'Die Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen.' Doch in Wirklichkeit brachten sie die Arbeitslosigkeit.

Freilich, mit Appellen will sich die Initiative Soziale Sicherheit nicht begnügen. Ein Arbeitsausschuß, der aus rund zehn Personen besteht und sich wöchentlich in Gelsenkirchen trifft, ist bereits vollaufgebaut beschäftigt, eine große Demonstration vorzubereiten, die dort am 23. Oktober 1982 stattfinden soll. Die größte Unterstützung kommt aus den großen Städten des Ruhrgebiets, während man erhebliche Schwierigkeiten hat, in den kleineren Städten Fuß zu fassen. In Recklinghausen beispielsweise hat die Initiative bis jetzt nur einen Mann, den Opel-Arbeiter Gerd Cebulla (siehe Kasten), der zur Bochumer Gruppe gehört, so daß weitere Unterstützung dringend vonnöten ist.

Initiative Soziale Sicherheit
c/o Die Falken
Hohenstaufenallee 1
4650 Gelsenkirchen
Tel. (0209) 1 54 01

Wolfgang und Elke Braun
Siegstraße 15
4100 Duisburg 1
Tel. (0203) 34 19 06

Gerd Cebulla
Hochlarmarkstraße 31
4350 Recklinghausen
Tel. 65 29 37



Möglichkeit der Ferientzeiten wird für die Jugendlichen wegfallen, deren Eltern nicht in der Lage sind, Freizeiten selbständig zu finanzieren. Zur Zeit findet ein vierwöchiges Zeltlager statt. Ein Programm, das von den Jugendlichen zusammengestellt worden ist, hat das Ziel, das Problem und die Auswirkungen der Sparpolitik (nach einer neueren Studie im Auftrag des Ministeriums 'Jugend, Familie und Gesundheit' werden mehr offene Häuser gefordert, weil sie der Jugendkriminalität entgegenwirken) bewusster zu machen und nach Möglichkeiten zu suchen, diesem Problem entgegenzuwirken.

In Recklinghausen ist im Zuge der Sparmaßnahmen im Sozialbereich die offene Jugendarbeit von drastischen Einschränkungen bedroht. Die vorläufige Kürzung um 10 % im Bereich der Jugendzentren bedeutet, daß innerhalb des Bereiches nur noch geringe Möglichkeiten für eine sinnvolle Freizeitgestaltung vorhanden sind. Diese Kürzungen werden in einer Zeit vollzogen, in der sich die soziale Lage zunehmend verschärft: Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenverknappung und Ausländerfeindlichkeit machen es um so notwendiger, die Jugendzentren zu erhalten. Sie könnten Möglichkeiten anbieten, Hilfestellungen für die Betroffenen zu leisten. In einem Gespräch mit einem Mitarbeiter des Heinrich-Pardon-Hauses wird die Situation eines Jugendzentrums verdeutlicht. Hier liegen neben allgemeinen Informationen über Kürzungen im Jugendbereich am Beispiel des HPH die Ergebnisse des Gespräches vor:

Bislang wurde das HPH mit einem Gesamtetat von 216.000 DM von der öffentlichen Hand unterstützt. Davon trug das Land 134.000 DM und die Stadt RE 82.000 DM. Der Verein für Jugendheime e.V. als Träger des Jugendzentrums beteiligte sich mit einer Eigenleistung von 10 %. Durch die Kürzung des Landes fehlen dem HPH ab nun 13.400 DM. Die Eigenfinanzierung müßte, um den Erhalt der Jugendarbeit zu gewährleisten, von bisher 24.000 DM auf 37.000 DM steigen. Wie dieser Betrag durch 'Eigenleistung' aufgebracht werden soll, ist noch unklar. Bisher konnte diese Eigenleistung durch Getränkeverkauf, Ausleihe der Kegelbahn und Diskotheken aufgebracht werden.

Weiterhin erfaßt die Sparpolitik den Bereich der Arbeitsplätze in den Jugendzentren. Eine weitere lineare Kürzung um 25 %, die für 1983 im Gespräch ist, so Peter Brautmeier, Vorsitzender der Fachgruppe Sozialarbeit bei der ÖTV, Recklinghausen, würde zwangsläufig zu Entlassungen von Sozialarbei-

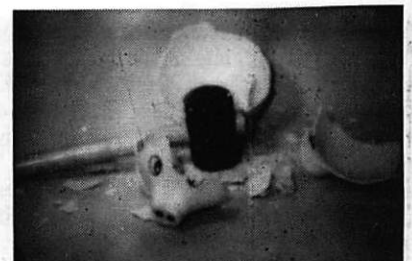
tern und Sozialpädagogen im Kreis führen. Sicher ist, daß schon jetzt freigeordnete Stellen nicht mehr neu besetzt werden. Das zieht weitere Einschränkungen der offenen Jugendarbeit und eine Überbelastung der bleibenden Mitarbeiter nach sich.

Die Möglichkeit, im Rahmen der Freizeitgestaltung mit Materialien zu arbeiten (Holz, Werkzeuge etc.), fällt als erstes heraus. Dadurch nimmt zwangsläufig die Anzahl der Kleingruppen im Bereich Basteln und Werken ab.

Ein ebenfalls wichtiger Bestandteil der offenen Jugendarbeit waren Freizeiten am Wochenende des HPH, die in Zukunft nur noch vereinzelt stattfinden können. Im Rahmen dieser Freizeiten war es möglich, Kontakte zu intensivieren und Aktivitäten der Jugendlichen zu fördern. Dieser Anspruch gilt auch bei den einmal im Jahr stattfindenden mehrwöchigen Zeltlagern, die eine intensive Konzentration auf Probleme der Jugendlichen ermöglichen machen. Diese



Die meisten Jugendlichen des HPHs kommen aus Arbeiterfamilien und sind aufgrund der oftmals engen Wohnverhältnisse auf öffentliche Einrichtungen angewiesen. Als Alternativen zum Jugendzentrum bleiben lediglich Diskotheken, Kneipen oder Spielhallen, die den Jugendlichen nur zu kommerziellen Bedingungen Aufenthalt gewähren. Die zahlreichen Spielhallen fördern die Isolierung des Einzelnen aufgrund der mangelnden Möglichkeit, während der Beschäftigung mit dem Automaten zu anderen Personen Kontakt aufzunehmen. Zusätzlich werden den Jugendlichen größere Mengen Geld entzogen.



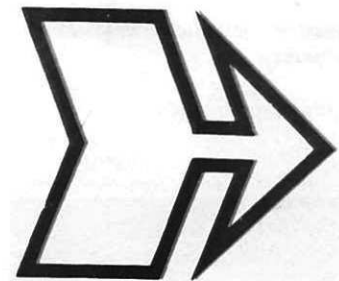
Andere Probleme, z.B. Arbeitslosigkeit, können nicht mehr durch die Gemeinschaft eines Jugendzentrums aufgefangen und verarbeitet werden, sondern können sich weiter verschärfen. Folgen dieser oftmals als ausweglos erscheinenden Situation können steigende Kriminalitätsraten, Drogenprobleme sein. Der Zwiespalt zwischen drohenden Schließungen der Jugendzentren bei der sich gleichzeitig verschärfenden sozialen Lage wird in dem folgenden Sachverhalt deutlich: Einerseits hebt der 3. Jugendbericht des Landes NRW die Wichtigkeit einer pädagogischen Freizeitbetreuung hervor, andererseits aber werden ständig die finanziellen Mittel gekürzt.



ATURE

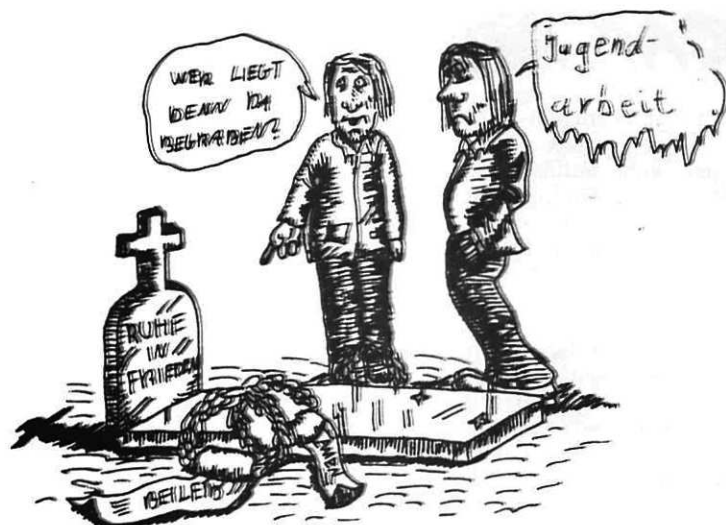
haus, um der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, wie die praktische Jugendarbeit in einem Jugendzentrum aussieht und wie es aussehen würde, wenn die finanziellen Mittel des Landes nach und nach ausblieben.

Die Fachgruppe Sozialarbeit der ÖTV von Recklinghausen hat zusätzlich einen Brief an den Landesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Farthmann, geschickt, in dem sie ihn auffordern, die Kürzungen zurückzunehmen und darüber hinaus langfristig die finanzielle Förderung der offenen Jugendarbeit abzusichern.



Zurück zum HPH: Wie haben nun die Jugendlichen auf das Problem reagiert? Nachdem Informationen in Form von Gesprächen, Zeitungsartikeln, Plakaten über die bevorstehenden Kürzungen bekannt waren, bestanden Unklarheiten, wie man/frau überhaupt mit so einem Problem umgehen kann. Die Idee, sich spontan zu organisieren, entwickelte sich erst später. Die Haltung, es könne sowieso nichts gegen die da oben bzw. deren Beschlüsse gemacht werden, und überhaupt die fehlende Erfahrung, Widerstand zu leisten, erschwerte die Bereitschaft der Jugendlichen, sich näher mit

dem Problem zu befassen und sich dagegen zu wehren. Jugendliche, die ständig das Haus benutzten, fühlten sich stärker betroffen und waren bereit, dagegen anzugehen. Aus der Betroffenheit, die sich auch in Aggressionen ausdrückte, entstanden nun verschiedene Gegenaktionen in Düsseldorf auf einer Demo und landesweit vor den Rathäusern. Unter dem Stichwort 'Aktion Gläsernes Jugendzentrum' zogen auch die Jugendzentren von Recklinghausen vor das Rat



Zukunftsvision?

Sehr geehrter Herr Minister!

Mit Erstaunen haben wir zur Kenntnis genommen, daß die Ergebnisse einer von Ihnen in Auftrag gegebenen Studie Ihnen 'beinahe die Sprache verschlagen' hätten. So bedrückend empfanden Sie die Tatsache, daß 66 % der Jugendlichen in NRW die Feststellung verneinten, die Politiker trafen ihre Entscheidungen im Interesse des Volkes.

Wir waren darum so erstaunt, Herr Minister, weil fast gleichzeitig mit dieser Studie aus Ihrem Ministerium rigorose Kürzungen der Landeszuschüsse für die Offene Jugendarbeit bekannt gemacht wurden. So wurden schon in diesem Jahr 10 % der Mittel gekürzt und für 1983 sind noch ärgere Streichungen in Aussicht gestellt worden.

Was sollen wir den Jugendlichen in den 'Häusern der offenen Tür' denn noch erzählen, wenn sie uns fragen, warum keine Anschaffungen mehr getätigt, warum Programme und Öffnungszeiten gekürzt werden müssen?

Kommunen und freie Träger sind nicht im Stande, Löcher zu stopfen, die durch die fehlenden Landesmittel aufgerissen wurden. Die Folgen sind schon heute überschaubar: Mitarbeiter müssen entlassen werden, manche HOT und Jugendzentren werden Ihren Betrieb einstellen müssen.

Der bis zum Erbrechen beschworene 'Dialog mit der Jugend' kann nicht nur aus leeren Worten bestehen. Wir stehen im täglichen Dialog mit Jugendlichen und wir wissen, daß Taten gefragt sind. Das durch kostenintensive Untersuchungen und den Einsatz von Enquete-Kommissionen scheinbar erkennbare Interesse an der Jugend wird als reine Alibihandlung entlarvt, wenn gleichzeitig die praktische Jugendarbeit trockengelegt wird.

Sehr geehrter Herr Minister, wir fordern Sie auf, diese Kürzungen zurückzunehmen und darüber hinaus langfristig die finanzielle Förderung der Offenen Jugendarbeit gesetzlich abzusichern.

Wir erwarten, daß Sie sich in dieser wichtigen Frage Ihrer Verantwortung bewußt sind und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

gez. Peter Brautmeier, Fachgruppe
gez. Achim Meerkamp, Kreisverwaltung



EIN VEREIN LÖST SICH AUF

Bevor er seine Arbeit überhaupt richtig begonnen hat, wird er sich in den nächsten Wochen wohl auflösen. Die Mitglieder des Jugendwohngruppen Recklinghausen e.V. haben keine Hoffnung mehr, für ihre geplanten Projekte Landesmittel als Zuschüsse zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Hätte der Verein ein paar Jahre früher mit der Arbeit begonnen, wäre es vielleicht geglückt, Mittel vom Land und der Stadt für eine Jugendwohngruppe bewilligt zu bekommen. Im Rahmen der jetzigen Sparmaßnahmen werden neue Projekte so gut wie gar nicht mehr genehmigt, gerade in einer Zeit, wo immer mehr Jugendliche auf Hilfe angewiesen sind.

Die Heimunterbringung ist für Jugendliche in der Regel die einzige Möglichkeit, wenn ein weiteres Verbleiben

im Elternhaus aus verschiedenen Gründen (zuwenig Raum, Eltern sind Alkoholiker) nicht mehr in Frage kommt. In den 70er Jahren hatten sich alternativ dazu sogenannte Jugendwohngruppen/kollektive gebildet, in der etwa 5-10 Jugendliche gemeinsam in einer Wohngemeinschaft untergebracht wurden, die von Sozialarbeitern/-pädagogen betreut wurden.

Obwohl die meisten Heime heutzutage längst nicht mehr so schlimm sind wie in früheren Jahren, liegen die Vorteile für die Jugendlichen auf der Hand:

- Übersichtliche, kleine Bezugsgruppen
- Pädagogen, die mehr Zeit für die Betroffenen haben
- bessere Möglichkeit, Jugendliche zur Selbsthilfe anzuleiten

Über einige Monate hinweg hatte man vom Vorstand des Vereins nach einer passenden Wohnung gesucht. Vorausgegangen waren mehrere Gespräche mit den Parteien und dem Jugendamt sowie die Abklärung bürokratischer Schritte, wie z.B. die Anerkennung zum Träger der freien Jugendhilfe.

Nachdem es bereits bei der Beschaffung des benötigten Wohnraums enorme Schwierigkeiten gab, kam das endgültige Aus durch die Sparmaßnahmen des Landes. Die Auflösung des Vereins steht zur Diskussion. Perspektiven, ein mit öffentlichen Mitteln gefördertes Projekt bewilligt zu bekommen, gibt es kaum noch.

Erich Behrendt



BEKOMMEN BEHINN = DIERTE FARRIEST?

Die Behinderten im Kreis, eine Gruppe, deren Mobilität ohnehin meist sehr eingeschränkt ist, wurden Ende August des letzten Jahres von Einsparungen an einer sehr empfindlichen Stelle getroffen: Der Kreis stellte ihnen ab August '81 nur noch Freifahrtscheine für Behindertentaxis über eine Strecke von 80 km pro Monat aus.

Im August letzten Jahres entschlossen sich eine Gruppe von Behinderten und Nichtbehinderten zu einer spontanen Aktion, um gegen die Fahrscheinkürzungen der Behindertentaxen während einer Sitzung der Sozialausschüsse zu protestieren. Dabei wurde von ihnen folgender Widerspruch aufgedeckt: Der Kreis stellte bis August 81 Fahrscheine im Werte von 2,1 Millionen aus, von denen jedoch nur 150.000 DM im Etat vorgesehen waren. Kreis und Verwaltung gaben also Freifahrtscheine aus, von deren Kosten nur rund 7,1 % eingeplant waren. Daß diese Kosten einmal ein vertretbares Maß überschreiten könnten, war von den Politikern anscheinend nicht vorzusehen.

Auf der Sitzung wurde folgende Verordnung verabschiedet: Ab August 81 sollen Scheine im Wert von 170.000 DM ausgegeben werden. Das bedeutet, daß nicht mehr 360 km, sondern 80 km pro Monat bereitgestellt werden. Die km, die zusätzlich von Behinderten beansprucht werden, müssen mit einer Pauschale von 1,50 DM pro km aufgebracht werden.

Mit diesen Kosten von 170.000 DM ist nur annähernd auszukommen, da viele Behinderte aus dem Kreis der Fahrscheinberechtigten herausgefallen sind. Die Fahrscheinberechtigung ist seitdem von der Höhe des Einkommens abhängig. Da das Behindertentaxi die einzige Möglichkeit ist, Rollstuhlfahrer zu transportieren, und ein zusätzlicher Fahrpreis von 1,50 DM pro km von den Betroffenen kaum aufgebracht werden kann, ist die 'Begrenzung' der Kosten auf 170.000 DM (80 km im Monat) kaum zu verantworten. Die Mobilität des Rollstuhlfahrers ist ohnehin stark eingeschränkt, da er/sie von öffentlichen Verkehrsmitteln ausgesperrt ist und die Folgen der 'Kürzungen' der Behindertenfahrtscheine mit erhöhter Isolation bezahlen muß. Die Grundvoraussetzung, dem Behinderten ein 'Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen' (Bundessozialhilfegesetz) ist durch die Streichungen der Fahrscheine erneut mißachtet worden.

Behinderte Heimbewohner sind von den Kürzungen, und hier sind es wirkliche Kürzungen, besonders betroffen. Sie bekommen mit der Begründung, sie seien ja im Rahmen des Heimaltags eingegliedert, nur 40 km pro Monat bereitgestellt. Die Aussperrung dieser Minderheit in diesem hohen Maße konnte nur betrieben werden, weil man/frau davon ausging, daß gerade Heimbewohner wenig Möglichkeiten haben, sich gegen den zusätzlichen Abbau ihrer Bewegungsfreiheit zu wehren.

Zum Schluß noch ein Zitat von Dieter Hildebrand zum Jahr des Behinderten 81: *'Jetzt wissen wir, warum das Jahr des Behinderten stattfindet - damit es ein für allemal vom Tisch ist.'*



NIX DA! VORDRÄNGELN GILT NICHT!!

**"NICHT ARMUT - SONDERN
IST DAS PROBLEM..."**

SOZIALHILFE = GESPRÄCH BEI DEN ARMEN

'Am Samstag bereitete Willi Barteldes, 60, Schneider in Schleswig, das Ende vor. Er bestellte beim Eierhändler Hansen die wöchentliche Lieferung ab: 'Nächste Woche brauchen wir keine Eier mehr.' Dann räumte er die Wohnung auf und kündigte die Zeitung. Als am Montagvormittag der Gerichtsvollzieher kam, um den Schneider und seine Frau wegen Mietschulden ins städtische Obdachlosenheim einzuweisen, waren beide tot.

Willi Barteldes hatte erst seine Frau Käthe mit dem Beil erschlagen und dann sich selbst mit hundert Schlaftabletten das Leben genommen. Weil er sich seiner Armut schämte, hatte er im Frühsommer bereits auf die ihm zustehende Sozialhilfe verzichtet. Als der Winter kam, konnte er die neuerliche Schmach, das Obdachlosenasyl, nicht mehr ertragen.

Eine Woche später schickte sich im bayrischen Töging, nach dem frommen Altötting, der Sozialhilfeempfänger Anton Vogl an, aus dem Leben zu scheiden. In der Nacht sprach der 56jährige auf Tonband: 'Ich bin arbeitslos. Niemand stellt mich ein. 250 Mark Fürsorge sind zum Leben zu wenig und zum Sterben zuviel.' Am Sonntagvormittag ging der ehemalige Tankstellenpächter zum Grab seiner Mutter und erschoss sich.

(aus: Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 25, März 1980, Seite 11)

'Die Armut, über die der grantige Philosoph Artur Schopenhauer einmal geschrieben hatte, sie werde wohl 'die beständige Geißel des Volkes' bleiben, ist mithin zumindest im westlichen Teil Deutschlands fast ausgerottet; wirklich lebensbedrohende Not ist heutzutage wie wohl in allen hochindustrialisierten Staaten des Westens selbst bei sorgfältigster Suche nicht mehr zu finden. Nicht Hunger wie einst, sondern Übergewicht ist das Problem auch der unteren Einkommenschichten.'

(aus: Renate Merklein, Griff in die eigene Tasche, Reinbeck 1980. Vorher als SPIEGEL-Serie erschienen.)

ÜBERGEWICHT

HART WIRD

Armut? In unserem Land, in unserer Stadt? Was fällt mir dazu spontan ein: 'Wohlfahrtsstaat', 'Bei uns braucht keiner zu hungern', 'Uns geht es doch gut'. Armut, Hunger? 'Ja, aber höchstens in der Dritten Welt, aber nicht in der Bundesrepublik. Sicher, früher im 19. Jahrhundert, oder nach dem Krieg, aber jetzt?'

Was heißt hier Armut? Hungern, nichts zu essen, nichts zu trinken zu haben? Oder fängt Armut nicht viel früher an, wenn jemand merkt, daß er viel weniger hat als die anderen, er trotz arbeiten kaum über die Runden kommt. Materielle Armut, wieviele mögen es sein, die darunter leiden? Denn: Arm zu sein ist in unserer Gesellschaft eine Schande, sie wird öffentlich nicht zugegeben. Sozialhilfe zu beantragen ist für viele, gerade Ältere, mit Hemmungen verbunden. Und falls er doch diesen Schritt 'getan hat: Wer hat mir gegenüber schon erzählt, daß er Sozialhilfe bezieht? Wieviele mögen es sein, die man mehr oder weniger selbst kennt, die sich ihrer Armut schämen?'

Armut ist in unserer Gesellschaft ein verstecktes Problem, es bleibt privat und wird kaum öffentlich. Ein wunder Punkt in unserer Wohlstandsgesellschaft. Parteien, Gewerkschaften - für sie alle ist es kaum ein Thema, man kann schon sagen, es ist ein Tabu. Und die Betroffenen selbst? Sie haben kaum gelernt, sich mit anderen Betroffenen zu solidarisieren und sich zur Wehr zu setzen. Und außerdem diese Schande, in einer Leistungsgesellschaft auf die Barmherzigkeit des Staates angewiesen zu sein.

Wieviele Betroffene mag es in der BRD wohl geben? Und wieviele in Recklinghausen? Sie wohnen natürlich nicht im Nord- oder Westviertel, manche haben gar keine Wohnung, leben im Obdachlosenheim. Sie stehen auch nicht auf dem Marktplatz herum und betteln, sie stehen vielleicht im Kaufhaus neben mir und schauen beim Einkaufen zu, oder sind als Mutter den ganzen Tag zuhause, um sich um die kleinen Kinder zu kümmern, deren Vater schon längst keinen Unterhalt mehr zahlt.

Aber wir leben ja in einem 'Sozialstaat', der ja, wie bekannt sein dürfte, langsam, aber sicher seine sozialen Netze wieder einzieht. Oder hatte er sie noch nie richtig ausgelegt. Oder nur mit den kleinen Maschen, wo dann auch nur der kleine Mann/Frau durchfallen kann?'

Der folgende Beitrag geht der Frage nach, wie es mit unserem Sozialstaat bestellt ist, hier am Beispiel der Sozialhilfe.

In Recklinghausen beziehen zur Zeit 2398 Personen Sozialhilfe. Seit 1971 stieg ihre Zahl um % an, die Summe der Leistungen erhöhte sich im selben Zeitraum von 6,8 Millionen auf ca. 18 Millionen (Steigerung von %). Diese Tendenz ist auf dem gesamten Bundesgebiet zu erkennen, stark verknüpft mit der allgemeinen wirtschaftlichen Krise. Übernimmt die Sozialhilfe immer die Ausgleichsfunktion für andere fehlende Leistungen, z.B. Arbeitslosengeld, -hilfe oder Renten?'

Pos.Nr. 13384
50 gr. pro Monat
Tabak (Päckchen)

Karl-Heinz Wellmann, Leiter des Recklinghausen: 'Das kann man sicher so sehen. Aber das ist ein politisches Problem. So bin ich der Meinung, daß alle Renten auf einen Mindestsatz angehoben werden müßten.'

Sozialhilfe also als Ausgleich in einer Wirtschaftskrise, die Arbeitslose schafft, somit Steuereinnahmen schmälert und Beiträge zur Rentenversicherung vom Staat, Arbeitsamt und Sozialamt übernommen werden müssen.

Ca. % der 18 Millionen Mark Sozialhilfeleistungen werden als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt in Recklinghausen gezahlt, also für Bedürftige, die ständig auf finanzielle Hilfen angewiesen sind. Was bekommt ein Antragsteller bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt?'

Karl-Heinz Wellmann: 'Die Unterstützung richtet sich nach den sogenannten Regelsätzen, die vom jeweiligen Bundesland vorgegeben sind. Zur Zeit sind das für einen Haushaltsvorstand 338,- DM und z.B. für ein Kind bis 7 Jahren 152,- DM. Hinzu kommt noch die Erstattung der Warmmiete, wenn die Heizkosten fester Bestandteil der Miete sind. Ist dies nicht der Fall, kann eine Beihilfe beantragt werden.'

Immer wieder tauchen in einem Teil

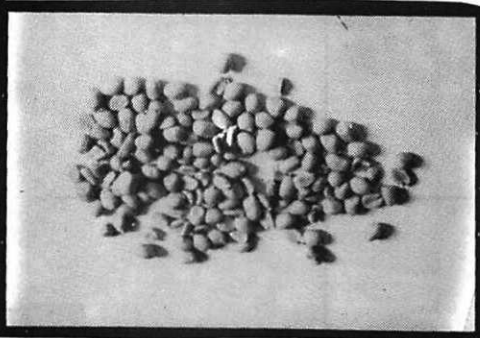
Immer wieder tauchen in einem Teil der Presse Schilderungen über einen Mißbrauch der Sozialhilfe auf. Dazu Theo Ramhorst, Sozialdezernent der Stadt: 'Es ist sicherlich hart an der Grenze, daß einige Leute dabei sind, den Beruf des Sozialhilfeempfängers zu erlernen. Aber das ist ein verschwindend geringer Teil. Aber so etwas kommt natürlich immer wieder vor.'

Nicht vorstellen können sich die beiden Vertreter der Stadt, daß es in Recklinghausen eine große Gruppe von Anspruchsberechtigten gibt, die aber aus verschiedenen Gründen keine Sozialhilfe beantragen.

Karl-Heinz Wellmann: 'Ich meine, daß es in Recklinghausen keinen Bürger gibt, der nicht weiß, daß er Sozialhilfe beantragen kann, wenn er in einer Notlage ist.'



Pos.Nr.08302
40 gr. pro Monat
Erdnüsse geschält



Diese äußerst knappen Berechnungen (um es noch freundlich auszudrücken) verwundern nicht, wenn man bedenkt, wer dafür verantwortlich ist : Der 'Deutsche Verein für Öffentliche und Private Fürsorge', bei dem die Vertreter der Kommunen, Länder und des Bundes die Stimmenmehrheit haben. Und das sind wiederum dieselben, die die Sozialhilfe auszuzahlen haben!

Zwar existieren für Recklinghausen keine Schätzungen über die Größe des Kreises, der entweder nicht über seine Rechte informiert ist oder sich nicht traut, die Hilfeleistungen in Anspruch zu nehmen, aber für das Bundesgebiet gibt es sie schon. So stellte 1974 Heiner Geißler (CDU) in einer Dokumentation fest, daß 5,8 Millionen Menschen unter der offiziellen Armutsgrenze des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) liegen. Demgegenüber standen 861000 tatsächliche Hilfeempfänger. Obwohl diese Zahl von 5,8 Millionen umstritten ist, liegen auch andere - neuere - Schätzungen zwischen 2 und 3 Millionen. 1980 kamen Kölner Forscher zu dem Ergebnis, daß rund 550 000 Haushalte (2,4% aller Haushalte) sozialhilfeberechtig sind, aber keine Sozialhilfe beantragen.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Situation in Recklinghausen eine andere sein sollte, obwohl Theo Ramhorst beteuert:

In unseren Stadtteilen arbeiten überall Sozialarbeiter, und sobald wir einen Hinweis bekommen, da ist jemand in Not, werden wir aktiv. Unsere Mitarbeiter sind in Lehrgängen geschult, sie sollen vernünftig mit den Bürgern umgehen können.

Und wie sieht man nun die Einsparungen im Sozialhilfereich? Wird dadurch nicht ihr Auftrag gefährdet?

Karl-Heinz Wellmann:

Den Armen trifft es am härtesten. Es ist bedauerlich, daß solche Dinge kommen.

Und daß sie gerade dann kommen, wenn es den Staatsfinanzen schlecht geht und daß gerade dann Sozialhilfeempfänger zu 'Arbeitsdiensten' herangezogen werden, diesen Zusammenhang sehen Wellmann und Ramhorst nicht.

Viele Sozialhilfeempfänger sind froh, endlich mal was zum arbeiten zu haben. Ziel dieser Maßnahme war und ist es nicht, Geld einzusparen.

35 Sozialhilfeempfänger sind nicht der Aufforderung zum 'Arbeitsdienst' gefolgt. Ihnen wird die Sozialhilfe nunmehr gesperrt. Einsparung für dieses Jahr: 120 000 DM.

SOZIALHILFE

Das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) trat am 1.6.1962 in Kraft und löste das Fürsorgerecht ab. Grundsätzliches Ziel dieses Gesetzes soll sein, 'dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht.' Sozialhilfe wird erst dann gewährt, wenn alle anderen Möglichkeiten der Unterstützung ausgeschöpft worden sind (z.B. Kindergeld, Wohngeld, BAFÖG)

Unterschieden werden können zwei Arten der Hilfeleistungen:

- Hilfe in besonderen Lebenslagen, wenn die üblichen Mittel für die Lebensführung zur Verfügung stehen, ein einmaliger Bedarf allerdings vorhanden ist.
- (laufende) Hilfe zum Lebensunterhalt, hierbei spielen die sogenannten Regelsätze die entscheidende Rolle.

REGELSÄTZE

Grundlage der Regelsätze ist ein Warenkorb, der für den Verbrauch zusammengestellt worden ist. Für einen Erwachsenen sind das u.a.:

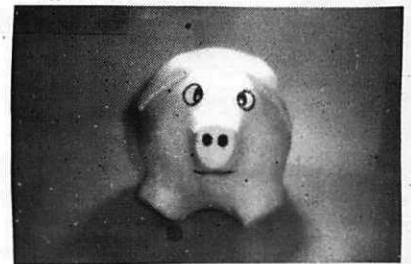
im Monat 5905gr Brot, 640gr Weizenmehl, 200gr Rindfleisch.

Neben der Ernährung gibt es weitere Posten, wie:

- Abonnement einer Tageszeitung
- 4 Briefmarken
- 1/2 Kinokarte
- 6 Straßenbahnkarten
- 50gr Tabak
- 1 Taschenbuch (als Geschenk)
- 1 Taschenbuch (als Abgeltung kultureller Bedürfnisse)

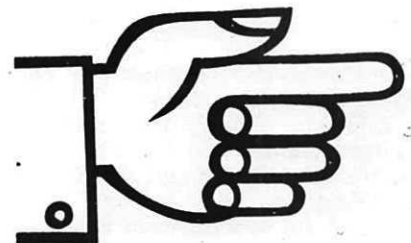
Als letztes Beispiel aus dem Warenkorb sei noch auf den dort ausgewiesenen Betrag für den Bedarf eines Kindes bis zu 14 Jahren im Monat an Spielzeug hingewiesen:

2.31 DM



EINSPARUNGEN

- Kürzungen beim Zusatztaschengeld für Heimbewohner (aufgrund starker Proteste sollen diese aber teilweise zurückgenommen werden)
- Gewährung bestimmter Hilfen nur noch als Darlehen
- Erschwerte Bedingungen, um einmalige Leistungen in Anspruch nehmen zu können
- Kuren werden nur noch alle drei Jahre bewilligt (statt alle 2 Jahren)
- Die Erhöhung der Regelsätze wird für die Jahre 82 und 83 auf 3% begrenzt (also eine reale Kürzung von ca. 3-4%)
- Mehrbedarfzuschläge bei den Regelsätzen, z.B. für werdende Mütter, werden gekürzt
- Ausbildungshilfe wird gestrichen
- Rigidere Berechnungsgrundlagen bei Behinderten und Tuberkulosekranken
- (Einfrieren der Blindenhilfe und des erhöhten Pflegegeldes bis Ende 1973, jährliche reale Kürzung ca. 6,5%)



„Eine Mahlzeit verschlafen wir.

24. 9. 72 F.R.

Von Ute B. Fröhlich

Das spart Energie“

Gespräch mit einer Sozialhilfeempfängerin

Christa Baum (der Name wurde von der Redaktion geändert) ist beim Staubsaugen. Sie kommt nur mühsam voran, das alte Gerät setzt oft aus. Daß der neue Staubsauger unbenutzt in der Ecke steht, hat seinen Grund: „Beim alten benutze ich seit zwei Jahren denselben Staubbeutel, den ich immer wieder vorsichtig ausleere. Der neue Apparat ist zwar gut, aber der Beutel ist nur komplett mit Halterung auswechselbar. Zehn Beutel kosten 9,90 Mark, das kann ich mir nicht leisten.“ Frau Baum hat sich den Staubsauger nicht selbst ausgesucht. Sie hat ihn auf dem Antragsweg von der städtischen Materialverwaltung zugeteilt bekommen, Frau Baum ist Sozialhilfeempfängerin.

Für die 38jährige Buchhalterin hat das Leben seit zwei Jahren eine völlig neue Perspektive, an die sie sich noch immer nicht gewöhnt hat. Seit der Geburt der zweijährigen Beate kann Christa Baum nicht mehr berufstätig sein. Daß sie vom Vater des Kindes keine Unterstützung zu erwarten hatte, wußte sie vorher – dennoch wollte sie das Kind.

Heute fällt es Christa Baum schwer, nicht bitter zu werden: „Niemand nimmt es einem Studenten übel, wenn er von Bafög lebt, aber als Mutter mit Kind von Sozialhilfe zu leben – das ist das Letzte! Viele meiner Freunde haben sich zurückgezogen oder mich mehr oder weniger vergessen. Es ist schrecklich, man wird schließlich so unterwürdig, sich ständig bewußt, daß man dankbar zu sein hat für jede Zuwendung menschlicher oder materieller Art. Das hätte ich mir nie so vorgestellt.“

Von Sozialhilfe leben zu müssen, bedeutet für Christa Baum eine „wahnsinnige Pfennigfuchserlei“. Sie erhält monatlich 479 Mark „Hilfe zum Lebensunterhalt“ einschließlich Kindergeld zuzüglich Wohngeld. Davon muß sie etwa 35 Mark für Telefon und 33 Mark als Eigenanteil für Gas und Strom sowie 12 Mark für Versicherungen abziehen. Verbleiben 399 Mark für alle Lebenshaltungskosten für sie und ihre Tochter.

Für Außenstehende klingt es beruhigend, daß das Wohngeld wenigstens den im Haushaltsbudget großen Kostenfaktor „Miete“ abdeckt. Aber Frau Baum hat Pech. Sie hat eine Gasheizungsheizung, die Warmwasser- und Heizkostenanteil steckt nicht in der Bruttomiete, sondern läuft extra über die Gas- und Stromrechnung. Die nach Norden gelegene Parterrewohnung am Ende eines zugigen Wohnblocks ist eiskalt. Christa und Beate sind dauernd erkäl-

ter. „Aber ich wagte es auch im Winter nicht, die Heizung höher als 18/19 Grad zu drehen. Ich mache es wie meine Mutter nach dem Krieg: Eine Mahlzeit verschlafen wir, das spart Energie. Das Wäschewaschen wird zwangsläufig reduziert. Täglicher Wäschewechsel ist unmöglich. Auf Bügeln verzichte ich gänzlich. Tägliches Baden des Kindes oder mein tägliches Duschen ist ausgeschlossen, bleibt wie Haarewaschen auf einmal pro Woche beschränkt. Geschirr wird nur alle zwei bis drei Tage gespült, staubgesaugt nur alle zwei Wochen. Trotzdem hatte ich im vergangenen Jahr einmal eine Strom-/Gasrechnung von knapp 400 Mark. Als ich damit zum Sozialamt ging, wurde eine Beihilfe abgelehnt: eine so hohe Rechnung sei der Beweis dafür, daß ich nicht wirtschaften könne. Ich mußte beim Amtsleiter Beschwerde einlegen und wochenlang auf mein Geld warten.“

Für Christa Baum sieht es schon jetzt so aus: Sie kauft ausschließlich in Billigmärkten ein, dort wiederum nur die billigsten und notwendigsten Artikel. Es gibt Margarine und Fruchteeis in Christas Haushalt. Überall wird gespart. Auf Kosmetik verzichtet sie. Die Papierwindeln werden, wenn möglich, getrocknet und mehrmals verwendet.

Mutter und Tochter tragen überwiegend geschenkte Kleidungsstücke. Als Christa sich einmal für eine Weihnachtsfeier hübsch gemacht hatte mit der Bluse, die sie sich vom jährlichen Kleidergeld geleistet hat, kam prompt die Bemerkung: „Du lebst von Sozialhilfe? So siehst du aber nicht aus!“

Wie hat man eigentlich auszusehen als Sozialhilfeempfänger? Möglichst ärmlich. In jedem Fall aber verändert sich das Wesen, man wird „dünnhäutig“. Christa Baum beobachtet an sich selbst: „Obwohl ich mich für relativ stabil gehalten habe, stelle ich immer wieder fest, daß mich die Gänge zum Sozialamt fertigmachen. Und mein Befinden bestimmt unweigerlich mein Verhalten gegenüber dem Kind, das es dann wieder ausbaden muß. Da sitzt man neben Kriminellen, Prostituierten, Asozialen auf der Bank und wartet. Ich möchte mich nicht von ihnen abgrenzen – und tue es doch. Sie treten in Gruppen auf und verhalten sich oft provozierend, und dann wird man mit ihnen in einen Topf geworfen und genauso behandelt. Warum kann hier keine Trennung vorgenommen werden? Der VAMV fordert seit Jahren getrennte Sprechtag für Mutter und Kind. Die Bafög-Leute müssen auch nicht auf die Bank.“ Christa Baum fragt sich, warum es nicht möglich sei, einer alleinerziehenden

Mutter mit Kind(ern) drei Jahre lang ein „Erziehungsgeld“ als Selbstverständlichkeit wie Bafög zu gewähren, ohne daß sie beim Sozialamt immer wieder neue Anträge stellen muß. „Ich habe nicht das Gefühl, einen Rechtsanspruch geltend zu machen. Schon vor dem ersten Antrag auf Sozialhilfe habe ich wochenlang nachts wachgelegen und den Gang zum Sozialamt vor mir hergeschoben. Dann mußte ich doch hin, mit dem neugeborenen Kind auf dem Arm, und fast zwei Stunden im zugigen und rauchigen Flur warten. Als ich später einen Schrank beantragte, kam die Sozialarbeiterin und kontrollierte, ob ich ihn auch brauchte.“

Selbstverständlich wird Frau Baum wieder arbeiten. „Die Sozialarbeiterin bedrängt mich schon jetzt, ich müsse ganztags arbeiten, und das, obwohl der Auftrag des Sozialarbeiters lautet, das Wohl des Kindes immer an die erste Stelle zu setzen. Ich habe bereits zwanzig Jahre gearbeitet und kann die auf mich zukommende Belastung richtig einschätzen. Ganztags arbeiten, das Kind und den Haushalt versorgen, das geht über meine Kräfte. Und mein Kind wäre wieder der Leidtragende.“ Sie findet es schlimm, daß die Mutter von nur einem Kind nur bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes sozialhilfeberechtigter ist, während bei zwei und mehr Kindern die Altersgrenze des jüngsten Kindes erheblich höher liegt.

Auch wenn Christa Baum sehr bescheiden geworden ist, leidet sie doch. „Da ist immer ein Zittern. Auch wenn man nicht offen diskriminiert wird, so sind manche von einem besonderen ‚Wohlwollen‘, und das ist auch schlimm: wehe, man ist nicht dankbar genug. Als Mutter eines ehelichen Kindes wäre ich aufgewertet worden, als Mutter eines nichtehelichen und zudem Sozialhilfeempfängerin wurde ich abgewertet und bin auf der untersten Stufe der sozialen Leiter angekommen. Und mit mir das Kind, das ist das Schlimmste.“

Christa Baum ist durch die Geburt ihrer Tochter zur Sozialhilfeempfängerin „degradiert“ worden. Lotte Michel (auch dieser Name wurde geändert) durch eine Scheidung. Ihr Mann verließ die 35jährige vor der Geburt ihrer heute zweijährigen Anja; Kai ist acht Jahre alt. Die drei Menschen leben in einer kleinen Zwei-Zimmer-Sozialwohnung. Der Ehemann hatte seine sehr gut bezahlte Anstellung aufgegeben und sich selbstständig gemacht, was zunächst Konkurs und Arbeitslosengeld hieß. Er zahlte für beide Kinder 300 Mark, der Richter erzwang 400 Mark, Frau Michel bekommt nichts. Sie erhält 379 Mark Sozialhilfe, 170 (demnächst 150) Mark Kindergeld und muß davon die Differenz zwischen der Miete von 60 und dem Wohngeld von 335 Mark bezahlen.



KOMMENTAR

In den letzten Jahren wurde aus dem Vollen gewirtschaftet, jetzt kann nur noch ein ganzes Bündel von Maßnahmen die Preisspirale stoppen... Die parteineutralen kommunalen Spitzenverbände fordern seit 1976 den Abschied vom Anspruchsdenken.

(Kreisdirektor Kenneweg am 23.7.82 in der WAZ)

'Wie soll es weitergehen mit der mangelnden Bereitschaft vieler Politiker und Gewerkschaftsführer, Wohltaten im Sozialbereich zurückzunehmen, die beim besten Willen nicht mehr zu finanzieren sind.'

(Auszug aus einem Leitartikel der FAZ, zitiert in der WAZ vom 23.7.82)

'Allein scharfe Schnitte ins 'Soziale Netz' könnten helfen.'
(WAZ vom 27.7.82)

Es ist bei weitem nicht nur die BILD-Zeitung, die gegen Sozialhilfeempfänger mobil macht. Die angeführten Beispiele sollen deutlich machen, wie die WAZ mit dazu beiträgt, Stimmung gegen die Sozialhilfe zu machen.

Niemand wird bezweifeln können, daß es Personen gibt, die ungerechtfertigterweise Sozialhilfe zu beziehen. Nur, dies sind Einzelfälle, die immer wieder aufgebauscht werden. Dagegen gibt es zahlreiche Untersuchungen darüber (aus allen politischen Lagern), daß es hunderttausende von Haushalten gibt, die - obwohl anspruchsberechtigt - keinen Antrag stellen.

Und wenn dann Leistungen gewährt werden, werden diese als 'Wohltaten' deklariert. Ein Staat, der nicht in der Lage ist, genügend ausreichende und qualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung

zu stellen, der nicht in der Lage ist, Mindestrenten zu sichern, der alleinerziehende Elternteile nicht finanziell absichern kann, bezeichnet seine Sozialhilfe als 'Wohltat'.

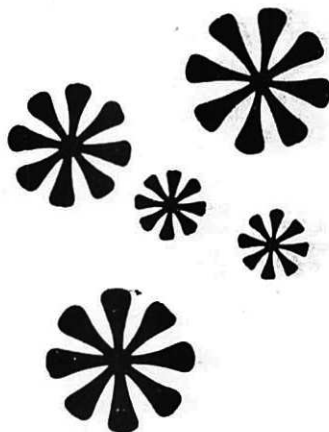
Da jongliert der WAZ-Redakteur ezn mit Zahlen, stellt Vergleiche auf ('Nicht einmal jeder fünfzigste Bürger lebt vom Sozialamt, doch verschlingt diese Gruppe mehr als ein Viertel des Kreishaushaltes.'). die genauso aussagekräftig sind, als wenn man die Zahl der Bundeswehrosoldaten mit dem Rüstungsetat in Verbindung setzen wollte.

Daß 2/3 aller Ausgabn für die Sozialhilfe im Bereich der Kranken-, Behindertenpflege und der Hilfe zur Pflege liegen und nichts mit dem Anspruchsdenken zu tun haben, darauf kommt Kreisdirektor Kenneweg und die WAZ nicht zu sprechen.

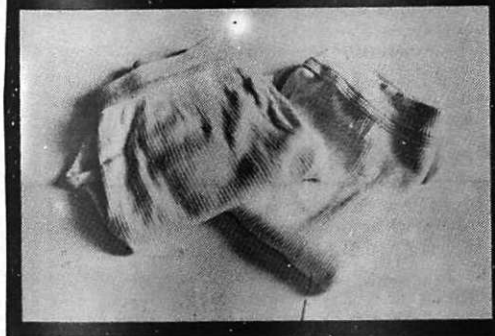
Offenbar wird bei der um die Sozialhilfe wieder ein besonderer Punkt unserer repräsentativen Demokratie: Ohne Lobby läuft nichts, weder im Parlament, sprich Parteien, noch in den Medien. In Hofberichterstattungsmanier kommen die Vertreter der sogenannten 'Kostenträger' zu Wort, anstatt man die Situation der Betroffenen zu schildern, oder zumindest sauber zu recherchieren. Vielleicht sollten die verantwortlichen Politiker und Bürokraten und ihre Presse mal selber versuchen, über einen Monat von dem zu leben, was Sozialhilfeempfänger heutzutage erhalten, was einem Leben in 'Würde' entspricht.

Erich Behrendt

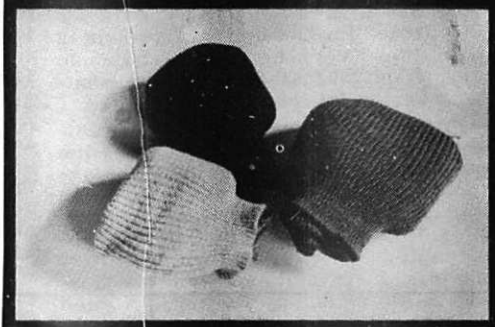
'Keiner der Bürokraten, die diese Summe festlegten, war je gezwungen, davon satt zu werden. Millionen -vor allem alte Leute, Kleinrentner- vegetieren am Rande des Existenzminimums, und sie schämen sich dessen auch noch.'
(aus: Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 25, März 1980, Seite 11)



Pos.Nr. 22007
2 Stück pro Jahr
Unterwäsche



Pos.Nr. 22114
3 Paar pro Jahr
Herrensocken, Hela



Der Holzwurm sucht Werbeleser. Was ist das, ein Werbeleser, eine Werbeleserin? Werbeleser sind Leute, die sich an öffentlichen/nichtöffentlichen Orten gut sichtbar plazieren und den Holzwurm lesen (wenn ihr ihn schon kennt, müßt ihr natürlich nur so tun). Z.B. könnt ihr euch in eine Ratssitzung begeben, demonstrativ den Holzwurm aufschlagen und intensiv studieren. Oder ihr setzt euch auf eine Kreuzung, in eure Stammkneipe, in die Mitte einer belebten Einkaufsstraße. Der Werbeeffekt ist enorm. (Die Auffälligkeit dieser Aktion nimmt natürlich mit der Anzahl der Werbeleser/innen zu, Gruppen ab etwa 10 Leuten sind besonders erfolgreich).

Wenn euch diese Möglichkeit, an ein Frei/Leseexemplar des Holzwurm zu gelangen, zu umständlich oder zu beknackt erscheint: mensch kann den Holzwurm auch abonnieren. Und das geht so: einfach die Postkarte in diesem Heft mit Adresse versehen, abschicken und die Deutschmark auf unser Konto 1891, Stadtparkasse einzahlen. Ist doch einfacher, gell?



Die Kommerzialisierung

Einsparungen im Weiterbildungsbereich: ein Thema, mit dem sich die Lokalpresse bis jetzt nur in einem begrenzten Rahmen befaßt hat. Der folgende Artikel stellt unter Bezugnahme auf die Umsetzung des Weiterbildungsgesetzes Einsparungen in diesem Bereich in einem Zusammenhang dar.

der



Viele sind nicht verwundert, wenn sie hören, daß der Berliner CDU-Senat alternativen Projekten etliche Millionen anbietet, damit diese Projekte ihre Arbeit der Selbsthilfe, der Beratung und therapeutischen Hilfe fortsetzen können. Überrascht sind sie aber umso mehr, wenn sie hören, daß in Nordrhein-Westfalen an die Dutzend Weiterbildungseinrichtungen bestehen, die sich irgendwie dem linken Lager jenseits der SPD oder - was auch immer das sein mag - der alternativen Szene zuordnen. Im Gegensatz zur

Berliner Situation, wo die Mittel den alternativen Projekten - wenn man so willfrei nach Schnauze zugeteilt werden, beehrt die Mittelvergabe in NRW im Weiterbildungsbereich auf gesetzlicher Grundlage, nämlich dem Weiterbildungsgesetz. Das WBG regelt die Bezuschussung von Bildungsveranstaltungen in Volkshochschulen wie die Anerkennung und Bezuschussung sogenannter freier Träger. In seiner Einfachheit und Liberalität hatte das WBG in NRW lange Zeit einen vorbildlichen Charakter, so daß sich NRW zum 'Eldorado' der Weiterbildung entwickelte. Kein anderes Bundesland kann bisher eine solche Vielfalt und einen solchen Umfang an Maßnahmen der Weiter- und Erwachsenenbildung aufweisen.

Daß dies aber nicht so bleiben wird, ist seit 1980 offenbar. Zwei gegenläufige Bewegungen treffen aufeinander: Auf der einen Seite die immer offensichtlicher werdende Notwendigkeit 'lebenslangen Lernens' und die immer bunter werdende Vielfalt von Weiterbildungseinrichtungen und -maßnahmen, auf der anderen Seite der allgewaltige Weltmarkt, der sich schließlich als Finanzkrise von Bund, Ländern und Kommunen und damit als Kürzung öffentlicher Mittel in den Weiterbildungsbereich hineinverlängert. So mußten die Einrichtungen seit 1980 eine Reduzierung der WBG-Mittel um ca. 30 % hinnehmen. War dies bisher in der Regel für die Einrichtungen, wenn auch mit fatalen Begleiterscheinungen, auf die noch einzugehen sein wird, zu verkraften, so deuten sich am Kürzungshorizont 1983 Tendenzen an, die die Existenz gerade vieler kleiner Einrichtungen in Frage stellen.

Es soll im Landtag Überlegungen geben, das WBG ganz außer Kraft zu setzen, Gerüchte sprechen von Kürzungsabsichten in der Höhe von 50 %, ganz sicher scheint aber eine weitere Reduzierung der Mittel um 20 %. Weil damit gleichzeitig die Bezuschussung und Finanzierung der Stellen der hauptamtlichen Pädagogen (HPM im Weiterbildungsjargon) nicht mehr gewährleistet werden kann, ist also auch mit einem mittelfristigen Personalabbau bei den festeingestellten Mitarbeitern zu rechnen.



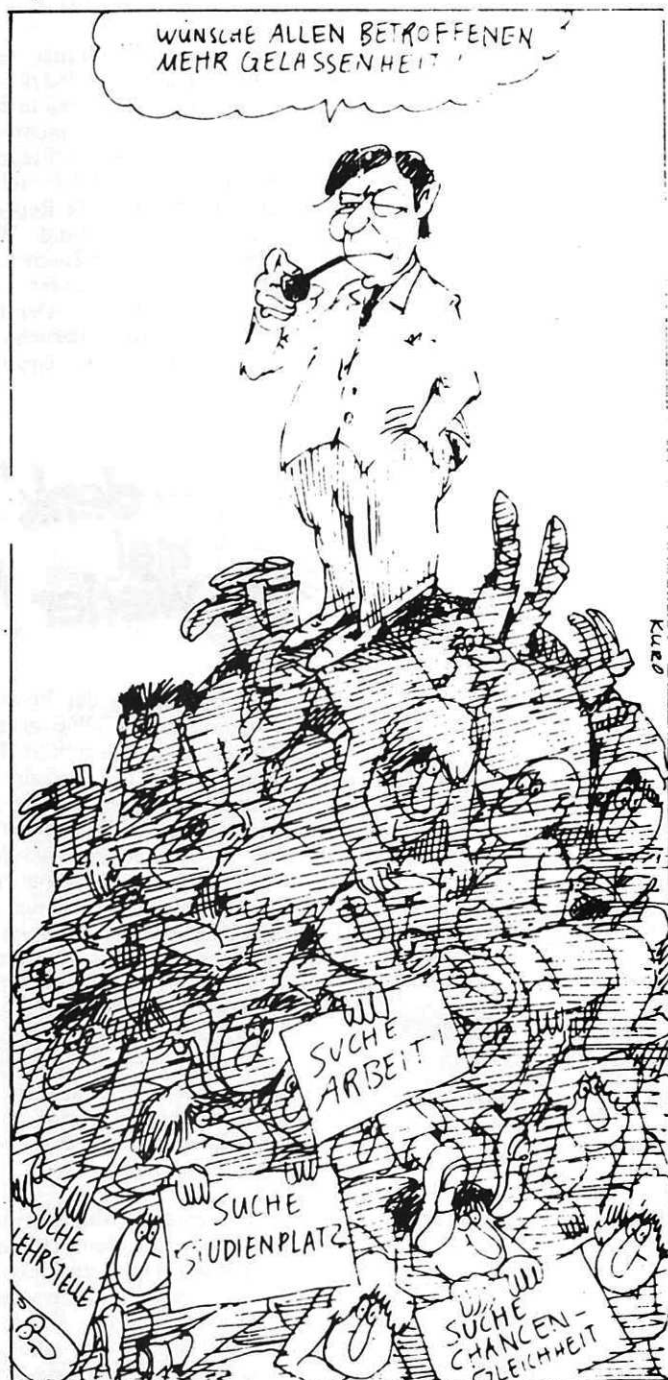
Vor dem WBG mögen nun zwar alle Einrichtungen gleich sein, in der Realität treffen diese Entwicklungen die kleinen und freien Einrichtungen besonders hart. Das hat zum einen mit der Finanzierungsschwäche dieser Einrichtungen zu tun, die sich in der Regel zu fast 100 % aus den WBG-Mitteln am Leben erhalten. Im Gegensatz dazu können nämlich Volkshochschulen, Weiterbildungseinrichtungen der Wirtschaft, der Kirchen und Gewerkschaften auf zusätzliche Geldquellen ihrer Trägereinrichtungen bauen.

Zum zweiten haben sich die kleinen 'alternativen' Einrichtungen als besonders experimentierfreudig erwiesen. Bekanntlich sind solche Maßnahmen, z.B. Wochenendseminare für Frauen mit Kindern, oder mit Zielgruppen, die nicht über das große Portemonnaie verfügen, aufwendig und teuer. Sollten solche Projekte überhaupt weitergeführt werden können, werden sie allerhöchstens einen Vorzeigecharakter haben. Im übrigen wird sich die Weiterbildungslandschaft in einen Weiterbildungsmarkt verwandeln, denn unter restriktiven finanziellen Bedingungen wird in Zukunft nur solche Weiterbildung organisiert und durchgeführt, die sicher ihre Teilnehmer findet und so mit geringem finanziellem Risiko durchgeführt werden kann, oder die auf einen Teilnehmerkreis trifft, der sich Gebühren in Höhe dreistelliger Summen erlauben kann. Die Ellenbogendeologie wird im Bildungsbereich endgültig eingeführt. Offensichtlich wird aber auch ein drittes: Die 'alternativen' Einrichtungen arbeiten mit einem anderen Bildungsbegriff, der sich unter den Bedingungen der Finanzknappheit als mit manchen Intentionen des WBG unvereinbar erweist.

Das WBG teilt die Bildungsarbeit in 7 Sachbereiche ein, unter anderem abschlussbezogene, politische, freizeit- und kreativitätsfördernde und personenbezogene Bildung ein. Die Kürzungen sind nun nicht nur linear, sondern auch strukturell, das heißt unterschiedlich nach Sachbereichen, vorgenommen worden. Dabei kamen die Sachbereiche der abschlussbezogenen und politischen Bildung besser weg als die übrigen Sachbereiche. Dem sich ja als politischen Menschen verstehenden Linken mag dieses zunächst als gerecht und gut erscheinen, nur kollidieren hier ein im WBG enthaltener bzw. von der Bürokratie vertretener, enger traditioneller Begriff politischer Bildung und ein weiter gefaßter Begriff politischer Bildung, der den ganzen Menschen umfassen will. Somit fällt die kreative Eigenaktivierung des Teilnehmers an Bildungsveranstaltungen nicht unter politische Bildung, obwohl sie gerade auf gesellschaftliche Bewußt- und Subjektwerdung abzielt. Ganz fatal wirkt sich solches natürlich bei Bildungsveranstaltungen mit Behinderten und Selbsthilfegruppen aus,



Weiterbildung



die nach den Kriterien des WBG nur nach Sachbereich 7 (Personenbezogene Bildung) abgerechnet werden können.

Was dem einen 'sin Uhl', ist dem anderen 'sin Nachtigall'. Innerhalb des Kreises 'alternativer' Bildungswerke sind die einen mächtig betroffen, die anderen reiben sich die Hände, weil sie eben aufgrund der Tatsache, daß sie sich zumindest formal auf den Bereich traditioneller politischer Bildung begrenzt haben, in der Vergangenheit und vielleicht auch in Zukunft finanziell den besseren Schnitt gemacht haben oder machen werden. Wenn jetzt in NRW aus verschiedensten Gründen, vor allem aber um sich gemeinsam gegen die WBG-Kürzungen wehren zu können, eine Art Dachverband der kleinen und 'alternativen' Bildungswerke gegründet werden soll, bedeutet das noch lange nicht, daß in dieser Frage eine Interessenidentität hergestellt werden kann.

Aber es gibt auch - so scheint's - grundsätzliche Argumentationsschwierigkeiten gegen die Kürzungen im Weiterbildungsbereich. Angesichts der Tatsache, daß Arbeitslosengeld und Sozialhilfe rigoros zusammengestrichen werden, hat der 'ehrliche Linke' offensichtlich Schwierigkeiten, zu begründen, warum im Weiterbildungsbereich gerade nicht gestrichen werden soll. Das Argument, Weiterbildung spart Polizei und Sozialarbeiter, ist zu sehr denen nach dem Mund geredet, die ordnungspolitische Maßnahmen der Demokratiesierung und Änderung gesellschaftlicher Verhältnisse vorziehen. Mit ihrer Sozialstaatskritik wie mit ihrem autistischen Verhalten, was die Veränderungen des Produktions- und Reproduktionsbereiches in den letzten Jahren angeht, bleiben die Linken und 'Alternativen' den realen Entwicklungen gegenüber macht- und hilflos. Hier gibt es einiges aufzuholen.

Paul Ciupke

AKKO: PARTNERSTADT IN ISRAEL

Recklinghausens Partnerstädte/Patenstadt, oft im Lichte der Öffentlichkeit, der Lokalpresse, werden selten kritisch beleuchtet. Die Idee, eine kritische Einschätzung zu erarbeiten, hatten wir zu Beginn der 'Libanon-Krise', des israelischen Einmarsches im Libanon. Inwieweit ist Recklinghausen als Stadt mit einer israelischen Partnerstadt davon betroffen? Die Zusammenfassung eines Interviews mit OB Wolfram soll der Information über die offizielle Einschätzung dienen, daran anschließend einige Gedanken zu den Städtepartnerschaften und zum unterschlagenen Zusammenhang von Kommunal- und Außenpolitik.

Den Sinn der Partnerschaften, um gleich mit dem Wichtigsten zu beginnen, sieht OB Wolfram darin, daß 'sich Menschen kennenlernen, aller Altersschichten, soziologischen Gruppierungen. Daß sich Menschen begegnen, daß sie erfahren, wie der andere lebt, wie er denkt, unter welchen Bedingungen er arbeitet. Das heißt also: die Verständigung fördern, durch die persönliche Begegnung des Einzelnen mit dem Nachbarn, durch die Begegnung von Gruppen. Die Völkerfreundschaft nicht den Politikern, nicht den Diplomaten, nicht der Industrie und anderen überlassen, sondern sie auf eine möglichst breite Basis der Bürger und der Völker legen.'

Einen Beweis dafür, daß hier kein 'Rathaus-Tourismus' betrieben wird, sieht er z.B. darin, daß dem formellen Partnerschaftsvertrag bei allen Städten (mit Ausnahme von Preston) eine etwa 5-jährige Vorlaufzeit vorangegangen sei. In dieser Zeit seien viele Kontakte geknüpft worden, die eine Städtepartnerschaft rechtfertigen.

Die Städtepartnerschaften sind nach Ansicht Wolframs nicht unpolitisch. Bei vielen Begegnungen von Gruppen werde sehr wohl über Politik diskutiert. Auf der Ebene der Bürgermeister drücke sich das so aus, daß Wolfram im letzten Jahr z.B. dem Bürgermeister von Akko seine 'Bestürzung' über begins Angriffe gegen Bundeskanzler Schmidt ode: Ende Juni diesen Jahres seine 'Besorgnis' über den Angriff der Israelis im Libanon ausgedrückt habe. Auf einen eventuellen Interessenskonflikt (Wolfram ist als Mitglied des Bundestages auch an Waffenlieferungen an Israel beteiligt gewesen, vergl. dazu Antimilitaristische Informationen AMI 6/82) angesprochen, antwortete der OB, daß es keine Waffenlieferungen der BRD für Israel gebe. Er könne zwar nicht ausschließen, daß über Drittländer Waffen nach Israel gelangen, würde zu diesem Punkt aber nur in einem anderen Gespräch Stellung nehmen, nachdem er sich darauf vorbereitet hätte.

Auch die Umsetzung der Ziele der Städtepartnerschaften ist Wolframs Ansicht nach gesichert. 'Es ist nicht primär aus meiner Sicht eine Frage des Geldes, obwohl natürlich für Einkommensschwache, für Jugendliche.' Im Etat der Stadt RE gebe es unter verschiedenen Titeln Mittel für Städtepartnerschaften, die SPD-Fraktion werde versuchen, hier so wenig wie möglich zu kürzen. Die Verwaltung einiger Förderungsmittel besorge z.T. (Bezuschussung von Reisen) die Brücke, nach Eingang der Wünsche und Anträge. Kriterium sei hierbei die Intensität der gegenseitigen Beziehungen. Die meisten Begegnungen würden allerdings selbst finanziert.

Die Patenstadt El Progreso wird durch finanzielle und Sachspenden gefördert. So spendete die Stadt z.B. ein Feuerwehrauto oder einen Krankenwagen, es wurde für eine Einrichtung, in der ledige Mütter Kunstgegenstände anfertigen, oder für eine Knabenberufsschule gesammelt. Das Ziel der Entwicklungshilfe muß sein, daß 'Reiche den Armen was geben, und daß sie das soziale Gefälle abbauen, Hilfe zur Selbsthilfe leisten.'



KRITIK

Beziehungen zwischen deutschen und ausländischen Städten sind sicher sinnvoll und begrüßenswert: Die Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit (wie weit sie ge-

leistet wurde, ist z.B. wegen der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit fraglich) muß auf diesem Gebiet praktisch umgesetzt werden. Trotzdem drängen sich einige Kritikpunkte auf, einerseits in bezug auf Recklinghausens Städtepartnerschaften, andererseits in bezug auf die Beziehungen zwischen Kommunal- und Bundespolitik.

Da wäre zunächst eine rein formale Frage anzusprechen. Es kann auf Grund persönlicher Kontakte eine Verbundenheit zwischen Städten verschiedener Länder bestehen, die über ein übliches Maß hinausgeht. Sollte diese Verbundenheit dann durch Partnerschaftsverträge, Urkunden etc. von oben abgewertet, vereinnahmt werden? Gesetzt den Fall, diese Verbundenheit gebe es nicht, was nützen dann selbst die aufwendigsten Erklärungen der Rathäuser?

Die Behauptungen Wolframs, es werde kein Rahtaus-Tourismus betrieben und die Städtepartnerschaften seien nicht unpolitisch, lassen sich von uns nicht überprüfen. In der Dokumentation 'Freundschaft über Grenzen' (Juni 1976) stehen die Kommunalpolitiker und ihre Repräsentation jedenfalls im Vordergrund. Wie politische Gespräche zwischen Taubenzüchtern oder Fußballspielern ablaufen, darüber müßte man/frau mutmaßen. Der Großteil der (offiziell registrierten) Besuche wird jedenfalls von 'unpolitischen' Gruppen absolviert.



Selbst die Umsetzung der hehren Ziele erscheint etwas fraglich. Wie gesagt, sind die Mittel dafür im gesamten Haushalt der Stadt verstreut. (Die Vergabe können wir nicht behandeln, da uns eine von OB Wolfram zugesagte Auflistung bis Redaktionsschluß nicht zugesandt wurde. Dazu wird in der nächsten Ausgabe mehr gesagt.) Den Optimismus Wolframs in Bezug auf die soziale Gleichberechtigung können wir leider nicht teilen. Es ist offenkundig, daß sich sozial Bessergestellte eher eine Reise in eine Partnerstadt erlauben können als andere. Diese Misere wird sich in der nächsten Zeit nicht ändern. Ungeklärt erscheint hier auch die Frage, ob es sinnvoll ist, z.B. im Jugendbereich zu kürzen, um Jugendlichen eine Reise in eine Partnerstadt zu ermöglichen.

Zum Punkt Jugendreisen und deren Finanzierung konnte auch dem Haushaltsplan 1982 etwas Interessantes entlockt werden. Da diese Reisen nicht nur Prestigeobjekte unserer Stadtväter/mütter sind, sondern auch Geld kosten, schien eine geplante Jugendbegegnung in Akko ins Wasser zu fallen.

Diese Reise sollte 19.000 DM kosten. Der Rat der Stadt wollte im ersten Entwurf des Haushalts dafür keine müde Mark bewilligen. Da die Jugendlichen doch Interesse hatten, wurden die 19.000 DM von ihnen und von 'Dritten' aufgebracht.

So war die Stadt aus dem Schneider, wie folgende Ergänzung aus dem Nachtragshaushalt deutlich macht: *'Da eine finanzielle Regelung gefunden wurde, die die Stadt nicht belastet, soll die Jugendbegegnung in Akko noch in diesem Jahr stattfinden.'*

Auch die Auswahl der Städte ist nicht sehr leicht einsehbar. Zwischen Deutschen und Europäern bestehen nicht unüberbrückbare Schranken. Doch um der wachsenden Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten: wie wäre es mal mit einer türkischen Partnerstadt? Oder wäre da wegen der Armut der Türkei eher eine Patenschaft angezeigt?



Eine andere Qualität erhalten die Städtepartner/Patenschaften, wenn man die Außenpolitik der BRD einbezieht. Die Hilfe Recklinghausens und der Recklinghäuser Bürger für El Progreso ist nötig. Honduras ist ein sehr armes, ein MSAC-Land, ein Land also, das vom Preisanstieg wichtiger Importe (hauptsächlich Erdöl) stark betroffen ist (most seriously affected country). Gleichzeitig wächst seine Auslandsverschuldung jährlich um mehr als 20 % (AMI 6/82, auch folgende Nummern).

Schuld an der Misere der 'dritten' Welt sind allerdings die großen Industriestaaten, auch die BRD. Auf der lokalen Ebene kann sich OB Wolfram wie viele Recklinghäuser Spender den Anstrich der Menschenfreundlichkeit geben, auf Bundesebene bleibt (auch vom MdB) nicht mehr viel davon übrig. (Zusätzlich ist Honduras ein Folterland, in Honduras gibt es politische Gefangene, aber die BRD bildet hondurensische Soldaten (wohl Offiziere) aus.)



Die Vermutung, OB Wolfram sei Dr. Jekyll, MdB Wolfram sei Mr. Hyde, liegt auch bei den Beziehungen zu Israel/Akko nahe. Die Kritik Wolframs am Vorgehen der israelischen Streitkräfte (warum war davon nichts in der Lokalpresse zu lesen, Platz ist doch in der 'sauren Gurkenzeit' für so etwas immer vorhanden?) ist zu unterstützen.

PRESTON, erste Partnerstadt Recklinghausens. Die Partnerschaft begann 1956, es wurde aber kein Partnerschaftsvertrag unterschrieben. Die ersten Kontakte wurden auf dem offiziellen Ebene geknüpft. Beteiligt waren dabei das Foreign Office, OB Auge, Dr. Kuhlmann (Leiterin der 'Brücke').

DOUAI. Die Partnerschaft zu Douai wurde 1965 erklärt, sie wird als 'Städtehochzeit' bezeichnet. Vorher bestanden Kontakte des Süder CVJM.

DORDRECHT. '1974 war Dordrecht an der Reihe mit offiziellen Feierstunden in Recklinghausen und Dordrecht' (StadtREport 9/80, auch folgende) 'Mit Dordrecht begann alles mit einem Ausflug der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der 'Brücke'.

AKKO. Die Städtepartnerschaft mit Akko wurde 1979 vom Akkoer Bürgermeister initiiert. Vorher bestanden Kontakte zwischen Fußballvereinen.

EL PROGRESO. Die Patenschaft zu El Progreso besteht seit 1966, noch zur Zeit der hondurensischen Militärdiktatur. Seither Unterstützung des 'Patenkindes' durch Spenden. Dr. Kuhlmann ist Ehrenbürgerin und Bürgermeisterin der Stadt, OB Wolfram Ehrenvorsitzender der Feuerwehr und Ehrenbürger.

BYTOM (vorm. BEUTHEN). Zu bytom besteht (auch vom Kreis) ebenfalls eine 'Patenschaft', daneben Beziehungen zum 'Beuthener Heimatkreis', nach Auskunft OB Wolframs keine revanchistische Vereinigung von ewig Gestrigen. Wie allerdings im StadtREport 9/80 Dr. A. Knakrik, der erste Leiter des Heimatkreises, als 'letzter frei gewählter Oberbürgermeister Beuthens' bezeichnet werden kann, ist unerfindlich.

Die Glaubwürdigkeit in dieser Frage müssen wir MdB Wolfram allerdings absprechen: Immerhin wird im Libanon mit deutschen Waffen geschossen und getötet (vergl. dazu Artikel im letzten Holzwurm). Israel erhält deutsche Flugzeuge, Raketen, Schiffe, Panzer, sonstige Waffen, Waffenteile, Lizenzen zum Waffenbau, Militärhilfe bzw. Waffen geschenke, israelische Soldaten werden bei der Bundeswehr ausgebildet (AMI 6/82). Ob das Gewissen des OB wirklich so rein ist wie sein Kragen?

Sollen die Städtepartnerschaften nun rundweg abgelehnt werden? Um mit Brecht (abgewandelt) zu sprechen: 'Herr Keuner begegnete Herrn Wirt, dem Kämpfer gegen die Städtepartnerschaften. 'Ich bin ein großer Gegner der Städtepartnerschaften' sagte Herr Wirt, 'ich will keine Städtepartnerschaften.' Herr Keuner sagte: 'Ich bin ein größerer Gegner der Städtepartnerschaften: ich will andere Städtepartnerschaften.'

Wie Recklinghausens OB jede Gelegenheit wahrnimmt, sich im Lichte der Öffentlichkeit darzustellen, zeigte sich bei diesem Artikel. Knapp eine Woche nach unserem Interview, am 26. 7. erschien auf der ersten Lokalseite der RZ ein Artikel, der sich teilweise auf das Gespräch bezog: "Dies durften auch die Mitarbeiter der Alternativzeitung HOLZWURM notieren,..."

Die Redaktion leitete der RZ am 29. 7. eine Stellungnahme zu, die allerdings erst am 5. 8. veröffentlicht wurde.



POLIZEI STAAT IN STUTTGART

Stuttgart (taz). Eineinhalb Jahre nach dem letzten kollektiven Hungerstreik der RAF-Gefangenen hat die Stuttgarter Stadtzeitung *s'Blätle* die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft wegen „Werbung für eine terroristische Vereinigung“ (§ 129a) erhalten. Nachdem alle anderen Verfahren gegen Zeitungen wegen Veröffentlichung der RAF-Hungerstreikerklärung eingestellt worden sind, soll eine exemplarisch bestraft werden. Drei presserechtlich Verantwortlichen droht ein Verfahren vor dem 5. (dem Staatsschutz-) Senat des Oberlandesgericht Stuttgart, der in der Regel in Stammheim tagt.

chen den strafbaren Inhalt der Erklärung der RAF bzw. der Rede erkannt hätten und sie mit dem Ziel abdrucken ließen, „Propaganda der RAF einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen“ und „zumindest billigend in Kauf zu nehmen, der terroristischen Vereinigung dadurch weitere Sympathisanten zuzuführen“. Der 5. Senat (Staatsschutz) hat jetzt darüber zu befinden, ob er die Anklage zuläßt, woran die Anwälte des *Blätle* einstweilen nicht zweifeln. Sollte es zu Verurteilungen kom-

Im Oktober '81 und im Februar '82 durchsuchten Beamte des Landeskriminalamtes unter Leitung zweier Oberstaatsanwälte zwei Mal die Redaktion des *Blätle*, die Wohnungen einzelner Redaktionsmitglieder und die Druckerei fantasia auf Anordnung des Oberlandesgerichts Stuttgart. Durchsuchungen und Beschlagnahme einer fast unbegrenzten Fülle von Material richteten sich gegen die Ausgaben Nr. 57 (April '81) wegen Nachdrucks der RAF-Hungerstreikerklärung aus der — damals ebenfalls beschlagnahmten — Oldenburger Stadtzeitung „Nordwind“ und Nr. 60 (Juli '81) wegen des Abdrucks einer Rede „Power durch die Mauer“, die während eines Solidaritätskonzerts vor dem Stammheimer Knast gehalten worden war. In der Nr. 64/65 (Dezember '81/Januar '82) hatte *s'Blätle* beide inkriminierten Artikel erneut abgedruckt, als Dokumentation gekennzeichnet und mit den

Namen von 250 Personen gezeichnet, die die presserechtliche Verantwortung übernahmen. Gegen diese Ausgabe richtete sich die zweite Durchsuchung und ein gleichzeitig ergangener Beschlagnahmebeschluß für die Druckmaschine von fantasia, die z.T. demontiert wurde und auf der nur unter grotesken Auflagen weitergearbeitet werden darf, z.B. Kontrollen durch Polizei in der Druckerei.

Das Verfahren wegen „Werbung für eine terroristische Vereinigung“, das ursprünglich von Generalbundesanwalt Rebmann ausging, richtete sich gegen die jeweils Verantwortlichen, ein weiteres Redaktionsmitglied (den Behörden aus einem anderen, eingestellten Verfahren gegen *s'Blätle* bekannt), einen Buchhändler, der die Zeitung verkauft und die fantasia-Drucker, darüberhinaus gegen alle unbekannt Hersteller (das ist die Redaktion) und Verbreiter (das sind die Verkaufsstellen). Während

alle ähnlichen Verfahren gegen Linke und Stadtzeitungen inzwischen eingestellt wurden (Arbeiterkampf, Freiburger Stadtzeitung, Nordwind usw.), zimmerte die Staatsanwaltschaft gegen *s'Blätle* eine fast dreißigseitige Anklageschrift. Eingestellt wurde das Verfahren gegen den Ex-Redakteur — er wird in der Verhandlung im Zeugenstand sitzen — den Buchhändler und die Drucker. Gegen letztere aber



lediglich, weil sie in anderen 129a-Verfahren bereits verurteilt sind oder höhere Strafen zu erwarten haben — alle wegen Druckens. Gegen ihre Maschine läuft ein gesondertes „Einziehungsverfahren“, das die Beschlagnahme auch ohne Verurteilung der „Tat“ rechtmäßig machen soll.

Kernpunkt der im vergangenen Monat von der Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht erhobenen Anklage ist der Vorwurf, daß die presserechtlich Verantwortli-

men, würde mit einem solchen Präzedenzfall eine einfache Handhabe geschaffen, die in Zukunft gegen jegliche Veröffentlichung von Positionen der (aber auch zur) RAF angewandt werden könnte. Natürlich veröffentlichten Zeitungen für eine breite Öffentlichkeit, das jüngst in der taz verbreitete Positionspapier der RAF erfreut sich auch noch des an sich selbstverständlichen Schutzes der „Pressefreiheit“, die Lesart der Staatsanwaltschaft bürdet aber nun dem Redakteur die Verantwortung für die Reaktionen der Leser auf.

Noch während des Hungerstreiks '81 wurde im Zusammenhang mit der massiven Verfolgung jeder linken Öffentlichkeit dazu Kritik an der Anwendung des § 129a laut. Nachdem Presseorgane wie der „Spiegel“, liberale Juristen und Innenminister Baum einzelne „Exzesse“ der Strafverfolger wie die wochenlange Inhaftierung von Parolensprühern (die ihren Prozeß in Bände vor dem gleichen Senat zu erwarten haben) geißelt hatten, greift jetzt die Nachrichtensperre wieder. Bisher hat kein Medium — außer bedauerlich wenigen Alternativzeitungen — auch nur über das Verfahren gegen s'Blättle berichtet, wiederholte Vorstöße stießen auf blinde Augen und taube Ohren.

Mit einer breiten Briefkampagne versucht die Stadtzeitung jetzt, dieses Schweigen zu durchbrechen. Sie hofft auf die Solidarität der Linken, der liberalen „Prominenten“, bürgerlicher Journalisten, auf Unterstützung durch andere Zeitungen, durch Organisationen, Juristen und Publizisten. Erwartet werden Solidaritätserklärungen und Schreiben an das Gericht, viel Geld — ein Verfahren nach dem „Stammheimer Landrecht“ im Einzweckgebäude mit Zwangsverteidigern würde zehntausende von Mark kosten — aber auch Aktionen, wie die von 17 linken Druckereien, die die inkriminierten Texte erneut veröffentlicht haben. Wenn Presse- und Meinungsfreiheit überhaupt noch eine Bedeutung haben sollen, was Inhalt linker Öffentlichkeit sein darf, muß diese Solidarität breit werden — jenseits der jeweiligen Position zur Politik der RAF.

mave

Das Blättle verschickt auf Wunsch verschiedene Materialien zum Verfahren: „Memorandum für die Streichung der Tatbestände der 'Werbung' und 'Unterstützung' in den Paragraphen 129, 129a StGB“ von verschiedenen Strafverteidigern, eine Stellungnahme „Wer wirbt hier eigentlich?“ der Redaktion, die inkriminierten Artikel u.ä.

S'Blättle, Böblinger Straße 59, 7000 Stuttgart 1, Konto Landesgirokasse (BLZ 60050101) Nr. 5178212, Stichwort 129a
Anschrift des Gerichts: Oberlandesgericht, Urbanstraße 18, 7000 Stuttgart 1



„Rettet die Enten im Stadtpark“
oder

vertreibt endlich die Schwulen

Unter diesem Mottobegann pünktlich wie jedes Jahr zur Sommersaison die große Treibjagd der Polizei auf die bösen abartigen Schwulen. Nicht, daß sie jemanden stören, wenn sie abends zu einem Pläuschchen im Rathauspark treffen, aber mal ganz ehrlich - das ist doch eine schlimme Sorte!

Nicht, daß sie schon mal jemanden belästigt hätten, aber man weiß ja nie. Es ist eigentlich schlimm, wie tolerant Stadtväter und hiesige Polizei gegenüber den Abartigen sind. Man schützt sie, wo man nur kann. Um die Sicherheit der Schwulen zu garantieren, wird jeder von ihnen bereits am Eingang zum Park aufgehalten und kontrolliert - wieso sind manche von ihnen nur so mißtrauisch und weigern sich, den Personalausweis vorzuzeigen?

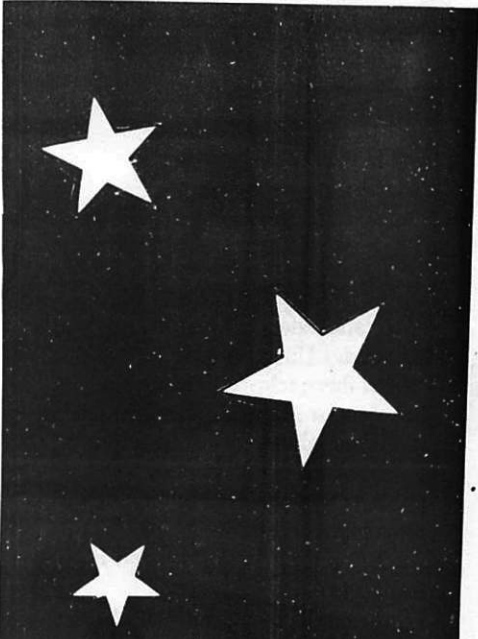
Haben sie nun endlich ihr Ziel erreicht und lustwandeln auf schmalen Pfaden, so sind auch hier die Freunde und Helfer nicht weit. Um Beschädigungen und Verunreinigungen vorzubeugen, fährt man halt in Zivil- oder Streifenwagen einfach durch die Parkanlagen.

Sollte es - wie es bei aller Vorsicht ja immer mal vorkommen mag - doch einem Rocker gelingen, einen Schwulen zusammenzuschlagen, ist die Polizei zwar nicht da, sie nimmt jedoch im nachhinein gerne ein Protokoll auf. Dabei macht man sich sogar die Mühe, die Namen der Perversen

in ROSA LISTEN zu sammeln, um sie später einmal alle zusammen in großen Lagern viel besser schützen zu können (Schutzhaft).

Das Ende des kalten Krieges mit den warmen Brüdern ist zwar im Moment noch offen, wird sich aber spätestens nach der nächsten Bundestagswahl mit Strauß zugunsten des Gasmannes entscheiden. Bis dahin, liebe Bürger 'Rettet die Enten'.

Lesben- und Schwulengruppe Recklinghausen



ARBEITEN OHNE CHEF



BUSSGELD FÜR ELTERN

Einen Bußgeldbescheid in Höhe von 200 DM haben die Eltern erhalten, die ihre Kinder auf die Freie Schule Bochum schicken.

Ohne staatliche Anerkennung wird hier seit einem Jahr pädagogisch gearbeitet. Der Kultusminister hatte das Projekt abgelehnt, weil angeblich 'konkrete Angaben über Methoden, Inhalte und Medien' im Antrag der Schule 'völlig fehlen'.

Die Eltern sollen nunmehr veranlaßt werden, ihre Kinder auf eine staatlich anerkannte Grundschule zu schicken. Der 'Verein Freie Schule Bochum e.V.' war am 10.10.78 gegründet worden. Die grundsätzlichen konzeptionellen Ziele sind:



- Überschaubarkeit der Schule
- Motivation des Schülers ist Ausgangspunkt des Unterrichts
- Nicht das nachprüfbare Wissen des Schülers ist Maßstab, sondern die Gesamtpersönlichkeit des Schülers
- gleicher Stellenwert von manueller und geistiger Tätigkeit
- Aufhebung der traditionellen Fächertrennung
- Es wird kein staatlicher Abschluß vermittelt

(Vergl. auch Holzwurm September 81, Seite 31 - 32)

Kontaktadresse:

Freie Schule Bochum e.V.
Kassenbergstra-e 3
4630Bochum



Netzwerk Ruhrgebiet Ost will in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk der Humanistischen Union im 2. Halbjahr 1982 eine Veranstaltungsreihe zu diesem Thema durchführen.

Wir möchten verschiedene Projekte, die entweder Mitglied im Netzwerk sind oder aber schon einmal mit uns Verbindung aufgenommen haben, bitten, von ihren Projekterfahrungen, von ihrer Arbeit ohne Chef zu berichten. Wir wollen die Projekte zu folgenden Themen um eine Stellung bitten:

- Läßt sich die Hoffnung auf ein 'anderes' Leben im Projekt verwirklichen?
- Organisation von Arbeit und Freizeit, Erfahrungen im gemeinsamen Leben.



- Sind die Mitglieder des Projektes finanziell gut abgesichert? Erfordert die Arbeit im Projekt ständige Mehrarbeit, um überhaupt das Lebensnotwendigste kaufen zu können?
- Führen finanzielle Abhängigkeiten (z. B. vom Staat, Auftraggebern) zu Kompromissen hinsichtlich des eigenen Anspruchs an das Projekt?
- Welchen Wert messen Projektmitglieder ihrem Projekt bei? Hat es Bedeutung für die linke Bewegung? Hat es einen Wert zur Veränderung der Gesellschaft?

Wir denken, daß die Veranstaltungen einmal monatlich an einem Sonntag Nachmittag (ca. 16 - 20 Uhr) in Dortmund stattfinden sollen, erstmals im September.

- 12.9.: Sozialpädagogische/therapeutische Projekte
- 10.10.: Handwerkskollektive
- 14.11.: kommunikative Projekte wie Cafes, Kneipen, Nachbarschaftshäuser.
- 12.12.: Weiterarbeit mit eigenen Zielen, Ideen und Fragestellungen

Stattfinden soll das im (noch) besetzten 'Heidehof', ehemalige IGM-Bildungsstätte in DO-Süd.

Kontakt in RE: Swanette E., Tel.: 74 00



SOUVENIRS

Gelesen in der RZ vom 3.8. d.J.: Bis zu 50.000 DM Strafe kann man/frau sich für den Erwerb von Souvenirs, die im Ausland aus aussterbenden oder vom Aussterben bedrohten Pflanzen oder Tieren hergestellt werden, einhandeln. Landwirtschaftsminister Bäumer: 'Jeder Andenkenkauf kann das Todesurteil für ein weiteres Tier oder eine neue Pflanze bedeuten.'

Es ist sicher wichtig, Tiere/Pflanzen vor der Verarbeitung zu Souvenirs zu bewahren, wenn das ihre Existenz gefährdet. Aber in den meisten Fällen ist das nicht so. Ein Tier/eine Pflanze wird erst durch interessant/gekauft, daß es vom Aussterben bedroht ist.

Viel wichtiger erscheint es, darauf hinzuweisen, wieviele Arten hier aufgrund von Monokultur, extensiver Schädlingsbekämpfung und Überdüngung gefährdet sind, vom sauren Regen und von der allgemeinen Umweltbelastung, von der Zerstörung der letzten intakten Biotope ganz zu schweigen. Wer im Glashaus sitzt, kann offenbar noch mit Steinen schmeißen.

Von Kabul nach Bochum

3. Teil

In dieser Ausgabe setzen wir den Bericht eines Afghanen, der mit Frau und Tochter aus der Heimat floh, fort.

Ende des Jahres wird Azim Choram Nima, Lehrer an einer Mechanikerschule, entlassen. Er hatte sich bisher geweigert, der Partscham-Partei beizutreten. Er floh nach Pakistan.

Thema des dritten und letzten Teils unserer Serie ist eine Einschätzung der Situation in Afghanistan.

FEUDALSTRUKTUREN, ABER KEIN FEUDALISMUS

In Afghanistan gibt es wenig Industrie. Nur 12 % des Bodens sind landwirtschaftlich nutzbar. Afghanistan ist ein Gebirgsland. Der Hindukusch ist fast 8000 Meter hoch. Die Bevölkerung lebt, mit Ausnahme der Städte, von den Produkten, die sie an ihrem Wohnort selber herstellt oder aus dem Boden gewinnt, von der Schafzucht und vom Ackerbau. In Afghanistan leben ca. 17 Millionen Menschen, davon sind ca. 2 Millionen Nomaden.

Unser Volk ist arm. Aber es litt keinen Hunger, abgesehen von einer einmaligen Katastrophe, einer Wetterkatastrophe Anfang der siebziger Jahre. Es gab eine kleine Schicht der Reichen. Es gab und es gibt auch heute Feudalstrukturen, aber von einem Feudalismus kann man eigentlich nicht sprechen. Das Volk wurde zwar ausgebeutet, es hat sich jedoch zu Hause gefühlt. Mit europäischen Maßstäben kann man das gar nicht richtig beurteilen. Es gab schon unter der Monarchie die Tendenz zur Demokratisierung. Was wir, die wir in einer Stadt gelebt haben, ideal finden, ist das Mehrparteiensystem, die Tatsache, daß irgendwie verschiedene Kräfte einander kontrollieren.

Es gab auch sozialistische Gruppen in den Städten, nicht auf dem Lande, nicht im Gebirge, wo die Zahl der Analphabeten noch höher ist als der Landesdurchschnitt von etwa 90 %.

Es gab keinen Massenmord, keine Völkervernichtung.

Der Feudalismus ist eine historische Stufe der sozialen und politischen Entwicklung, die nicht ohne Schaden übersprungen werden kann. Es gab Großgrundbesitzer in Afghanistan. Sie sind längst nach Amerika, nach Frankreich und in andere Länder ge-

flüchtet. Sie leben dort, sind aber nicht enteignet worden, sondern erhalten zum Teil ihr Einkommen noch immer aus Afghanistan.

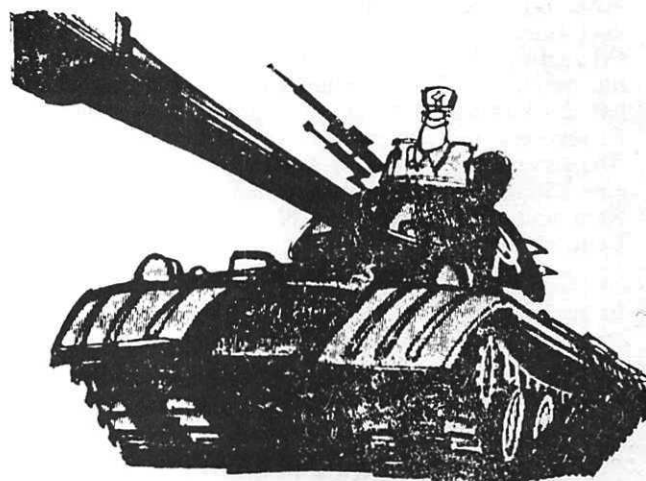
Und: was heißt schon Großgrundbesitzer in Afghanistan? Im Vergleich zu Europa oder Arabien waren diese Leute nicht reich. Sie hatten auch keinen politischen Einfluß.

Ich sagte, Afghanistan hat feudale Strukturen. Damit meine ich die Stammesstrukturen des Landes. Es ist ein Vielstammestaat. Es gibt eine Vielzahl autonomer Stämme in Afghanistan. Unter diesen Stämmen gab es gute Beziehungen, manchmal auch Streitigkeiten.

Die politische Ebene des Feudalismus wird in Afghanistan durch die Ebene dieser Stämme durchbrochen, und oft ist das Phänomen der Stämme stärker als das feudalistische.

Die Feudalstrukturen sind also von den Stammesstrukturen bestimmt. Sie sind mit ihnen identisch. Der Stamm ist sozusagen eine Großfamilie. Sie umfaßt hundert bis tausend Menschen.

Afghanistan gehört zu den ärmsten Ländern der Welt; aber es ist nicht so wie in den anderen Ländern der Dritten Welt: ein-



mal, weil bei uns die Natur selten in die Gesellschaft eingreift - in Indien und Pakistan ist es zum Beispiel der Monsun -, zum anderen, weil das Elend, das noch vorhanden ist, von der Großfamilie, vom Stamm, aufgefangen wird. Bei uns liegt niemand auf der Straße und vergammelt da.

Die Religion, der Islam in Afghanistan, ist anders als in den arabischen Ländern und in der Türkei. Er tendiert auf eine soziale, eine humanitär ausgerichtete Ethik hin. Die religiöse und kulturelle Einstellung meiner Landsleute ist so, daß jeder jedem hilft.

WIR SIND KEINE KONTERREVOLUTIONÄRE

Wir waren und sind nicht gegen notwendige soziale Veränderungen in Afghanistan. Es ist sehr schwierig, dies den Leuten in der Bundesrepublik klar zu machen. Wir sind nicht reaktionär. Wir sind keine Konterrevolutionäre, ganz abgesehen davon, daß es in Afghanistan noch keine soziale Revolution gegeben hat. Wir sind gegen den Sozialimperialismus, aber nicht gegen radikale Veränderungen in den Entwicklungsländern. Nur müssen sie dies selber wollen. Sie müssen ihre eigenen Wege gehen. Wir Afghanen wollen nicht fremdbestimmt sein. Außerdem ist es überhaupt die Frage, ob die Invasion der Sowjetunion in irgendeiner Weise mit sozialen Veränderungen etwas zu tun hat. Wir glauben das nicht.

REIN MILITÄRSTRATEGISCHE INTERESSEN

Es gibt, nach meiner Kenntnis und Überzeugung, einen Zusammenhang zwischen der iranischen Revolution durch Khomeini und der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Die Sowjetunion hat damit rechnen müssen, daß die USA, deren Einfluß auf den Iran zu Zeiten der Shah-Herrschaft sehr groß war, nach dem Sturz des Shaha militärisch in Persien eingreifen würden. In dieser Situation haben sich die Sowjets gesagt, die Amerikaner nehmen sich Persien und wir nehmen uns Afghanistan. Wir teilen uns den Kuchen. Und so haben sie die schwache politische Situation Persiens während der Revolution ausnutzend, einfach zugegriffen, ohne eine US-Intervention abzuwarten.

Es sind rein militärstrategische Interessen, die die Sowjetunion in Afghanistan verfolgt. Es kann ihr gar nicht um eine soziale Entwicklung gegangen sein, denn ihr Einfluß in Afghanistan war schon vor der Invasion so groß, daß eine soziale Entwicklung des Landes ohne militärischen Druck möglich gewesen wäre. Afghanistan hat sich stets gegen jede Fremdherrschaft gewehrt, und es ist immer wieder vergeblich versucht worden, von Zentralasien her unser Land zu überrennen, aber wir haben uns bisher gegenüber anderen Kulturen behauptet. Und man hat versucht - das war schon der alte zaristische Traum -, von Kabul nach Kalkutta zu gehen.

Lenin hat einmal gesagt: 'Die Weltrevolution geht durch Kalkutta.' Aber dies war jetzt nicht relevant, sondern der Zugang zum arabischen Meer, zum Golf von Oman, zu den Persischen Ölfeldern und zu Afrika. Und vor allem - wir haben dies bisher nur vermutet, aber ein alter, ehemaliger sowjetischer Offizier hat das kürzlich bestätigt: Er sagte, als es aus einer deutschen Reisegruppe im sowjetischen Teil Mittelasiens gefragt wurde: 'Die sowjetische Politik in Afghanistan ist wie ein Angriff auf eine schöne Blume, die man so lange rupft, bis nur noch der Kern und der Stengel übrig bleiben. Man will auch nur den Kern.'

Er meinte ein 6000 Meter hohes Gebirgsplateau in Afghanistan, auf dem die Sowjets Interkontinentalraketen installieren wollen. Das ist keine Interpretation von uns, sondern er wurde, als nachgefragt wurde, konkret.

ZUERST DIE KINDER IN SICHERHEIT BRINGEN

Fast vier Millionen von uns haben seit der Invasion das Land verlassen, beinahe ein Viertel der Bevölkerung. Und vier Millionen sind in Afghanistan auf der Flucht. Die Vertriebenen, die über die Grenze gekommen sind, leben fast alle jetzt in pakistanischen Flüchtlingslagern. Die Lager sind nach Stämmen und Widerstandsgruppen aufgeteilt. Angehörige der Mittelklasse, Akademiker, Studenten, Techniker, Beamte, die ehemaligen Bewohner der Städte haben Schwierigkeiten, im Lager aufgenommen zu werden und sind gezwungen, in den pakistanischen Städten, vor allem in Peschawar, unterzukommen. Es geht ihnen noch schlechter als den Lagerinsassen, weil sie nicht in den Genuß der internationalen Hilfe kommen.

Ich habe mich in Pakistan zuerst um die Sicherheit der beiden Kinder meiner Schwester gekümmert. Sie konnten mit gekauften Pässen nach Italien flüchten. Von dort konnten sie mit Hilfe einer internationalen Organisation legal in Kanada einwandern.

Ich mußte feststellen, daß eine Behandlung meines Ohrenleidens in Pakistan nicht möglich war. Deshalb wollte ich die zwei Monate nutzen, um entweder in Indien oder in der BRD, wo ich zwischen 1973 und 1975 an beiden Ohren operiert worden bin, behandelt zu werden. Da ich dies bei der deutschen Botschaft in Pakistan nachweisen konnte, war sie mir aus humanitären Gründen bei der Einreise in die Bundesrepublik behilflich.

Ende März 1982 - drei Monate, nachdem wir Kabul verlassen hatten -, trafen wir bei Verwandten in Bochum ein.

Eine Rückkehr nach Afghanistan kommt nicht mehr in Frage. Ein Bruder von mir hat mich davor gewarnt. Er war Dozent an



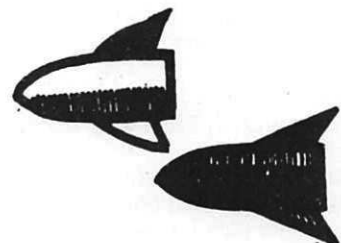
der Militärakademie in Kabul und ist mit seiner Familie vor kurzem nach Indien geflüchtet. Er rief uns hier in Bochum an und sagte mir, daß in meiner Abwesenheit mehrmals mit einem Haftbefehl nach mir gesucht worden ist.

Ich werde Asyl beantragen.

Unsere Großfamilie ist nun, wie fast alle afghanischen Familien, zerrissen worden. In Kabul geblieben sind nur noch die Mutter, zwei Schwestern, ein kranker Schwager und ein vierzehnjähriger Neffe. Um dieses Kind haben wir die allergrößten Sorgen, weil in Afghanistan Kinder von der Straße zum Militär weggeholt werden.

Alle anderen sind entweder im Gefängnis, geflohen oder tot...

Dietrich Stahlbaum



feste Termine

<u>Montag</u>		<u>Freitag</u>			
19.00	Redaktionssitzung von	20.00	Arbeitskreis Frieden	ab 19	Amnesty International
Uhr	"Lila Morgen"	Uhr	Altstadtschmiede	Uhr	in ungeraden Wochen
	Frauzentrum	ab 20	Frauzentrum		Herner Str. 13a
19.00	"Fachwerk"-Redaktions-	Uhr	Offener Abend	20.00	Aktionskreis für enga-
Uhr	sitzung, Castroper Str. 219	ab 20	Theatergruppe "Zeitlupe"	Uhr	gierte Kriegsdienst-
19.00	Theatergruppe "Zeitlupe"	Uhr	Autonomes Zentrum		gegner, AfeK
Uhr	Autonomes Zentrum				Autonomes Zentrum
19.15	DGB-Jugendgruppe	15.00-	Öffnungszeit des	20.00	Schwulen- und Lesbengruppe
Uhr	Dorstener Str. 27c	17.00	"Holzwurm"-Büros	Uhr	Autonomes Zentrum
		Uhr	Autonomes Zentrum	20.00	KDV-Beratung
<u>Dienstag</u>		ab 17	"Holzwurm"-Redaktions-	Uhr	Jeden 1. und 3. Freitag im
17.00-	Öffnungszeit des	Uhr	Sitzung, ebenda		Monat, H.-Pardon-Haus
19.00	"Holzwurm"-Büros				
Uhr	Autonomes Zentrum				
19.00	"Flaschenöffner"-Redaktions-				
Uhr	sitzung, V.-Jara-Zentrum				
ab 20	Frauzentrum				
Uhr	Öffentlichkeits-AG				
20.00	Initiativgruppe "3. Welt"				
Uhr	Autonomes Zentrum				
<u>Mittwoch</u>					
16.30-	Information zur Kriegs-				
18.30	dienstverweigerung				
Uhr	Angebot des AfeK				
	Gasthaus, Hl.-Geist-Str. 7				
19.00	Jeden 1. und 3. Mittw. im				
Uhr	Monat AK Nachträgliche				
	Kriegsdienstverweigerung				
	Heinrich-Pardon-Haus				
19.00	DFG/VK				
Uhr	Gruppensitzung				
	Autonomes Zentrum				
ab 19	Frauzentrum				
Uhr	Frauenhausgruppe				
ab 20	Frauzentrum				
Uhr	Jeden 1. Mittw. im Monat				
	Vollversammlung				
ab 20	Hausgruppe				
Uhr	Autonomes Zentrum				
<u>Donnerstag</u>					
19.00	Friedenskomitee				
Uhr	Heinrich-Pardon-Haus				
19.00	alle zwei Wochen Antifa-				
Uhr	schistischer Arbeitskreis				
	Heinrich-Pardon-Haus				
19.00	Jeden 2. und 4. Donnerst.				
Uhr	im Monat HBV-Jugendgruppe				
	Dorstener Str. 27c				

... adressen

Aktionskreis für engagierte Kriegs-	Holzurm
gegner	Stadtzeitschrift
AZ	AZ, Tel.: 1 56 98
Arbeitskreis Frieden	Jungdemokraten
c/o Andreas Tack, Josefstr. 120,	c/o Chr. Andreas, Hufschmidt-
herten	str. 14, Tel.: 866 29
Anonyme Drogenberatungsstelle	Initiativgruppe 3. Welt
Hochlarmarkstr. 73	c/o Wolfgang Welp, Otto Burmeister-
Tel.: 36022	Allee 1a, Tel.: 2 43 08
Amnesty International	(oder AZ)
c/o Hermann Zdarta, Bockholter	Kath. Studierende Jugend
Str. 59, Tel. 24775	c/o Klaus Altenburger
Antifaschistischer Arbeitskreis	Am Lohtor 12
c/o Monika + Klaus Oberschewen	Teatergruppe "Zeitlupe"
Lohweg 20, Tel.: 4 86 20	AZ
Altstadtschmiede	Frauzentrum
Soziokulturelles Zentrum	Am Lohtor 1, Tel.: 15457
Kellerstr. 10, Tel.: 2 12 12	AG Nachträgliche Verweigerung
Autonomes Zentrum	c/o W. Weyers
Auf dem Graben 2, Tel.: 1 56 98	Alleestr. 15, Dorsten
Begegnungs- und Beratungszentrum	Tel.: 02362 / 262 47
Bochumer Str. 17, Tel.: 3 36 83	Türkischer Arbeiterverein
DGB - Jugendheim	Marienstr. 4, Tel.: 6 25 64
Dorstener Str. 27 c, Tel.: 2 10 49	Rote Hilfe Deutschland
Demokratische Sozialisten	c/o Almuth Euler
c/o Eckart Lindemeyer	Ludwig- Richter- Str. 1
Nordseeestr. 67, Tel.: 4 67 19	Schulpsychologische Beratungsstelle
DFG / VK	Am Steintor
c/o Jürgen Pawlik, Taubenstr. 42	Schwulen- und Lesben- Gruppe
(oder AZ), Tel.: 8 21 67	AZ
Fachwerkhaus	SDAJ
Gemeinwesenarbeit, Stadtteilzei-	c/o Ulrike Abcynski, Im Reit-
tung, Castroper Str. 219	winkel 58, Tel.: 65 36 46
Tel.: 4 84 66	SJD- Die Falken
Folk Club	Alte Grenzstr. 138, Tel.: 34352
c/o Ulli Müller	Sonnenblume
Amandusstr. 47, Datteln	Naturkostladen
Tel.: 02363 / 15 83	vor dem Hauptbahnhof
Flaschenöffner	Victor- Jara- Zentrum
Kreisblatt	Bücherstube, Jugendtreff
c/o Victor- Jara- Zentrum	Marienstr. 18 a, Tel.: 65 13 46
Marienstr. 18a, Tel.: 65 13 46	Volksfront
Heinrich- Pardon- Haus	Postfach 14 66
Jugendzentrum	
Wichernstr. 2, Tel.: 4 46 00	

18. August, MITTWOCH

19.00 Tommy
Uhr Film
JH Driburger Str.
GE

19.30 Direkt
Uhr ZDF



frauenseminare frauense
minare frauenseminare f

... des aktuellen forum
11./12. September

Frauen und Ökologie
Rüthen-Kallenhardt

"Matriarchatstheorien"
Haus Welper, Hattingen

18./19. September

"Frauen und Film"
Röttgershof, Marl

"Zur Situation allein-
erziehender Frauen"
Haus Ruhr, Schwerte

25./26. September

"Ein Raum für mich al-
lein-Wohnraum für
Frauen"
Röttgershof, Marl

Informationen:

aktuelles Forum
Hohenstaufenallee 1-5
4650 Gelsenkirchen
Tel.: 02 09/ 1 53 71



seminare seminare semin
are seminare seminare s

18./19. September

"Krise des Ruhrgebiets"
Awo Bildungsstätte
Altena
Humanistische Union
Kronprinzenstr. 15
4300 Essen 1
Tel.: 02 01/ 22 79 82

25./26. September

"Frauenbewegung und
Linke"
Röttgershof, Marl
aktuelles forum

21. August, SAMSTAG

20.00 Scotch Corner
Uhr Welthits der 60's
Marl, wo???

22. August, SONNTAG

17.00 Senkrechtstart
Uhr Sozusagen
Hörspiel von
Bernd Hackländer
WDR III

23. August, MONTAG

21.04 Streng öffentlich
Uhr Kom(m)ödchen ~~MMX~~
Playback

24. August, DIENSTAG

17.00 Einer flog über d
Uhr das Kuckucksnest
Film
Roxy, Do (-25.8.)

22.05 Chinesisches Rou-
Uhr lette
Spielfilm, '76
vom heiligen Mes-
sias etc. des NDF
ZDF t

26. August, DONNERSTAG

22.05 Rette sich wer
Uhr kann
Spielfilm
J.-L. Godard

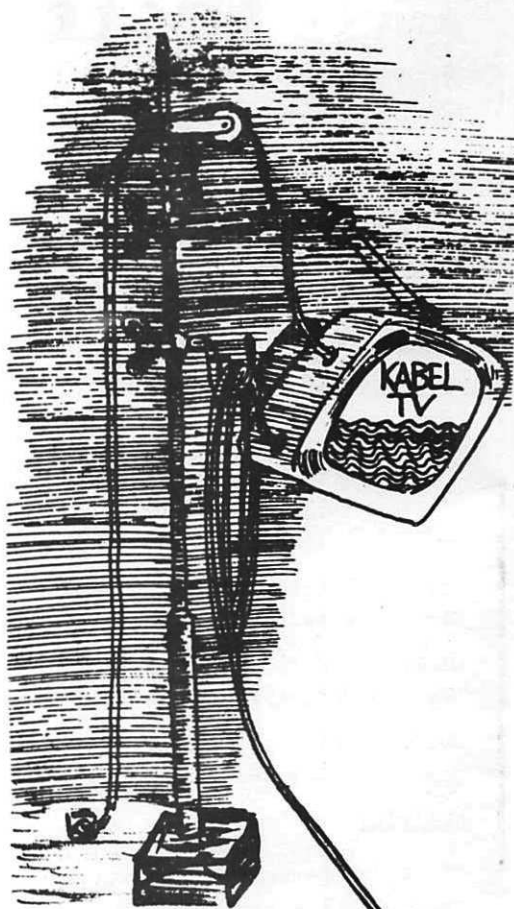
27. August, FREITAG

- 29.8. Folk und Fool
Festival
Schloßhof Moers

16.30 Uhrwerk Orange
Uhr Spielfilm
Roxy, Do (-30.8.)

20.15 Amerika im Herzen
Uhr Der kampf der
schwarzen Arbei-
ter gegen die In-
tegration
WDR I

21.00 Janis
Uhr Film über das ~~RNE~~
Idol Janis Joplin
USA '75
Roxy, Do (-30.8.)



28. August, SAMSTAG

ab Open Air Festival
16.00 Loreley
Uhr mit R. Gallagher,
E. Burdon, BAP
WDR TV

ausstellungen ausstellu
ngen ausstellungen auss

-bis 15.Sept.
"Mit Fahrrad und Zei-
chenblock unterwegs im
Ruhrgebiet"
Manfred Günther
Gaststätte "Zum Unter-
strand"
Disselbrinkstr.
Haltern - Mitte

3. - 30. Sept.
"Bilder zum Thema
Sport"
Jean Claude Tardivo
ATELIER
Swidbertstr. 1
4630 Bochum 6

Termine

29. August, SONNTAG

ab Folkfestival
11.00 mit Wasteband,
Uhr Sonerieu Du, Rum,
Amateuren u.a.,
Schloßpark Herten

zwei mal theater für
türkische kollegen im
ruhrfestspielhaus

11.00 Schlauesel
Uhr für türkische
Kinder

19.00 Mit Bergen und
Uhr Steinen
Aylsalgan singt
türkische Lieder

1. September, MITTWOCH

19.30 Mitgliederver-
Uhr sammlung Schmiede
Mitglieder, ~~F~~
Freunde und För-
derer sind einge-
laden

5. September, SONNTAG

18.00 Die Abfahrer
Uhr Spielfilm
WDR TV

6. September, MONTAG

20.15 Montagabend im
Uhr Dritten
Riefenstahl /
Herzog
WDR TV

12. September, SONNTAG

ab Forum Naturwis-
10.00 senschaftler für
Uhr Frieden und Ab-
rüstung
Bochum

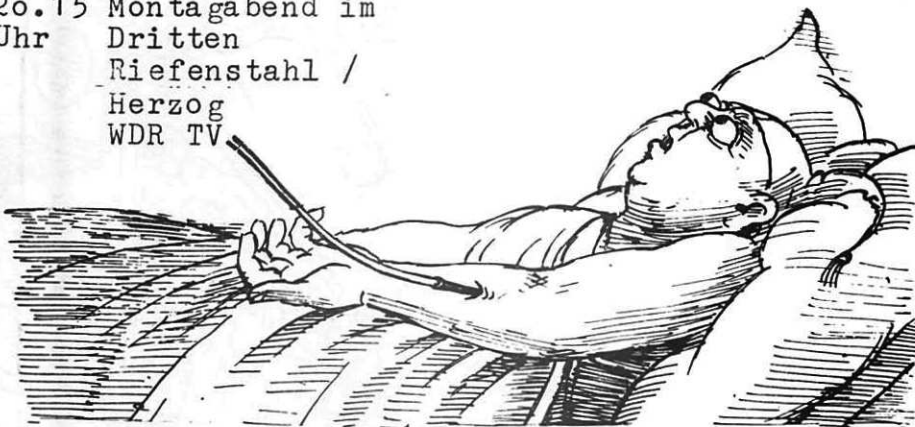
14.30 Gestrandet in
Uhr Deutschland
Vietnamesische
Flüchtlinge in
der BRD
WDR III

17.00 Wenn ein Mann
Uhr erst einmal an-
fängt zu schlagen
- nur für Frauen
VHS, Herzogswall
(ab Kaffeetrinken,
16.00 nach dem Film
Uhr Diskussion)



13. September, MONTAG

22.15 Die Konsequenz
Uhr Spielfilm - in
Bayern verboten-
WDR TV



ACHTUNG! LETZTE MELDUNG!

SOMMERFEST IN DER DROB IN HOCHLARMARK
AM 11.9. AB NACHMITTAGS VOLLES PRO-
GRAMM IM GARTEN UND IM HAUS



15. September, MITTWOCH

22.30 Pastorale 1943
Uhr Spielfilm, Thema:
Widerstand in
Holland Holland

19. September, SONNTAG

19.15 Nina Hagen Band
Uhr (...1979!!)
WDR TV

17./18. September

Jazzfest Unna '82
mit P. Brötzmann,
Don Cherry, G. Ham-
pel, A. Mangels-
dorff, Ralph Tow-
ner u.a.
Alter Markt und
Stadthalle, Unna

25. September, SAMSTAG

18.00 Konzert für Nica-
Uhr ragua
mit den Schmet-~~er~~
terlingen, Lieder
jahn, Carlos Me-
jia-Goodoy, Inti
Illimani, Sands
Family, Ton Stei-
ne Scherben
Grugahalle, Essen

26. September, SONNTAG

20.00 Delta Blues Band
Uhr - na was wohl?
Blues
Sonne, Herne



HARRY



FRÜHER WAR DIESES HAUSHALTS-WARENLAGER EIN EINZIGER SAUSTALL



SOLL ICH SAGEN, WIEVIEL LEUTE SICH AM BESTÄNDE ZÄHLEN HABEN?



SECHS!
SECHS LEUTE ZUM BESTÄNDE ZÄHLEN!



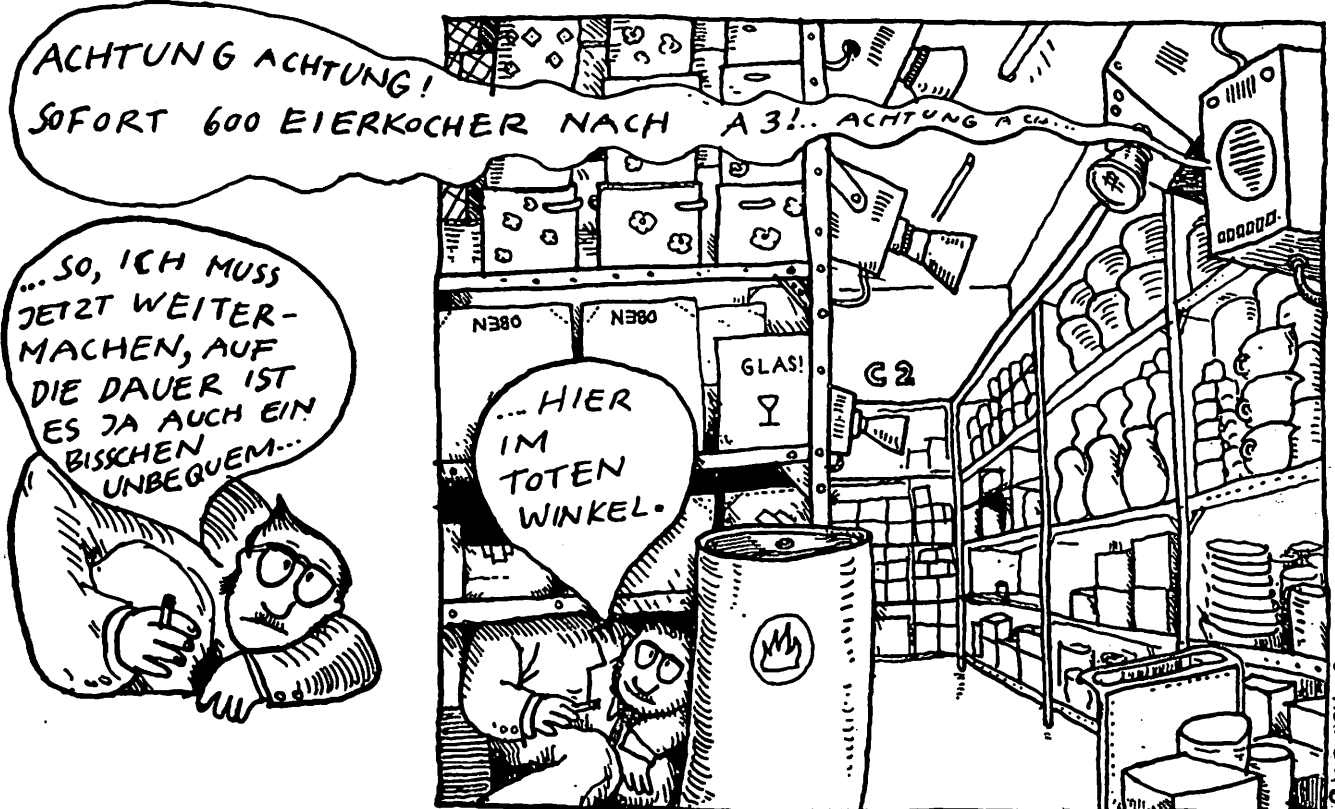
RÖMERTÖPFE VON LAGER 3 AUF 5 C, - GEHT NICHT- ALLES VOLL- PFANNEN UMPACKEN AUF 2A - WO STECKT BRETTSCHEIDER? - KEIN SCHWEIN HATTE DURCHBLICK!



..BIS ICH DIE IDEE MIT DER VIDEOANLAGE UND DEM GEGENSPRECH-APPARAT HATTE.



ALLES ÜBERSICHTLICH, ALLES AUF EINEN BLICK!
NA JA. DIE HOFFMANN UND BRETTSCHEIDER SIND JA NUN GEGANGEN WORDEN....



ACHTUNG ACHTUNG!
SÖFORT 600 EIERKOCHER NACH A3!.. ACHTUNG A CH...

...SO, ICH MUSS JETZT WEITER-MACHEN, AUF DIE DAUER IST ES JA AUCH EIN BISSCHEN UNBEQUEM...

...HIER IM TOTEN WINKEL.